



REPORT





Inhalt

	Seite
<i>Begrüßung</i>	5
<i>Das Regierungspräsidium Kassel – ein Stück nordhessische Identität</i>	8
<i>Ohne Fahrstuhl in die Frankenzeit</i>	10
<i>Gartenarchitektur im Herzen der Stadt</i>	12
<i>Die Zeltstadt, die leer blieb</i>	16
<i>Gefiederte Jäger erobern die Stadt</i>	18
<i>Zu wenig Wasser in der Dönche</i>	22
<i>Die Stadt und der Wald</i>	26
<i>Urbaner Standortvorteil Natur</i>	30
<i>Kassels Tor zum Luftraum ist weit geöffnet</i>	38
<i>Safety und Security in Kassel-Calden</i>	40
<i>Räume schaffen für regionale Entwicklung</i>	43
<i>Flöze, Stollen, Schächte und das Kulturerbe</i>	50
<i>Von der Pferdebahn zur RegioTram</i>	54
<i>Weniger Krach in der Großstadt</i>	56
<i>Wir helfen Kassel, Boden gut zu machen</i>	58
<i>Risikomanagement beim Regierungspräsidium</i>	60
<i>So wird der Durst der Stadt gestillt</i>	64
<i>Die Stadt, das Geld und der Schutzschirm</i>	68
<i>Älteste Stiftung 1297 gegründet</i>	70
<i>Sichere Medizin für die Tiere in Kassel</i>	72
<i>Arbeitsteilung im Sinne der Verkehrssicherheit</i>	74
<i>Kassel 1100, 19 Jahre Sattelfest – und dann das ...</i>	76
<i>Kunst, Begegnung und Erkenntnis</i>	78
<i>Im Dienst historischer Verantwortung</i>	80
<i>Organigramm</i>	82

Impressum

Report 13
Herausgegeben im Juni 2013 vom
Regierungspräsidium Kassel
Steinweg 6, 34117 Kassel

Redaktion, Konzept
Pressestelle
des Regierungspräsidiums Kassel
Michael Conrad

Gestaltung, Satz
Manuela Greipel
www.manuelagreipel.de

Kartengestaltung
Regionalplanung beim RP Kassel,
Norbert Ernst

Lektorat
Charlotte Bensch M. A.
www.lektorat-weimar.de

Herstellung
Boxan, Kassel

Auflage: 4.500

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der »REPORT 2013« des Regierungspräsidiums Kassel ist ein ganz besonderes Heft, in Form wie Inhalt. In diesem Jahr feiert die Stadt Kassel das Jubiläum ihrer ersten urkundlichen Erwähnung vor 1100 Jahren. Und dieses Heft feiert in gewisser Weise mit: Wo wir Ihren Blick sonst auf die unterschiedlichsten Projekte und Verfahren im gesamten Regierungsbezirk gelenkt haben, steht in diesem Jahr die Stadt Kassel im Zentrum der Aufmerksamkeit unserer Autorinnen und Autoren. Knapp 150 Jahre dieser Geschichte teilen die Stadt und das Regierungspräsidium. Der Ort, an dem sich heute das Regierungspräsidium Kassel befindet, ist allerdings schon so lange Zeit Sitz von Regierung und Herrschaft, dass diese Tradition wahrscheinlich älter ist als die Geschichte der Stadt. Auf eine Reise in und durch die Geschichte dieses Ortes und seiner Bebauungen nimmt Sie zu Anfang dieses Heftes der Journalist Jörg Adrian Huber mit.

Es gibt also viele gute Gründe dafür, dass wir uns mit den Themen dieses Heftes mehr oder weniger ausschließlich in den Grenzen der Stadt bewegen. Der engen Verbindung zwischen Kassel und dem Regierungspräsidium wegen wollen wir Ihnen an der Fülle von Aufgaben, die unsere Behörde in der Stadt wahrnimmt, vorstellen, wie diese Aufgaben entstanden sind und wie sie sich entwickelt haben. Dazu gehört aber auch die Erinnerung an die Baugeschichte des Regierungspräsidiums am Steinweg und seiner Gartenanlage. Freuen Sie sich auf überraschende Erkenntnisse!

Passenderweise hat die Stadt einen Oberbürgermeister, der selbst Regierungspräsident war. Bertram Hilgens Sicht auf das besondere Verhältnis zwischen seiner Stadt und seinem früheren Arbeitsplatz stellt er Ihnen auf den folgenden Seiten vor. Während seiner Amtszeit als Regierungspräsident erlebte er 1999 die Aktion der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Erhalt der Regierungspräsidien mit. Allein in Kassel sammelten sie in kürzester Zeit 14.000 Unterschriften, und die Regierungspräsidien in Hessen blieben erhalten.

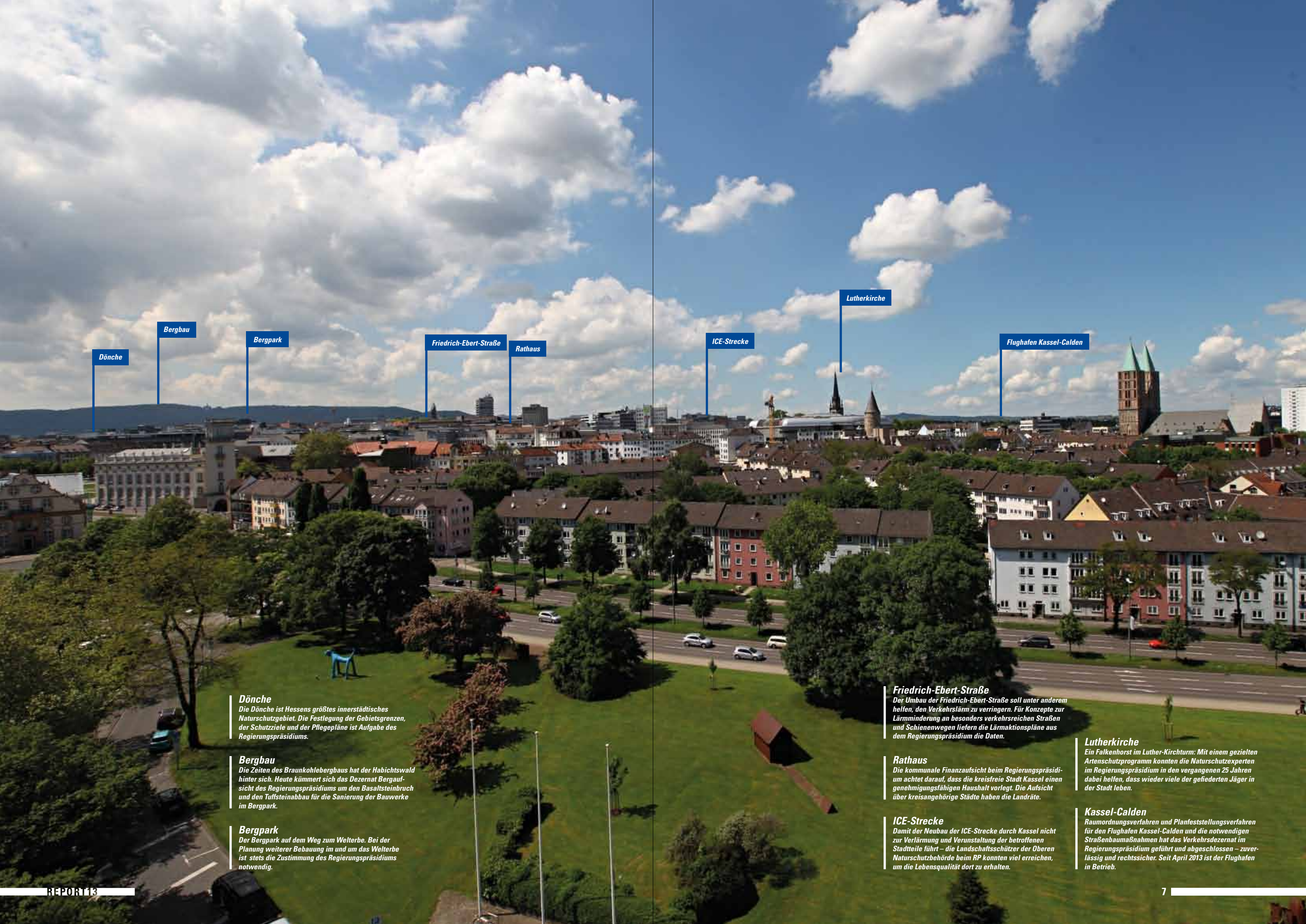
Die richtige Entscheidung, wie heute auch jene sagen, die damals für die Auflösung der mittleren Ebene der Landesverwaltung waren. Diese große Unterstützung der Kasseler und der ganzen Region für ihr Regierungspräsidium hat einerseits mit der langen Tradition der Behörde seit 1867 zu tun. Aber sie hängt auch mit dem Wandel von der Vollstreckungs- und Anordnungsinstitution hin zum modernen Verwaltungsdienstleister zusammen. Dafür möchten wir Ihnen in diesem Heft viele spannende Beispiele vorstellen. Und jetzt wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre des »REPORT 2013« des Regierungspräsidiums Kassel.

Ihr



Dr. Walter Lübcke, Regierungspräsident





Dönche

Bergbau

Bergpark

Friedrich-Ebert-Straße

Rathaus

ICE-Strecke

Lutherkirche

Flughafen Kassel-Calden

Dönche

Die Dönche ist Hessens größtes innerstädtisches Naturschutzgebiet. Die Festlegung der Gebietsgrenzen, der Schutzziele und der Pflegepläne ist Aufgabe des Regierungspräsidiums.

Bergbau

Die Zeiten des Braunkohlebergbaus hat der Habichtswald hinter sich. Heute kümmert sich das Dezernat Bergaufsicht des Regierungspräsidiums um den Basaltsteinbruch und den Tuffsteinabbau für die Sanierung der Bauwerke im Bergpark.

Bergpark

Der Bergpark auf dem Weg zum Welterbe. Bei der Planung weiterer Bebauung im und um das Welterbe ist stets die Zustimmung des Regierungspräsidiums notwendig.

Friedrich-Ebert-Straße

Der Umbau der Friedrich-Ebert-Straße soll unter anderem helfen, den Verkehrslärm zu verringern. Für Konzepte zur Lärminderung an besonders verkehrsreichen Straßen und Schienenwegen liefern die Lärmaktionspläne aus dem Regierungspräsidium die Daten.

Rathaus

Die kommunale Finanzaufsicht beim Regierungspräsidium achtet darauf, dass die kreisfreie Stadt Kassel einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegt. Die Aufsicht über kreisangehörige Städte haben die Landräte.

ICE-Strecke

Damit der Neubau der ICE-Strecke durch Kassel nicht zur Verlärmung und Verunstaltung der betroffenen Stadtteile führt – die Landschaftsschützer der Oberen Naturschutzbehörde beim RP konnten viel erreichen, um die Lebensqualität dort zu erhalten.

Lutherkirche

Ein Falkenhorst im Luther-Kirchturm: Mit einem gezielten Artenschutzprogramm konnten die Naturschutzexperten im Regierungspräsidium in den vergangenen 25 Jahren dabei helfen, dass wieder viele der gefährdeten Jäger in der Stadt leben.

Kassel-Calden

Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren für den Flughafen Kassel-Calden und die notwendigen Straßenbaumaßnahmen hat das Verkehrsdezernat im Regierungspräsidium geführt und abgeschlossen – zuverlässig und rechtssicher. Seit April 2013 ist der Flughafen in Betrieb.

Kassels Oberbürgermeister und Regierungspräsident a. D. Bertram Hilgen über die Stadt und »ihr« Regierungspräsidium

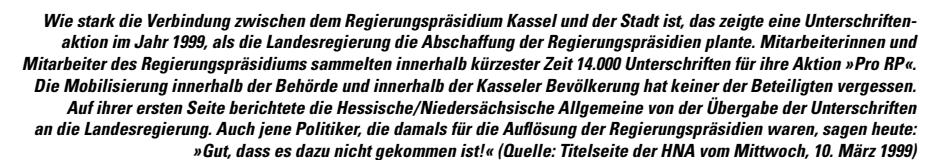
Auf den Fundamenten des Kasseler Landgrafenschlosses steht heute das Regierungspräsidium – unerschütterlich wie das Rondell an der Schlagd in unmittelbarer Nachbarschaft, das nicht nur dem 30-jährigen Krieg trotzte, sondern auch von Landgraf Friedrich II. verschont wurde, als er die Befestigungsanlagen der Stadt abtragen ließ. Diesem Beispiel folgend überstand auch das RP die eine oder andere stürmische Zeit, zuletzt, als im Zuge des Regierungswechsels 1999 die Existenz der Mittelbehörde politisch infrage stand.

Dieses Engagement hat Eindruck hinterlassen und dazu beigetragen, dass von den Plänen zur Abschaffung der Regierungspräsidien schließlich Abstand genommen wurde. Gut getan hat damals vor allem die Unterstützung aus der Wirtschaft, von Kammern und Verbänden sowie aus dem politischen Raum. Über Parteigrenzen hinweg haben sich Gemeindevertretungen mit den Beschäftigten solidarisch erklärt. Die politische Diskussion des Für und Wider hat nicht zuletzt dazu beigetragen, ein stärkeres Bewusstsein für die Aufgaben und Funktionen des RP zu erzeugen.

Dieses »Politik umsetzen« wird auch heute noch teilweise als »Exekutieren« wahrgenommen, wenn die Eingriffsverwaltung tätig wird – dort also, wo Umweltauflagen durchgesetzt werden (müssen) oder es beispielsweise um Planungen für neue Autobahnen und Schienenstrecken geht. Da begibt sich das RP zwangsläufig auf ein konflikträchtiges Terrain, weil unterschiedliche Interessen und Betroffenheiten aufeinandertreffen. Die exekutive Rolle birgt stets die Gefahr, gerade in solchen Konfliktfällen als ungeliebte und unbeliebte Behörde wahrgenommen zu werden.

Bertram Hilgen, 1954 in der Rhön geboren, ist SPD-Mitglied und seit dem 22. Juli 2005 Oberbürgermeister der Stadt Kassel. Hilgen absolvierte ein Studium der Rechts- und Politikwissenschaften in Marburg und war von 1996 bis 1999 Regierungspräsident in Kassel.

Und da der Regierungspräsident Ansprechpartner für viele Belange Nordhessens ist und als solcher auch wahrgenommen wird, war es für mich Ehrensache, als Lobbyist für die Region beispielsweise dem Vorstand des Vereins Kultursommer Nordhessen anzugehören, wo ja auch nordhessische Interessen zusammengeführt werden. Ich war immer der Meinung, dass ein Regierungspräsident reisen, reden und zuhören muss. Er darf nicht im Tintenfass ersaufen. Das schafft Kontakte, verschafft Überblick und verhilft auch der Behörde zu Reputation. Ich denke gerne an diese Zeit zurück, habe ich doch das Amt des Regierungspräsidenten einmal als den schönsten Arbeitsplatz in Nordhessen bezeichnet. Da wusste ich aber noch nicht, wie schön und erfüllend die Aufgabe des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel ist. Aber der zweitschönste Arbeitsplatz ist es auf jeden Fall!



Die Geschichte der Fläche über der Fulda, auf der sich der Neubau des Regierungspräsidiums Kassel als jüngstes einer Reihe von Regierungsgebäuden erhebt, ist lang und von großer Bedeutung auch für die Geschichte des Landes Hessen. Jörg Adrian Huber ist dieser Geschichte durch die Jahrhunderte nachgegangen. Jörg Adrian Huber ist der Autor der neuen »Kasseler Stadtgeschichte«. Er arbeitet als Fernsehjournalist beim Hessischen Rundfunk und hat sich in zahlreichen Film- und Buchveröffentlichungen mit der Geschichte Nordhessens und insbesondere Kassels befasst. Foto: HNA Hessische/Niedersächsische Allgemeine/Jochen Herzog



Ohne Fahrstuhl in die Frankenzeit

Von Jörg Adrian Huber

Erwartungsvoll starten wir im obersten Stockwerk des Kasseler Regierungspräsidiums, um mit dem Fahrstuhl in den Keller hinabzufahren. Kurz nach dem Erdgeschoss ruckelt die gläserne Kabine ein wenig, dann bremst sie ab und verlangsamt sich, sodass wir die wuchtigen Kellergewölbe des preußischen Regierungs- und Justizgebäudes und Verwaltungssitzes erkennen können, von dem aus ab 1882 die Provinz Hessen-Nassau regiert wurde. Wir sinken tiefer und fahren an den mächtigen Quadern der »Chattenburg« vorbei, einem niemals fertiggestellten Schloss, das sich der eitle Kurfürst Wilhelm I. von Hessen-Kassel zum Trost dafür errichten lassen wollte, dass ihm niemals der Titel eines »Königs der Chatten« verliehen wurde. Bereits den Kurfürstentitel hatte der ursprünglich ganz gewöhnliche Landgraf sich beim Kaiser für viel Geld gekauft – in einer Zeit, in der der Kurfürstentitel längst bedeutungslos geworden war (die Kurfürsten waren weltliche und kirchliche Würdenträger gewesen, denen das Recht zur Kaiserwahl zukam).



Das Modell der Chatenbourg. Ein überdimensionierter Bau, den Kurfürst Wilhelm II. veranlasste, der aber niemals fertiggestellt wurde.

Unsere gläserne Kabine ermöglicht jetzt einen besonders traurigen Anblick: den der rauchgeschwärzten Trümmer des alten Landgrafenschlosses, das 250 Jahre lang die Residenz des Hauses Brabant, des hessischen Fürstenhauses, gewesen war. Von 1556 bis 1562 hatte der Festungsbaumeister Antonius Riemenschneider im Auftrag Philipps des Großmütigen das Renaissanceschloss an der Fulda errichtet.

Weder durch Feindeshand noch durch Naturgewalten ging das mächtige Schloss unter, sondern durch die Vergnügungssucht und den Leichtsinn Jérôme Bonapartes, des jüngeren Bruders Napoléons. Nach der Niederlage Preußens und dem Frieden von Tilsit wurde Hessen-Kassel Hauptstadt des »Königreichs Westphalen« und Jérôme dessen König. Der vergnügungssüchtige Jüngling, der aufgrund seines Wahlspruchs »Morgen wieder lustig!« bald nur noch »König Lustig« genannt wurde, bezog im Dezember 1807 das Landgrafenschloss. Weil der Korse die hessischen Winter nicht gewöhnt war, ließ er das Schloss mit Kupferrohren ausstatten, die von einer Art Zentralheizung gespeist wurden. In einer besonders kalten Nacht im November 1811 war diese während eines der häufigen Bälle derart angefeuert worden, dass das Schloss niederbrannte. Wegen des strengen Frostes gefror das Löschwasser auf der Stelle – die Feuerwehr war machtlos.

Unser Fahrstuhl erreicht nun die Reste einer Burg, die Landgraf Heinrich von Hessen 1277 nach der endgültigen Lösung des Landes von Thüringen auf dem geschichtsträchtigen Gelände zwischen der Fulda und dem heutigen Steinweg errichten ließ. Wir sehen einen äußerst schlichten, auf militärische Verwendung abgestimmten Fachwerkbau mit Steinsockel, in dem nur der nordwestliche, zu der Ansiedlung »Chassella« hinzeigende Ludwigsbau einige wenige repräsentative Elemente enthielt. Bei genauerem Hinsehen erkennen wir, dass sich in Richtung des Flusses auf einem von Südosten nach Nordwesten ausgerichteten Rechteck eine von Ludwig II. errichtete Befestigungsanlage anschloss: Sie bildete einen Innenhof, der einen Herrnsitz und mehrere Burghäuser, Mannschaftsunterkünfte und Wirtschaftsgebäude umschloss.

Um noch weiter zurückzugehen, müssen wir die sichere Kabine verlassen und sehen nun inmitten des Innenhofes die in ihren Umrissen freigelegte Keimzelle Kassels: den Königshof. Der erste Eindruck ist ebenso ergreifend wie enttäuschend: ein U-förmiger, zur Fulda hin offener Erdwall, der mit einem Kranz von Steinen befestigt und von einem Graben umschlossen ist und aus dem geschwärzte, roh behauene Eichenbalken hervorragen.

So in etwa könnte eine frei nach dem Buch »Mit dem Fahrstuhl in die Römerzeit« gestaltete Fahrt in den Kasseler Untergrund aussehen, wenn – ja, wenn über all den historischen Stationen, die uns so viele Aufschlüsse geben könnten, nicht der wuchtige, 102 m lang, 12 m breite und 29 m hohe Klotz des Kasseler Regierungspräsidiums lasten würde. Nicht, dass die RP-Erbauer in den 50er-Jahren schuld daran wären – sie standen genau wie ihre historischen Vorläufer unter Zugzwang, als sie den jeweiligen Vorläuferbau unter dem neuen Gebäude begruben. Und gerade in der Nachkriegszeit mit ihrem Geldmangel und ihrer Raumnot wäre ein Baustopp am Steinweg zum Zwecke der archäologischen Sicherung des Kasseler Königshofes mitnichten durchsetzbar gewesen.

Ein möglicher Einwand – dass nämlich nach so langer Zeit von dem Kasseler Königshof ohnehin nichts mehr übrig wäre – zieht allerdings nicht: Viel ältere Bauwerke als der gerade einmal auf 1100 Jahre geschätzte Königshof sind freigelegt, untersucht und sogar rekonstruiert worden. Da braucht man nicht einmal bis Ägypten zu schauen.

Er ist vermutlich also noch an Ort und Stelle, der Kasseler Königshof, eingesunken in die Ufersedimente der Fulda, versiegelt durch eine meterdicke Betonplatte, aber noch da. Unsere Fahrstuhlfahrt in die Tiefen des RP muss aber trotzdem Fiktion bleiben. Das wäre ja auch nicht weiter schlimm, wenn sich in diesem ungeschlachten Bauwerk nicht ausgerechnet ein historischer Akt vollzogen hätte, der in unseren Tagen weitreichende Konsequenzen hat: An einem ungemütlichen und kalten Mittwoch, man schrieb den 17. Februar 913, ritt der fränkische König Konrad mit den ihn begleitenden Höflingen und Rittern in den Königshof Chassella hoch über der Fulda ein, um nach ein paar Bechern wärmenden Gewürzweines und einem stattlichen Braten auf dem vorbereiteten Lager in der Nähe des lodernden Feuers seine Nachtruhe anzutreten.

Am nächsten Morgen, dem 18. Februar, so mag man es sich vorstellen, wurden dann nach und nach die Bittsteller und Beschwerdeführer aus der Region zum König vorgelassen. Dabei ging es um versetzte Grenzsteine, versprochene, aber nicht abgelieferte Hochzeitsgaben, strittige Erbschaften und vieles mehr, das die örtlichen Autoritäten nicht allein zu schlichten vermocht hatten.



Eine Darstellung aus dem Jahre 1420 der wahrscheinlich ersten befestigten Buranlage zwischen Fulda und dem heutigen Steinweg, ein steinerner Sockel mit Fachwerkaufbau.

Waren alle diese Landbewohner, deren nordhessisches »Gemähre« der fränkische König sicherlich so schlecht verstand, dass er einen Dolmetscher hinzuziehen musste, abgefertigt, dann konferierte der Monarch wohl noch mit den Lehnsherren der Umgebung und erließ Befehle hinsichtlich der Verteidigung des Grenzlandes gegen die kämpferischen Sachsen, bevor ihm schließlich die zu unterzeichnenden Urkunden vorgelegt wurden. Wie auch heute noch gehörten zu einer rechtsgültigen Unterschrift Ort und Datum: »Gegeben zu Chassella bzw. Chassalla (der Schreiber wusste die Schreibweise nicht so genau), den 18. Februar 913«, stand schließlich unter den beiden an diesem Tag unterzeichneten Schriftstücken, in denen es um Schenkungen an das Kloster Hersfeld und das Frauenstift Meschede ging. Vor dieser Ersterwähnung Kassels mag es bereits etwa 200 Jahre menschlicher Ansiedlung in dem Bereich zwischen dem heutigen Marstaller Platz und dem heutigen Regierungspräsidium gegeben haben, aber wie diese aussah und wie groß sie war, darüber ist nichts überliefert. Sicher ist nur, dass es den Königshof Chassella 913 gab, wie die beiden erwähnten Urkunden beweisen, und exakt darauf gründet sich das in diesen Tagen begangene 1100-jährige Kasseler Stadtjubiläum.

Die Idee des Verfassers dieser Zeilen war es nun, den Königshof für die Dauer der Feierlichkeiten auf der Wiese vor dem Regierungspräsidium wieder auferstehen zu lassen – nicht historisch getreu, nicht exakt am selben Platz vielleicht, aber doch ähnlich genug, um die Phantasie der Vorbeifahrenden aus Nah und Fern anzuregen. Dieses Vorhaben wurde bei der »1100-Konferenz« sogar prämiert, die Genehmigung des Regierungspräsidenten lag auch schon vor und es gab sogar eine maßstabsgerechte Zeichnung. Doch zuletzt fehlte es an einem unmaßgeblichen Detail: am Geld. Denn das konnte oder wollte keiner der rund um das Stadtjubiläum ohnehin schon gebeutelten Sponsoren mehr aufbringen. So blieb der alte neue Königshof an der Fulda ein schöner Traum, und wer genug Phantasie hat, der möge ihn sich einfach vorstellen, wie er dort immer noch liegt, tief unter dem Regierungspräsidium in ewiger Dunkelheit. Aber es ist doch schön, dass wir noch mal drüber gesprochen haben!

Das preußische Regierungs- und Justizgebäude, von dem aus ab 1882 die Provinz Hessen-Nassau regiert wurde, und rechts das heutige Regierungspräsidium, aus derselben Perspektive fotografiert. Architektonisch wurde mit dem Neubau bereits in den späten 50er-Jahren formuliert, was heute gefordert wird: die schlanke Verwaltung. Bilder: Archiv



Gartenarchitektur als lebendige Stadtgeschichte

Rund um das Regierungspräsidium: ein Gartendenkmal aus den frühen 60er-Jahren

Wenn sich Innenstadt und Regierungspräsidium über den Steinweg hinweg ansehen, so liegt zwischen ihnen eine Besonderheit von stadthistorischer Bedeutung. Die Außenanlage des Regierungsgebäudes verdient im Jahr des Stadtjubiläums besondere Aufmerksamkeit. Dies gilt für ihre Gestaltung ebenso wie für ihren historischen Entstehungskontext Anfang der 60er-Jahre. Hier ein Foto vom Tage der feierlichen Eröffnung des RP-Neubaus 1959. Foto: Archiv





Ein Blick auf die sanft modellierte Grünfläche vor dem Regierungspräsidium. Die Offenheit der Grünfläche korrespondiert mit der klaren Gebäudegestaltung. Fotos (2): Andreas Fischer

Von Peter Riehm

Der Garten- und Landschaftsarchitekt Hans Joachim Schwarzenbarth hat die Außenanlagen des Regierungsgebäudes in den Jahren 1958/59 geplant. Es war eines seiner ersten selbstständigen Werke. Zuvor hatte Schwarzenbarth bei Hermann Mattern studiert und gearbeitet, dem wichtigsten und bekanntesten deutschen Garten- und Landschaftsarchitekten der Nachkriegszeit. Mattern war der Gestalter u. a. der Bundesgartenschauen in Stuttgart 1950 und in Kassel 1955. Er hat Stil und Geist der Wiederaufbauzeit der jungen Bundesrepublik maßgeblich mitgeprägt. Schwarzenbarth war bei dem Entwurf der Außenanlagen des Regierungspräsidiums noch sehr eng mit den Ideen von Mattern verbunden.

Der Neubau des Regierungsgebäudes ist Teil des Wiederaufbaus der Stadt Kassel nach der Zerstörung im 2. Weltkrieg. Im Vergleich zu anderen Städten ist der Wiederaufbau in Kassel erst spät in Tritt gekommen. Zwei wichtige Impulse für diese Aufgabe waren die Bundesgartenschau und die erste documenta als ihr Begleitprogramm – beides im Jahr 1955.

Allgemein, insbesondere aber im Zusammenhang mit der Bundesgartenschau, wurde auch über die Neugestaltung und stadtplanerische Bedeutung des Auehangs nachgedacht. Dessen zugehörige Bebauung mit dem Theater – es stand damals an der Aueseite des Friedrichsplatzes – und dem Regierungs- und Justizpalast als früherem Sitz des Regierungspräsidiums war stark zerstört. Damit stand auch der städtebauliche Grundriss zur Disposition. In die Überlegungen einbezogen war der gesamte Bereich vom Weinberg bis zur Fuldabrücke. Dies schließt den heutigen Standort des RP-Gebäudes am Steinweg und dessen Freiflächen mit ein. In ersten Konzepten befand sich hier sogar ein Teilbereich des Buga-Geländes, doch dazu kam es dann nicht. Deutlich wird aus diesem Aspekt des Wiederaufbaus aber, dass der RP-Standort nicht für sich allein gesehen werden kann. Er steht und wirkt – das gilt heute noch genauso – im städtebaulichen Zusammenhang an der Nahtstelle zwischen Stadt und Park sowie der Verbindung zur Fulda.

Der Gartenarchitekt Schwarzenbarth bezog sich in seiner Konzeption eng auf das Gebäude insgesamt und die Funktionen seiner einzelnen Teile. Die Gestaltung der Anlagen korrespondiert mit der Dominanz des Gebäudes.

Das wichtigste Merkmal dafür sind die großen offenen Flächen auf der Gebäudevorderseite einschließlich des befestigten Vorplatzes. Die Weite der Freifläche schafft ein räumliches Gegengewicht zu dem mächtigen Gebäude und schafft den Ausgleich der Proportionen zwischen Gebäude und Umgebung. Ihre Offenheit ist Wiederholung der klaren Gebäudegestaltung mit Mitteln der Freiraumgestaltung. Kleinteiligkeit und Kaschierungen sind hier absichtlich vermieden worden. Gleichzeitig, dies ist der zweite wichtige Aspekt, wird der Eingangsbereich des Regierungspräsidiums zur Stadt hin offengehalten (und umgekehrt).

Auf die unterschiedlichen Funktionen der einzelnen Gebäudeteile ist der Architekt in der Gestaltung der Freiflächen in vielfältiger Weise eingegangen. Beispiele dafür sind der Eingangsbereich mit seiner intensiveren Gestaltung, der Innenhof am Kantinezugang mit seiner Plastik »Spielende Kinder« – die leider vor zwei Jahren gestohlen wurde – und die Kantine mit den roten Sandsteinplatten.

Kontakt und Information:

Peter Riehm

Tel.: 0561 106-3131

peter.riehm@rpks.hessen.de

Hier führte bis vor wenigen Jahren ein gepflasterter, aber nie benutzter Fußweg vom Steinweg auf den Haupteingang des Regierungspräsidiums zu. Die drei blühenden Bäume flankierten ihn. Auch aus dieser Perspektive bildet die Weite der Freifläche ein Gegengewicht zum Baukörper.



Besonders bemerkenswert ist die hohe Sandsteinmauer entlang des Hauptzugangsweges. Sie ist gleichzeitig Teil des Gebäudes und der Außenanlage und stellt eine besondere Verknüpfung zwischen beiden her, wertet den repräsentativen Hauptzugangsbereich der Anlage auf und bildet dabei auf ihrer Rückseite, fast unmerklich, den Hof für das Wirtschaftsgebäude. Sie hat einen ausgesprochen schönen Schwung und ist das einzige gebogene Element am gesamten Ensemble des Regierungspräsidiums. Zudem stammt das Material wahrscheinlich von der abgerissenen Ruine des Vorläufergebäudes, dem Regierungs- und Justizgebäude, das wiederum – ebenso wie die Neue Galerie am Weinberg – aus dem Stein der »Chattenburg«, dem vorletzten Gebäude am Standort unseres RP, erbaut worden war. Seit der Auslichtung der Gebüsche kommt die Mauer wieder zur Geltung.

Die Außenanlagen unseres Gebäudes sind wie das Haus eine charakteristische Planung der 50er-Jahre. Funktionale Anforderungen wurden in einer schlichten und klaren künstlerischen Gestaltung umgesetzt. Die wesentlichen Merkmale der Freiflächengestaltung sind die klare Grundstruktur, die weichen Formen in geometrischen Abgrenzungen und der Verzicht auf Symmetrien. Auch die großen offenen Flächen zählen zu diesen Merkmalen oder die künstlerische Geländemodellierung. Die lockere, unregelmäßige Gehölzanordnung, meistens in kleinen, eigenständigen Gruppen mit den Staudenunterpflanzungen an herausgehobenen Stellen, verweist ebenfalls auf die Gestaltungssprache aus der Entstehungszeit des Gebäudes.

Das setzt sich in der Wahl der Gestaltungselemente und -materialien fort mit Mauern ausgeführt in rotem Sandstein und Waschbeton, mit der Wahl von roten Sandsteinplatten, Waschbeton und Natursteinpflaster für Wege und Plätze sowie mit dem hohen Anteil exotischer Gehölze, die häufig mit Stauden unterpflanzt wurden, oder in der kontrastierenden Verwendung von geometrischen Flächenabgrenzungen mit weichen Formen bis hin zu den farblichen Kontrasten von Laub und Blüten. All diese spannungsreichen und ästhetischen Kontraste sind Stilmittel aus der Schule Hermann Matterns.

Wasser kam nicht zur Verwendung. Ein unverwirklichter Vorentwurf sah allerdings zwei »Wasserschalen« als Gestaltungselemente im Eingangsbereich vor. Eine von beiden hätte sich auf dem Vorplatz befunden, die andere unter dem großen Sitzungssaal.

Neben der konzeptionellen und künstlerischen Qualität der Anlage besteht ihr Wert heute in ihrer weitgehenden Unversehrtheit. Einzelne Eingriffe hätten sicher mit mehr Bedacht durchgeführt werden können. Manche Detailgestaltung konnte nicht erhalten werden. Struktur und Größe der Anlage sind aber nicht verändert worden. Sie ist noch so vorhanden, wie sie angelegt wurde. Das unterscheidet sie von anderen Grünanlagen der gleichen Entstehungszeit in Kassel und macht sie zu einem wertvollen Zeitdokument der 50er-Jahre und des Wiederaufbaus – möglicherweise sogar über Kassel hinaus einzigartig.

Selbstverständlich bedeutet die Wertschätzung für den gartenarchitektonischen Entwurf Hans Joachim Schwarzenbarths nicht, dass in die Anlage nicht mehr eingegriffen werden darf. Im Gegenteil, dies ist zur Erhaltung einer Gartenanlage unverzichtbar. Garten- und Parkanlagen wachsen, verändern sich mit dem Alter. Die Anpflanzungen verlangen nach gezielter Regeneration und Neugestaltung, Steine und befestigte Flächen müssen ersetzt oder repariert werden. Man kann diese Feststellungen als Auftrag interpretieren und als Andeutung des Spannungsfeldes, in dem man sich bei der Pflege der Anlage bewegt. Zu dieser Aufgabe schrieb Hermann Mattern 1960: »Ein Garten erreicht kaum einen absoluten Zustand, denn mit dem Erreichen des Höhepunktes geplanter und gebauter Harmonie setzt zugleich das Verwachsen und Überaltern des Pflanzenbestandes ein. Damit ist auch bereits die Notwendigkeit der Regeneration und Umordnung gegeben.« Er spricht von der »Interpretation mit gegenwärtiger Instrumentierung« und betont: »Um die Raumkompositionen wieder zum Klingen zu bringen, wird [...] das Auffinden der ursprünglichen rhythmischen Verhältnisse von Vertikalen und Horizontalen das wichtigste sein«, für Mattern wichtiger als »die pedantische Nachahmung technischer Einzelheiten und das unbedingte Einhalten originaler Pflanzanweisungen«.

Eine Zeltstadt, die leer blieb

1992 mussten über Nacht Unterkünfte für 250 Kriegsflüchtlinge her

NOTAUFNAHME

Zeltstadt für erste Flüchtlinge

Zelte stehen bereit, um ab heute die ersten erwarteten Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina in Kassel unterzubringen.

FLÜCHTLINGE

Zeltlager am Auestadion



Die Zelte bleiben leer. Seit Tagen wurden 250 Flüchtlinge aus Jugoslawien angekündigt. Doch niemand weiß, wo sie geblieben sind. (Foto: Herzog)

ZELTSTADT

Noch keine Flüchtlinge in Sicht

FLÜCHTLINGE

Zeltstadt noch ohne Alternative

Die Kritik an der Zeltstadt für Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina wächst, doch Alternativen zeichnen sich nicht ab.



Zeltstadt auf dem Parkplatz am Auestadion: Schätzungsweise 250 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien erwartet die Stadt Kassel. (Foto: Herzog)

Stadt rechnet heute mit ersten Flüchtlingen

In Kassel weiß es gestern niemand. In Wiesbaden? Das kommt auf eine Entscheidung der europäischen Innenminister an, die in Genf tagen. Sie würden den Flüchtlingsstrom auf die Länder verteilen, sagt ein Mitarbeiter des Sozialministeriums.

„Phantomflüchtlinge“

In Genf... Wo sind die Menschen geblieben, die vor Bomben und Soldatenterror flüchten wollten. Wer hat in Kassel eigentlich die Phantomflüchtlinge fast stündlich anderswo geortet? Niemand kann das gestern Abend sagen.

Die Kasseler Zeltstadt ist seit gestern menschenleer. Nur ein Mann der Wach- und Schließgesellschaft „sichert“ das Lager. Die Helfer sind abgezogen. Unerträgliche Hitze quillt aus den verlassenen Zelten, die für einige Monate Heimat für Heimatlose sein sollen.

Von Winfried Hausmann

Mitte Mai 1992 war eine Vielzahl von Menschen aus den Kriegsgebieten im ehemaligen Jugoslawien auf der Flucht. Viele kamen auch nach Deutschland, um hier Schutz vor den lebensbedrohenden Kriegseinwirkungen zu suchen. Es war davon auszugehen, dass binnen weniger Tage in Hessen 6.000 Flüchtlinge aufzunehmen waren, davon etwa 1.500 im Regierungsbezirk Kassel. Diese Lage war der Anlass, über das Wochenende vom 22. bis 24. Mai 1992 in der Kasseler Karlsaue eine Zeltstadt zur Notunterbringung der angekündigten Bürgerkriegsflüchtlinge zu errichten.

Der zu erwartende Flüchtlingszustrom aus den Bürgerkriegsgebieten fiel in eine Zeit, in der das Land Hessen und die Landkreise und kreisfreien Städte bereits erhebliche Herausforderungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Migrantinnen und Migranten zu meistern hatten: Im Zuge der Ost-West-Entspannungspolitik war seit dem Jahr 1987 ein erheblicher Anstieg der Zuwanderung von Aussiedlerinnen und Aussiedlern zu verzeichnen, denen die Rechtsstellung von Deutschen nach Art. 116 GG zukam. Zeitgleich stieg die Zahl der Asylbewerber, die in der Bundesrepublik Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung suchten. Für die Organisation der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der Aussiedlerinnen und Aussiedler – und ab 1989 auch der Übersiedlerinnen und Übersiedler aus der DDR – waren in Hessen die Regierungspräsidien zuständig. Für die Hessen zugewiesenen Asylbewerber oblag diese Aufgabe den Landkreisen und kreisfreien Städten. In allen Fällen ging es vordringlich darum, geeigneten Wohnraum überwiegend in Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung zu stellen, um eine Notunterbringung beispielsweise in Turnhallen oder Zelten möglichst zu vermeiden.

Die Dringlichkeit, zur Aufnahme von Aus- und Übersiedlern und Asylsuchenden Unterbringungskapazitäten zur Verfügung zu stellen, dauerte also schon einige Jahre an. Die Auf-

gabe, unter extremem Zeitdruck einer so großen Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien ein Obdach zu gewähren, war also eine besondere Herausforderung. Und was die Sache nicht leichter machte: Für die Unterbringung dieser schutzsuchenden Menschen gab es – anders als für die Aufnahme von Aussiedlern, Übersiedlern und Asylbewerbern – keine festgelegten Zuständigkeiten oder Verfahrensregelungen.

Für zuwandernde Aussiedler war das Grenzdurchgangslager Friedland die zentrale Anlaufstelle, für zuziehende Übersiedler hatte die Aufnahmeeinrichtung in Gießen diese Funktion übernommen, und politischen Flüchtlingen stand als zentraler Anlaufpunkt, auch für Asylansträge, die hessische Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge in Schwalbach (Taunus) zur Verfügung.

Weil es für die Bürgerkriegsflüchtlinge vom Balkan keine zentrale Anlaufstelle gab, nahm die hessische Sozialministerin die Regierungspräsidien in die Pflicht, »von heute auf morgen« eine Notunterbringung zu organisieren. Regierungspräsidentin Stiewitt machte die Aufgabe zur Chefsache und bat bereits am nächsten Tag, es war der 21. Mai 1992, die Landräte und Kassels Oberbürgermeister zu einer Krisensitzung. Aufbauend auf die jahrelange gute Zusammenarbeit zwischen Regierungspräsidium, Landkreisen und Gemeinden bei der Unterbringung und Betreuung von Aussiedlern, Übersiedlern und Asylbewerbern gelang es schnell, zahlreiche Standorte zu benennen, die sich für eine Notunterbringung von Flüchtlingen eigneten. Die Regierungspräsidentin entschied sich für eine Zeltunterbringung am Standort Karlsaue, weil die zentrale Lage der Stadt Kassel die Anreise der Flüchtlinge erheblich erleichtern konnte. Unter der logistischen Leitung der Berufsfeuerwehr der Stadt entstand in den nächsten zwei Tagen eine Zeltstadt, die 250 Flüchtlinge aufnehmen, versorgen und betreuen konnte. Neben dem Regierungspräsidium und der Stadt Kassel, deren Sozialdezernentin Caroli die Einrichtung dieser Notunterbringung maßgeblich unterstützte, wirkten dabei zahlreiche Hilfsorganisationen wie das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund und andere mit.

Am Sonntag, dem 24. Mai 1992, war alles fertig: Die Zeltstadt war aufnahmebereit. Aber am Montag kamen keine Flüchtlinge, am Dienstag nicht und auch nicht am Mittwoch. Und auch in den Wochen danach blieben die Zelte leer. Die mit so viel Engagement geschaffene Notaufnahmeeinrichtung musste schließlich ungenutzt wieder abgebaut werden.

Die Gründe lagen im Aufenthaltsrecht: Ohne Visa wurde den Flüchtlingen, die sich gerade nicht auf politische Verfolgung beriefen, sondern vor den bürgerkriegsartigen Zuständen auf der Flucht waren, die Einreise verweigert. Erst wesentlich später erging eine Anordnung des Bundesinnenministeriums an die obersten Landesbehörden, Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aus humanitären Gründen einreisen zu lassen. Sie versetzte die Ausländerbehörden in Hessen in die Lage, den Aufenthalt für Bürgerkriegsflüchtlinge durch Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis zu legalisieren. Diese zeitliche Verschiebung führte dazu, dass die Notunterbringung nicht mehr erforderlich war, denn inzwischen standen geeignete Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung, wie beispielsweise die Jägerkaserne in der Stadt Kassel.

Wenn auch in den Medien eine gewisse Häme über unkoordiniertes Vorgehen der obersten Landes- und Bundesbehörden zum Ausdruck kam – für das Regierungspräsidium war es entscheidend, dass die Landes- und Kommunalbehörden in einer Notsituation demonstriert hatten, wie sie durch schnelles und koordiniertes Zusammenwirken eine erfolgreiche Lösung finden und verwirklichen können.

Am Ende stand noch die Frage, wer für die Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Balkan die Kosten tragen sollte. Das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit wollte den kommunalen Gebietskörperschaften lediglich die Kosten für die in den Notunterbringungen tatsächlich aufgenommenen Flüchtlinge erstatten. Das Regierungspräsidium forderte jedoch vehement, dass den Landkreisen und der Stadt Kassel auch die Kosten erstattet werden, die den Sozialämtern durch die vereinzelte Aufnahme von Flüchtlingen entstanden waren. Das konsequente und erfolgreiche Eintreten für diese berechtigten Interessen der Kommunen war und bleibt Teil der Mittlerfunktion des Regierungspräsidiums.

Kontakt und Information:

Winfried Hausmann

Tel.: 0561 106-1110

winfried.hausmann@rpks.hessen.de



Ein glücklicher Zufall führte zu diesem einmaligen Foto: Ein Turmfalke hat auf dem Fenstersims des Regierungspräsidiums Platz genommen, um einen eben erbeuteten Singvogel zu verzehren. Neben Kleinvögeln zählen auch Mäuse und Insekten zur Nahrung der Turmfalken. Die weiblichen Tiere sind mit 230 Gramm schwerer als die männlichen mit 190 Gramm Körpergewicht. Foto: RP/Rainer Büchner

Gefiederte Jäger erobern die Stadt

Mit Hilfe des Naturschutzes wird die Stadt zum Lebensraum für Sperber und Falken

Von Rainer Büchner

Wer sich den Lebensraum eines Greifvogels vorstellt, der denkt eher an natürliche Felswände, reich strukturierte Landschaft oder geschlossene alte Wälder, an einen stattlichen Horst in der Felswand oder in einer breiten Baumkrone. Das urbane Umfeld einer quirligen Stadt mit Gebäuden, Straßen und viel Beton und Lärm kommt einem nicht so ohne weiteres in den Sinn.

Doch die Greifvögel haben sich die Stadt als Habitat erschlossen, so wie vor ihnen schon andere Tierarten wie Füchse oder Waschbären. Der Begriff »Habitat« bezeichnet in der Biologie den charakteristischen Wohn- und Standort, also den Lebensraum, den eine Art besiedelt.

Schleiereulen haben schon zu Zeiten der Siedlung mit Bauerhöfen und kleinen Dörfern den Lebensraum in unmittelbarer Nachbarschaft des Menschen erobert. Das Nahrungsangebot, die Nistmöglichkeiten und der Schutz vor Fressfeinden lagen dicht zusammen. Jedes Dorf war reich an Mäusen, und die Scheunen boten gute Nistmöglichkeiten. Als Mäusejäger waren die Schleiereulen gern gesehen.

Der Wanderfalke hat seinen romantischen Felsbrutplatz gegen den Gebäudesims in der Großstadt eingetauscht.

Von den oberen Stockwerken des Regierungspräsidiums am Steinweg aus kann man den städtischen Lebensraum unter anderem von Wanderfalken und Turmfalken beobachten. In der Turmspitze der Lutherkirche befindet sich ein Wanderfalkenhorst, der seit 1988 fast ununterbrochen besetzt ist. Die Einflugöffnung ist oberhalb des hellen Schmutzfleckes in der nördlichen Turmspitze gut zu erkennen. Bei dem Schmutzfleck handelt es sich um Schmelz der Wanderfalken – so nennen Vogelkundler den Kot der Tiere.

In der Turmspitze der Lutherkirche brüten seit 1988 regelmäßig Wanderfalken. Die Einflugöffnung ist an den hellen Kotflecken leicht zu erkennen. Foto: Andreas Fischer

Das Nahrungsangebot für die Greifvögel ist heute in den Stadthabitaten viel reichhaltiger als in den natürlichen Lebensräumen. Wanderfalken und Sperber jagen stets Vögel. Der Wanderfalke ernährt sich fast ausschließlich von Stadtauben, diese Beute ist hier in großer Menge verfügbar und hat einen schwachen Fluchtinstinkt.

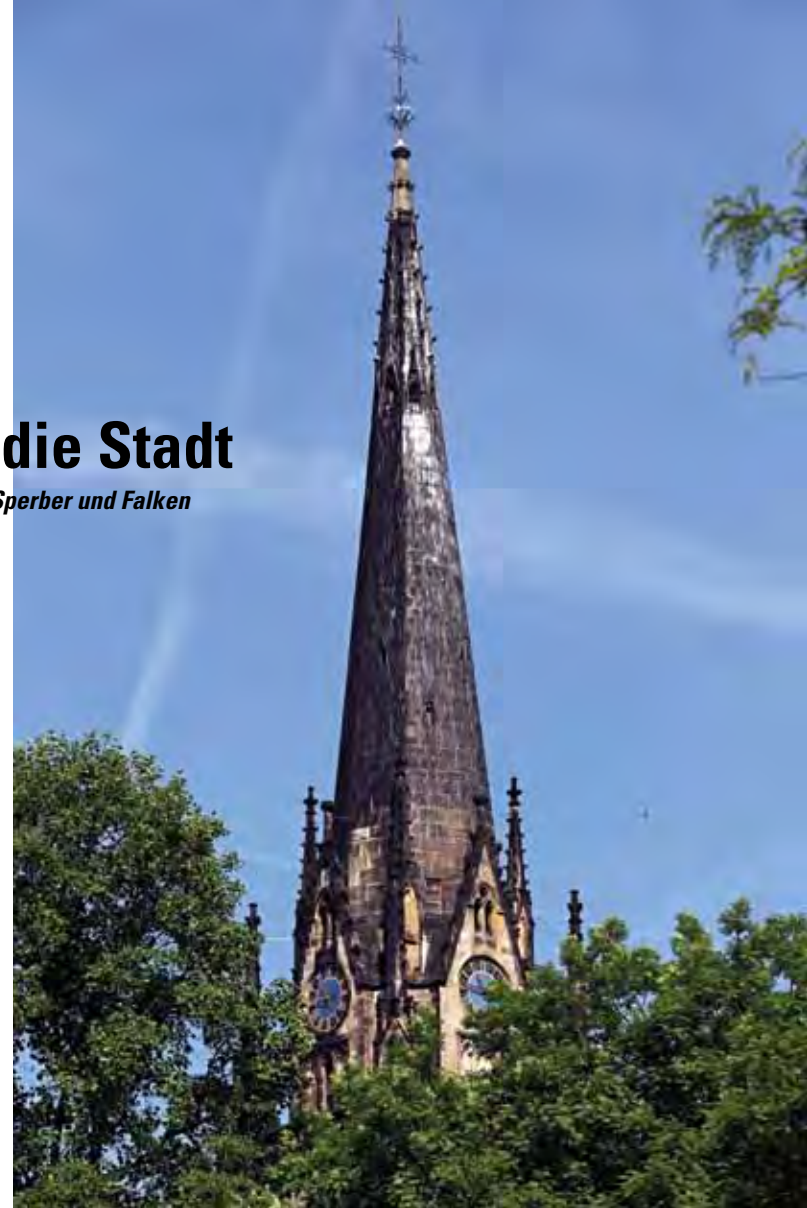
Der kleinere Sperber ist seiner Beute, den Kleinvögeln, in die Stadt gefolgt. Die Singvögel finden als Kulturfollower im urbanen Umfeld, in gepflegten Gärten, auf Balkonen oder im Schrebergarten reichlich Futter und Nistmöglichkeiten, sei es in Form von Gehölzen oder Hecken oder gleich in Vollpension als breit präsentiertes Angebot von Meisenknödeln, speziellen Futtermischungen und Nistkästen. Die Greife profitieren indirekt davon und »greifen« sich den ein oder anderen unvorsichtigen Vogel.

Der Turmfalke hat sich dem Stadthabitat so gut angepasst, dass er sein Beutespektrum, das ursprünglich zu 70–90 Prozent aus Mäusen allein bestand, in der Stadt fast ausschließlich auf Kleinvögel umgestellt hat.

Viele Greifvögel sind mit den Bauwerken in der Stadt so vertraut, dass ein Turmfalke sogar eine Fensterbank des RP-Gebäudes zum aufatzen (fressen) eines frisch erbeuteten Singvogels zweckentfremdet.

Welche Bedeutung das Stadthabitat für den Wanderfalken inzwischen hat, das zeigen die Vergleichszahlen zwischen der sogenannten Naturbrut an Felsen und im Steinbruch und den Bauwerksbruten. Während 2012 zwölf Revierpaare in ihrer natürlichen Umgebung gezählt wurden, waren es an Bauwerken 37. Bei den erfolgreichen Brutpaaren ist das Verhältnis mit 4 zu 28 noch deutlicher und setzt sich im Ergebnis der gezählten ausgeflogenen Jungen mit 11 zu 77 fort.

Den aktuellen Bestandszahlen der Greifvögel in Nordhessen ist nicht mehr anzusehen, dass einige Arten und der Wanderfalke im Besonderen vor einigen Jahren (fast) ausgestorben waren. Nur dem passionierten und unermüdlichen Einsatz von ehrenamtlichen Naturschützern mit Unterstützung der Naturschutzverwaltung ist es zu verdanken, dass sich die Bestände wieder erholt haben.





Auch Sperber jagen immer häufiger in unseren Städten nach Kleinvögeln. Auch hier sind die männlichen Tiere deutlich kleiner als die weiblichen. Sie wiegen in ausgewachsenem Zustand mit 150 Gramm knapp halb so viel. Sperber sind, je nach Geschlecht, zwischen 32 und 37 Zentimetern groß und haben eine Spannweite von 60 bis 75 Zentimetern. Sie brüten ab Mai, und die Gelege zählen zwischen vier und sechs Eiern. Foto: C. R. Gross

Der Grund für das Artensterben war eine Nebenwirkung des Insektengifts DDT. Dichlordi-phenylchloroethan, abgekürzt DDT, ist ein Insektizid, das seit Anfang der 1940er-Jahre als Kontakt- und Fraßgift weltweit im Einsatz war. Wegen seiner guten Wirksamkeit gegen Insekten, der geringen Giftigkeit für Säugetiere und der preiswerten Herstellung war es jahrzehntelang im Einsatz. 1970 wurde es europaweit verboten.

Über die Nahrungskette Insekten-Kleinvögel-Greife konnte sich DDT in den Organismen anreichern. Dadurch wurden die Eierschalen immer dünner, sodass die Eier beim Brüten zerdrückt wurden. In Dänemark, Polen, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und der DDR starb der Wanderfalk aus. In Deutschland, der Schweiz und Österreich gingen die Bestände bis auf wenige Brutpaare zurück.

Die verbliebenen Brutpaare nach dem DDT-Verbot waren zu wenige, um eine Wiederbesiedlung der ehemaligen Lebensräume zu ermöglichen.

Der Wanderfalk wird seit langem von Falknern zu Beizwecken (Jagd) gehalten. Diese Tiere wurden mit ausgesuchter Atzung (Futter) versorgt, sodass diese Beizvögel keine DDT-Schäden aufwiesen. Der Deutsche Falknerorden organisierte daraufhin ein Zuchtprogramm, um gesunde Jungtiere für die Wiederaussiedlung zu züchten. Die Naturschutzverbände betreuten die Auswilderungsprojekte.

Auch in Hessen wurde ein Auswilderungsprogramm auf die Beine gestellt. In den Jahren von 1978 bis 1992 wurden insgesamt 186 Wanderfalken (101 Männchen, 85 Weibchen) ausgewildert.

Eine der Auswilderungsvolieren stand von 1980 bis 1987 auf dem Dach des Regierungspräsidiums am Kasseler Steinweg. Von hier aus wurden in diesem Zeitraum 31 Wanderfalken erfolgreich ausgewildert. Die Auswilderungen vom RP-Dach aus wurden 1988 eingestellt, nachdem ein Wanderfalkenpaar sich gleich nebenan in der Lutherkirche ansiedelte und dort erfolgreich brütete.

Eine sehr bewährte und sichere Art der Auswilderung von Wanderfalken ist das Adoptionsverfahren. Naturbruten werden aus der Ferne beobachtet und die Anzahl der geschlüpften Jungen gezählt.

Bei Bedarf setzt man also, wenn nur wenige Junge im Nest sind, etwa gleichaltrige Nestlinge aus Gehegebruten dazu. Diese werden in der Regel akzeptiert, gefüttert und großgezogen. Ein Wanderfalkenpaar kann ohne Probleme vier bis fünf Junge großziehen.



Wanderfalken erreichen eine Größe von bis zu 50 Zentimetern, wobei die weiblichen Vögel mit bis zu einem Kilo Gewicht deutlich schwerer werden als die männlichen, die etwa 700 Gramm erreichen können. Die Spannweite der Flügel liegt bei 95 bis 115 Zentimetern. Ab Mitte März brüten die Altvögel zwischen zwei und fünf Eier aus. Foto: Staatl. Vogelschutzwarte/Limbrunner

Koordiniert wurde das Auswilderungsprojekt in Nordhessen durch die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz e. V. (HGON) und Aktion Wanderfalken- und Uhuschutz e. V. (AWU). Die Obere Naturschutzbehörde beim Regierungspräsidium begleitete die Wiederansiedlung durch den Einsatz von Fördermitteln für den Artenschutz.

Auch nach dem Ende des nordhessischen Auswilderungsprojektes wird die Entwicklung der Bestände überwacht. Zur weiteren Verbesserung der Brutmöglichkeiten und Lebensräume werden zusätzlich künstliche Nisthilfen angebracht und gepflegt.

Der Erhalt und die positive Entwicklung der Bestandszahlen der Wanderfalken haben viele Väter und Mütter, sie sind das Gesamtergebnis des Einsatzes sehr vieler. Der kleine oder große Einsatz Einzelner ergibt erst als Summe ein großes Ganzes: die stabile Wanderfalkenpopulation in Nordhessen. Ein Name soll stellvertretend für die vielen aktiven Unterstützerinnen und Unterstützer genannt werden: Bei Wolfram Brauneis aus Eschwege laufen alle Aktionen und Daten zu den Wanderfalken in Nordhessen zusammen. Er hat die Aktionen über viele Jahre begleitet und dient stets als sehr gut informierter Ansprechpartner.

Im Zentrum der Arbeit des Dezernats Schutzgebiete, Artenschutz und Landschaftspflege steht die Aufgabe, das gute Miteinander von Menschen, Flora und Fauna zu ermöglichen. Es gilt die Natur zu erhalten, ohne den Menschen auszusperren oder die Lebensumgebung von Tieren und Pflanzen in gleichsam musealer Form zu konservieren und zu präsentieren.

Kontakt und Information:
Rainer Büchner
Tel.: 0561 106-4613
rainer.buechner@rpks.hessen.de



Zu wenig Wasser in der Dönche

Hessens größtes innerstädtisches Naturschutzgebiet wird immer trockener

*Die jüngsten Zeitungsberichte und
Leserbriefe zu den Veränderungen im
Wasserhaushalt der Dönche rücken
Hessens größtes innerstädtisches
Naturschutzgebiet im Jubiläumsjahr der
Stadt verstärkt ins öffentliche Interesse.*

Foto: Andreas Fischer

An allen wichtigen Zugängen des Naturschutzgebietes Dönche stehen Wegetafeln, die den Besuchern Orientierung über die verschiedenen Schutz- und Wegeführungen im Naturschutzgebiet geben. Fotos (3): Andreas Fischer



Von Axel Krügener

Im Westen von Kassel, von der Heinrich-Schütz-Allee bis zum Habichtswald, erstrecken sich die weiten Grasfluren der Dönche. Von vielen Standorten aus ist sie als eine von Bachläufen, Gebüsch und kleineren Wäldchen strukturierte Wiesenlandschaft zu erkennen und prägt in ihrer Einzigartigkeit das Landschaftsbild und den Erholungswert der Stadt.

Bis 1975 wurde das Gebiet als Truppenübungsplatz genutzt. Von den Bombeneinschlägen des 2. Weltkrieges und der späteren militärischen Nutzung zeugen noch heute die vielen, teilweise mit Wasser gefüllten Bombenrichter und die frühere Panzerschießbahn. Um die wertvollsten Biotope zu sichern und den dort vorkommenden Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum zu erhalten, wies das Land Hessen 1983 auf einer Fläche von 35 Hektar im Bereich des Krebsbachtals ein Naturschutzgebiet aus. Es wurde 1995 auf 173 Hektar erweitert und ist seitdem das größte innerstädtische Naturschutzgebiet Hessens. Im Jahr 2008 wurde die Dönche gemäß der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie als FFH-Gebiet gemeldet und ist damit Teil des europäischen Naturschutznetzes »NATURA 2000«.

Aufgrund der Naturschutzgebietsverordnung und der FFH-Richtlinie ist die Obere Naturschutzbehörde beim Regierungspräsidium Kassel verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass sich der Zustand der schützenswerten Lebensräume und Arten nicht verschlechtert.

Innerhalb der großflächigen naturnahen Grünlandgesellschaften sind hier insbesondere die kleinflächig eingestreuten FFH-Lebensraumtypen »artenreiche Borstengrasrasen« und »trockene Heiden« zu nennen. Sie gedeihen vor allem an den südexponierten Hängen und werden mittels einer Schaf- und Ziegenbeweidung offen gehalten.



Die Beweidung mit Schafen und Ziegen hält die Lebensraumtypen »artenreicher Borstengrasrasen« und »trockene Heiden« in der Dönche frei und erhält damit diese Lebensräume.

Neben diesen schützenswerten Lebensräumen kommen aufgrund der Vielzahl der Kleingewässer verschiedene Amphibienarten im Gebiet vor, wobei insbesondere die große Population an Kammmolchen beachtenswert ist.

Von hohem ökologischem Wert sind die für die Dönche typischen bachbegleitenden Erlen- und Eschenwälder mit den anschließenden Weichholzaunen entlang den periodisch überfluteten Flussufern. Der Wert des zufließenden Wassers für viele Lebensgemeinschaften liegt damit auf der Hand.

Von herausragender Bedeutung für das Schutzgebiet sind deshalb zwei Bäche: der Dönchebach und der Krebsbach. Im südlichen Teil verläuft der Dönchebach, dessen Quellregion im Habichtswald liegt und der das Gebiet in östlicher Richtung nach Oberzwehren durchfließt. Der Krebsbach entspringt im Norden der Dönche bei der Landesfeuerwehrschule und mündet unterhalb der Siedlung »Documenta urbana« in den Dönchebach. Beide Fließgewässer weisen naturnahe Strukturen und eine relativ gute Wasserqualität auf. Sie schlängeln sich mit unterschiedlichen Strömungsgeschwindigkeiten durch die Auen.

Nicht ohne Grund wurde das Naturschutzgebiet in den 80er-Jahren im Bereich des Krebsbaches ausgewiesen. Dieser Bereich ist aufgrund seines Strukturereichtums einer der naturschutzfachlich wertvollsten Landschaftsteile der Dönche. Im Quellbereich dieses Baches befindet sich in einer ehemaligen Sand-



Der Krebsbach im unteren Teil der Dönche führt zwar noch reichlich Wasser, seit einigen Jahren sinkt der Wasserspiegel jedoch. Warum der Zufluss zum Krebsbach immer mehr nachlässt, darüber wird zurzeit noch gerätselt.

Kontakt und Information:
Axel Krügener
Tel.: 0561 106-4581
axel.kruegener@rpks.hessen.de

grube das sogenannte »Freilandlabor«, eine Schutzhütte mit mehreren künstlich angelegten Teichen. Das Freilandlabor wird seit vielen Jahren als Experimentierwerkstatt Biologie der Universität Kassel genutzt, um Lehramtsstudierende auszubilden und Schulklassen eine Möglichkeit zu geben, an den Tümpeln zu forschen. Auch das Naturkundemuseum im Ottoneum Kassel arbeitet hier mit Kindern regelmäßig zum Thema Amphibienschutz.

Trotz fachgerechter Unterhaltungsmaßnahmen kam es in den vergangenen Jahren immer häufiger zur Austrocknung einzelner Tümpel im Bereich des Freilandlabors. Die Fachleute rätseln, ob dies mit der Klimaerwärmung zu tun haben könnte, die für die extrem trockenen Frühjahrsmonate der vergangenen Jahre verantwortlich gemacht wird, oder ob die Wasseraustritte im Quellbereich des Krebsbaches zurückgehen und die Tümpel deshalb austrocknen.

Im Gegensatz zum Dönchebach führten in trockenen Sommern schon immer einige Abschnitte des Krebsbaches kaum noch Wasser, aber ein Austrocknen bereits im späten Frühjahr wurde früher nie festgestellt. Diese Tatsache deckt sich mit Beobachtungen älterer Anwohner der Dönche. Sie berichten, dass man in den 1950er- und 1960er-Jahren den Bereich des Krebsbaches auch in trockensten Sommern nur mit Gummistiefeln queren konnte.

Über die Gründe, die zu einem Rückgang des zufließenden Wassers insbesondere im Bereich des Krebsbaches führten, lassen sich zurzeit

nur Vermutungen anstellen. Der Wasserzufluss vom Habichtswald nördlich der Siedlung Rosenthal ist offensichtlich zurückgegangen und die gemauerte Wasserrinne führt nur noch selten Wasser. Dass dies früher anders war, belegen glaubhafte Aussagen von Anwohnern und Gebietskennern.

Es muss jedoch gewährleistet werden, dass sich der Wasserzulauf in die Dönche nicht verringert, da viele schützenswerte Lebensräume und Arten davon abhängig sind. Dazu zählen die von Erlen und Weiden geprägten Auenwälder, die sich saumartig entlang den Bächen durch das Schutzgebiet ziehen, aber auch die

Sümpfe und die Vielzahl der über das gesamte Schutzgebiet verteilten Tümpel mit ihren schützenswerten Amphibien.

Da das Problem erkannt und die Obere Naturschutzbehörde für den Erhalt der Lebensräume verantwortlich ist, werden genauere Untersuchungen folgen müssen, die sich mit dem Wasserzufluss vom Habichtswald in die Dönche und mit der Wasserführung der Bäche dort befassen. Dazu werden Obere Naturschutzbehörde und die Stadt Kassel eng zusammenarbeiten und gemeinsam nach Lösungen im Sinne des Naturschutzgebietes suchen.

Vor dem Freilandlabor in der Dönche beim Ausbaggern eines der Tümpel: (v. l.) Roland Ruhnau vom Naturkundemuseum Kassel, Dr. Claudia Wulff und Monique Meier von der Universität Kassel, Axel Krügener, beim Regierungspräsidium als Oberer Naturschutzbehörde für das Naturschutzgebiet Dönche zuständig, und Jakob Gruber, als Funktionsbeamter Naturschutz beim Forstamt Wolfhagen verantwortlich für die Pflegemaßnahmen. Foto: HNA/Konrad





Vom Kulturschreck zum Multitasking-Star

Was der Wald für die Großstadt Kassel bedeutet

Eine Fülle von Funktionen erfüllt der Wald in der Umgebung der Großstadt Kassel. Die nachhaltige Holznutzung, bei der nicht mehr Holz eingeschlagen wird, als nachwächst, gehört unbedingt dazu. Forstwirt Lars Müller hat einen von mehr als drei Millionen Arbeitsplätzen in Deutschland, die auf die eine oder andere Weise vom Wald und der Holzverarbeitung abhängen. Foto: Andreas Fischer



Von Rolf Schulzke

Unter dem Begriff »Multitasking« verstehen wir die Fähigkeit, mehrere Aufgaben parallel und gut zu erfüllen. Man kennt dieses Phänomen aus dem Bereich der Arbeitswelt oder aus der Informationstechnologie. Wieso sollte dem Wald, insbesondere im Gebiet der Stadt Kassel, der Titel eines Multitasking-Stars verliehen werden?

Das Gebiet der Stadt Kassel umfasst 10.677 Hektar, davon sind 2.618 Hektar Wald. Der Waldanteil liegt also bei 24 Prozent. Im Regierungsbezirk insgesamt liegt er bei 42,1 Prozent. Durch menschliche Einflussnahme wurde der Wald sehr weit zurückgedrängt. In der Vergangenheit empfanden die Menschen ihn oftmals als bedrohlich. Waldangst ist ein häufig vorkommendes Element von Märchen, und bis heute fürchten sich viele Menschen im dunklen Wald. Man sah in ihm in erster Linie die Heimat wilder und gefährlicher Tiere wie Wolf und Bär oder den Ort, wo Feen und andere Waldgeister hausten.

Die Rodung von Wald galt als Kulturtat. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts diente der Wald als Holzlieferant, als Jagdgebiet des Adels oder als Weidegebiet. Tausende von Hektar Wald fielen der Köhlerei zum Opfer. Die Wälder waren ausgeplündert, die Waldböden zerstört. Es entstand die Notwendigkeit, ihre Nutzung an den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu orientieren.

Im Zuge der waldbaulichen Planung wurden dabei nicht nur die Holzvorräte und deren Nutzungen erfasst, sondern auch zunehmend diejenigen Funktionen des Waldes, die über die eigentlichen Holznutzungen hinausgehen. Es wurde festgestellt, dass die Wälder infolge der industriellen Entwicklung und aufgrund gestiegener Ansprüche der Gesellschaft neben der Nutzfunktion – also der Bereitstellung von Holz und anderen Waldprodukten – auch Schutzfunktionen zu übernehmen haben. Unter den Schutzfunktionen werden all jene Funktionen des Waldes verstanden, die zur Erhaltung und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen dienen. Das sind insbesondere der Bodenschutz, der Wasserschutz, der Sicht-, Lärm- und Immissionsschutz, der Klimaschutz und der Arten- und Biotopschutz. Viele dieser Waldfunktionen erfüllt praktisch jeder Wald allein schon durch sein Vorhandensein, andere setzen eine bestimmte Waldbewirtschaftung oder auch eine Extensivierung der Bewirtschaftung voraus. Dabei kann es passieren, dass der Waldbesitzer zugunsten des Allgemeinwohls auf Einnahmen verzichten muss.

In jüngster Zeit hat die Bedeutung des Waldes als Rückzugsgebiet für die »stille Erholung« der Menschen vor allem in Verdichtungsgebieten zugenommen. Seit 1972 werden in Hessen für jede Waldfläche die besonderen Schutz- und Erholungsfunktionen nach bundeseinheitlichen Kriterien erfasst und dargestellt. Die Auswertung dieser Daten für den Bereich der Stadt Kassel zeigt, dass der Wald auf 99 Prozent seiner Fläche mit Schutzfunktionen belegt ist. Dabei überschneiden sich im Durchschnitt 3,1 verschiedene Funktionen auf derselben Fläche. Das zeigt die Überlagerungsdichte der einzelnen Funktionen. Auf einzelnen Flächen kommen Überlagerungen von bis zu neun Funktionen vor. Fast 800 Hektar der Waldfläche im Bereich der Stadt Kassel haben sechs oder mehr Funktionen gleichzeitig zu erfüllen. Die Vergleichswerte für alle Waldflächen des Landes Hessen zeigen einen Belegungsgrad von 76 Prozent, Überlagerungsdichte 2, außerhalb des Waldes liegt der Belegungsgrad mit den unterschiedlichen Funktionen bei 44 Prozent oder einem Wert von 1,1.

Kontakt und Information:
Rolf Schulzke
Tel.: 0561 106-4180
rolf.schulzke@rpks.hessen.de



Und schon immer liefert der Wald Wildbret. Im Waldladen bei der Revierförsterei Habichtswald bieten Revierförster Wolfgang Schmidt und sein Team zertifiziertes Wildfleisch aus den Wäldern rund um Kassel an.

Die Zahlen verdeutlichen die besondere Bedeutung des Waldes im Stadtgebiet für die Menschen und ihr Wohlbefinden. Seine Erhaltung muss daher besonderes Anliegen der Behörden von Stadt, Kreis und Region sein. Hinzu kommt, dass unter dem Aspekt der prognostizierten Klimaveränderungen seine Bedeutung für das Stadtklima noch weiter zunehmen wird. Die Behörden können versuchen, die Belange des Waldes gegenüber anderen Ansprüchen zu wahren, darüber hinaus ergeben sich unter Umständen aus der vorgenannten Funktionsüberlagerung Probleme.

Im Gegensatz zu Nordamerika, wo eine klare Trennung zwischen Wirtschaftswald herrscht, der ausschließlich der Holzherzeugung dient, und Nichtwirtschaftswald, wo keinerlei Waldbewirtschaftung stattfindet, bei dem es aber daher durchaus zum Ausfall von Funktionen kommen kann, muss im dicht besiedelten Mitteleuropa nahezu jede Waldfläche auch Schutz- und Erholungsfunktionen erfüllen. Durch geeignete forstliche Maßnahmen wird gewährleistet, dass der Wald in der Lage ist, diesem Anspruch an Multifunktionalität zum Wohle der Allgemeinheit gerecht zu werden. Aus der

Hirnforschung wissen wir, dass Multitasking für Menschen ungesund ist. Glücklicherweise zeigen sich die Wälder unserer Region bei entsprechender forstlicher Betreuung dieser Herausforderung aber durchaus gewachsen, ohne dabei »Starallüren« zu zeigen.

Trotz aller wissenschaftlichen Erfassung der Waldfunktionen haften dem Wald nach wie vor die Attribute an, die schon die Gebrüder Grimm fasziniert und inspiriert haben. Er bleibt ein Stück geheimnisumwobener Heimat, das Rätsel und Überraschungen birgt.



Vom Habichtswald lebt die Stadt und leben die Kasseler – nicht allein durch die Gewinnung und Verarbeitung von Holz, sondern auch über Erholung, Freizeit und Tourismus. Fotos (3): Andreas Fischer



Urbaner Standortvorteil Natur

Die Arbeit des Regierungspräsidiums für den Lebensraum Stadt

Es spricht sich herum: Die Lage der Stadt Kassel und der Region ist nicht nur gut, sie wird auch immer besser. Ein gutes wirtschaftliches Mikroklima, ausreichend Gewerbeflächen und die ausgezeichnete Infrastruktur sorgen für Investitionen und Arbeitsplätze. Dass die Lage Kassels aber auch besonders schön ist und einen hohen Freizeit- und Erholungswert hat, das zählt zu den sogenannten »weichen« Standortfaktoren. Sie sorgen dafür, dass die Menschen, die hier investieren und arbeiten, auch gern hier bleiben. Foto: Andreas Fischer



So sah die Losse an der Miramstraße noch im Jahre 2004 aus. Alles schön gerade, Natur Fehlzanzeige. Und derselbe Abschnitt nach der Renaturierung: einer der artenreichen Lebensräume, wie sie mithilfe der Oberen Naturschutzbehörde im RP an vielen Stellen in Kassel das Leben lebenswerter machen. Fotos: Kasselerwasser

Von Dietrich Vahle

Damit Gewerbe und Infrastruktur blühen können, ohne die Schönheit von Landschaft und Natur zu stark zu beeinträchtigen und die klimatische Bedeutung von Natur zu vernachlässigen, ist das Regierungspräsidium Kassel bei wichtigen Planungen und Genehmigungen als Fachbehörde für Natur und Landschaft dabei.

So sind die »grünen Lungen« Kassels ebenso wichtig für den Kaltluftaustausch in der Stadt wie für die Erholung vor der Haustür. Im Flächennutzungsplan mit dem Landschaftsplan als Fachplanung für den Naturschutz bestimmt der Zweckverband Raum Kassel die grundsätzliche städtebauliche Entwicklung für die Stadt und ihre Umlandgemeinden. Diese Planungen werden von der Oberen Naturschutzbehörde (ONB) im RP Kassel eng begleitet und fachlich mit ihr abgestimmt. Auf der Homepage des Zweckverbandes können alle Interessierten dann nachlesen, wie Erholungsbereiche und Lebensräume miteinander vernetzt sind, wie wichtige Biotope zu schützen sind und wo die Natur sich weiterentwickeln soll.

Zur Sicherung der Grünzüge hat das Regierungspräsidium ein Landschaftsschutzgebiet festgelegt. Bauen ist hier nur mit Zustimmung des RP möglich, das Flächen unter bestimmten Bedingungen sogar aus dem Landschaftsschutzgebiet entlassen kann. Wichtig ist dabei zum Beispiel die Aufnahme der vielen Kleingärten als Erholungsräume in eine besondere Zone der Verordnung.

In den Jahren 2002 bis 2006 sollte das Landschaftsschutzgebiet unter anderem für neue Bauflächen verkleinert werden. In einer intensiven Auseinandersetzung, bei der die Veröffent-

lichung des Landschaftsplanes klar machte, wie wichtig die Freiflächen sind, entschieden sich die Kasseler letztlich für den weitgehenden Schutz der »grünen Lunge« als LSG. Auch wenn trotzdem Teile des Langen Feldes aus dem LSG entlassen wurden, so blieb doch ein Konzept von Grünzügen erhalten. Die Stadt selber sorgt mit ihrer Bauleitplanung des Gewerbegebietes für eine innere Durchgrünung und die Einbindung in die Landschaft.

Die naturnahe Gestaltung von Gräben, Bächen und Flüssen ist ein weiteres wichtiges Instrument, um der Natur in der Stadt zu ihrem Recht zu verhelfen und gleichzeitig die Lebensqualität für die Menschen zu verbessern: In den »Grünen Fingern« der Stadt arbeiten der städtische Eigenbetrieb »Kasselerwasser« und die Obere Wasserbehörde im RP bei der Renaturierung von Gewässern eng zusammen. So erhielten der Wasserfallgraben, der Kubergraben, die Ahne, der Goldbach und die Losse wieder eine naturnahe Gestalt. Es entstanden nicht nur Lebensräume für Tiere, sondern auch Erlebnissräume für Kinder. Nur wer Natur erkennt, kann lernen, sie zu schätzen.

Auch bei der Verkehrsplanung ist die Handschrift der ONB erkennbar: Der Natur- und Landschaftsschutz spielte zum Beispiel bei der Konzeption der ICE-Neubaustrecke durch die Stadt mit dem Neubau des Bahnhofs Wilhelmshöhe eine wichtige Rolle. Heute radeln wir in Kassel an vielen Stellen entlang der ICE-Strecke durch üppige Grünzonen und fragen uns: Wo ist denn die Bahn? Auf Anregung der Oberen Naturschutzbehörde beim RP wurde der Lärmschutz möglichst in Form bepflanzter Erdkörper ausgeführt.

Weil die Verbindungsstraße entlang der Bahn zwischen Kohlenstraße und Berliner Brücke leistungsfähig ausgebaut wurde, konnten als Ausgleich für den Naturverbrauch neben zahlreichen Baumpflanzungen im Siedlungsbereich im Landschaftsschutzgebiet am Wasserfallgraben die bisherigen Straßen zurückgebaut werden. Damals wurde gegen diese Auflage geklagt, heute ist ein begehrtes, ruhiges Wohngebiet entstanden, wo Kinder wieder auf der Straße spielen können und sich die Menschen gerne per Rad und zu Fuß bewegen.

Zusammen mit den Verkehrskonzepten des Zweckverbandes und der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft entstand auch die Idee, Straßenbahnlinien auf eine Spur mehrstreifiger Ausfallstraßen zu legen. Mit Grüngleisen und Baumpflanzungen tragen sie heute zum grünen Stadtbild bei.

Bäume in der Stadt sind immer wieder ein Thema bei der Innenentwicklung oder der Straßensanierung, so beispielsweise in der Parkstraße, der Friedrich-Ebert- oder der Rudolf-Schwander-Straße. Hier gilt für alle verantwortlichen Institutionen in der Stadt, immer wieder klarzumachen, dass erst alte Bäume das Stadtklima verbessern können und Heimstätte vieler Tierarten werden. Und Alter ist nicht wiederherstellbar ...

Die Notwendigkeit, Basalt in der Stadt und ihrer nahen Umgebung als wichtigen Rohstoff für den Straßenbau zu gewinnen, führte zu großen Konflikten mit Natur und Erholungslandschaft. Diese Konflikte konnten gelöst werden: Der Steinbruch am Silbersee wurde nicht mehr auf die wertvollen Feuchtwiesen und alten Wälder von europäischer Bedeutung erweitert, der Abbau endete. Jetzt lässt die Rekultivierung unter Verwertung überschüssiger Bodenmassen neue Lebensräume entstehen. Der Steinbruch an der Druseltalstraße dagegen ist noch in Betrieb. Seine schützende Talflanke wurde allerdings vom Abbau ausgenommen. Auch dort schreitet die Rekultivierung zu Wald fort. Bei der Steuerung von Abbau und Rekultivierung arbeiten drei Behörden unter dem Dach der Bündelungsbehörde RP eng zusammen: die Bergaufsicht, die Obere Naturschutz- und die Obere Forstbehörde.

Besonders knifflige Fälle der jüngsten Zeit waren im Bergpark und in der Fuldaaue zu lösen: Für den Antrag, die Wasserspiele mit Herkules und Bergpark in das Weltkulturerbe der UNESCO aufzunehmen, mussten alle Träger öffentlicher Belange dokumentieren, dass sie sich bei der Planung und Genehmigung von Projekten grundsätzlich dem Wert des künftigen Welterbes verpflichten. So kann die Planung weiterer Bebauung im und um das Welterbe nur mit Zustimmung des Regierungspräsidiums geschehen. Nach Nordosten schützt das Landschaftsschutzgebiet den Bergpark, im Westen ein Flora-Fauna-Habitat-Gebiet.

Ein guter Kompromiss konnte dabei für die notwendige Aussiedlung des Gartenbetriebshofs in den Bereich der heutigen Parkplätze gefunden werden: Mithilfe einer detaillierten Standortauswahl und eines Architekturwettbewerbs wurde eine funktional ansprechende und zu-

gleich landschaftsschonende Lösung für das zukünftige Entree der Besucher gefunden. Der Forderung nach einem Ausgleich für die Zulassung des Eingriffs im Landschaftsschutzgebiet kam die Lösung dadurch nach, dass ein alter Parkplatz einer Obstwiese weicht.

Kompliziert war es, dem Schutz von Natur und Landschaft beim Neubau des Auebades in der Fuldaaue gerecht zu werden. Hier galt es, Störungen im Vogelschutzgebiet und im gegenüberliegenden Naturschutzgebiet auszuschließen. Dort brüten inzwischen wieder viele geschützte Wasservogelarten, oder sie lassen sich auf dem Vogelzug hier nieder. Auch der Landschaftsschutz spielt eine große Rolle: Im dortigen LSG sind nur kleine Bauten und auch diese nur in Ausnahmefällen vorgesehen – Bootshäuser zählen dazu.

In einem komplexen Abstimmungsprozess zum Bau des neuen Auebades wurden für einen Architekturwettbewerb Eckpunkte entwickelt, die eine Befreiung von den Vorschriften der Schutzgebiete erwarten ließen. Letztlich konnte durch zahlreiche Detailfestlegungen eine naturschutzrechtliche Genehmigung ausgesprochen werden. Mit der zunehmenden Fertigstellung des Bades ist zu erkennen, dass das große Objekt, so gut es geht, in die sensible Situation eingepasst werden konnte.

Aber auch schon vor 30 Jahren konnte die Obere Naturschutzbehörde dabei helfen, die Lebensraumqualität der Kasseler zu steigern. So wurde in den 80er-Jahren mit der Bundesgartenschau mutig eine Seenlandschaft neben die Karlsau auf die andere Fuldaseite gebaut. In Abstimmung mit der ONB halfen Kiesunternehmen, die zugleich den Rohstoff gewannen, die anspruchsvolle Seenlandschaft mit ihren technischen Möglichkeiten zu gestalten. Heute er-

innern nur noch wenige Reste der alten Aufbereitungsanlagen an diese Großbaustelle. Was blieb, ist neben Badeseen ein Naturschutzgebiet, in dem seltene Vögel rasten und brüten und dabei von einer geeigneten Station beobachtet werden können. Die Buga-Seen sind heute selbstverständlicher Bestandteil des Stadtlebens.

Bei der Abwägung zwischen der Störungsempfindlichkeit der rastenden und brütenden Vögel einerseits und den Freizeit- und Erholungsbedürfnissen der Menschen in der Stadt andererseits geht die Suche nach guten Kompromissen immer weiter: Wege und Brücken kommen in angemessener Ausführung an die richtigen Orte, und an geeigneten Stellen wird die Natur aufgewertet.

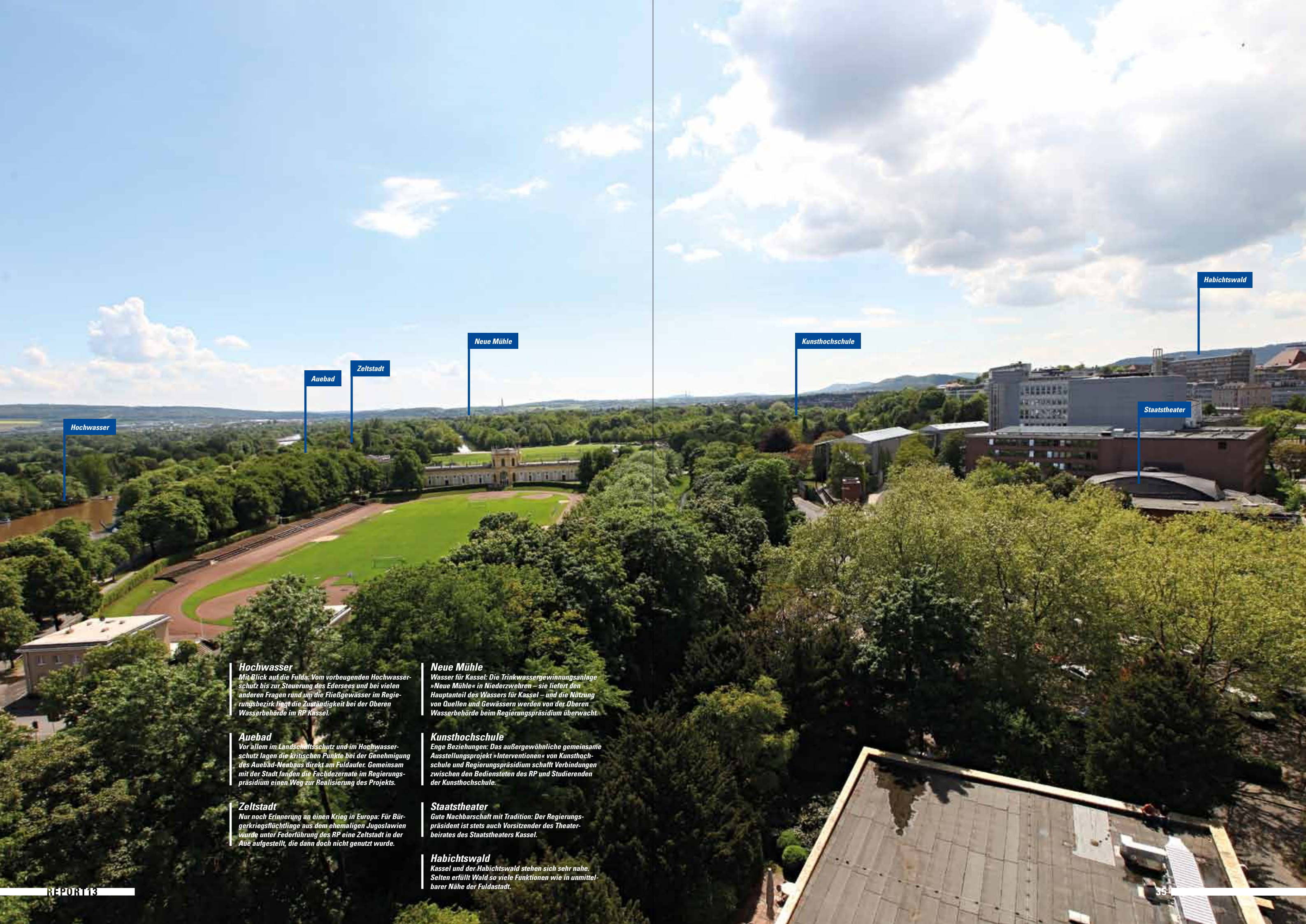
Sind es einerseits die planerischen und hoheitlichen Tätigkeiten des RP, die Natur und Landschaft in der Stadt sichern, so gewinnt zum anderen der Austausch von Informationen und ihre Darstellung im Internet an Bedeutung für das Verständnis von Lebensraumqualitäten auch in der Stadt. Wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit der Universität Kassel. So fand 2012 eine Fachtagung über Artenschutz und Lebensräume im urbanen Raum statt. Dabei berieten Fachleute darüber, was – von der Renaturierung über die Gestaltung von Grünflächen bis zur Berücksichtigung der Stadtgeschichte – dazu beitragen könnte, dass Kassel seine Qualität als Lebensraum erhält und weiter steigert.

Leben und arbeiten in Kassel soll heißen: In einem kulturell anspruchsvollen Umfeld einen Lebensraum anzutreffen, der Teilhabe an der Natur ermöglicht und erstrebenswert macht.

Der Natur- und Landschaftsschutz spielt auch bei der ICE-Neubaustrecke und dem Neubau des Bahnhofs Wilhelmshöhe eine wichtige Rolle. Hier die zwei Seiten der Habichtswaldstraße entlang der ICE-Einfahrt zum Bahnhof Wilhelmshöhe: rechts die bepflanzte Bahnseite, links die mit einer Grünwand abgeschirmte Wohnstraße. Fotos (2): Andreas Fischer



Kontakt und Information:
Dietrich Vahle
Tel.: 0561 106-4510
dietrich.vahle@rpks.hessen.de



Hochwasser

Hochwasser

Mit Blick auf die Fulda: Vom vorbeugenden Hochwasserschutz bis zur Steuerung des Edersees und bei vielen anderen Fragen rund um die Fließgewässer im Regierungsbezirk liegt die Zuständigkeit bei der Oberen Wasserbehörde im RP Kassel.

Auebad

Vor allem im Landschaftsschutz und im Hochwasserschutz lagen die kritischen Punkte bei der Genehmigung des Auebad-Neubaus direkt am Fuldaufer. Gemeinsam mit der Stadt fanden die Fachdezernate im Regierungspräsidium einen Weg zur Realisierung des Projekts.

Zeltstadt

Nur noch Erinnerung an einen Krieg in Europa: Für Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien wurde unter Federführung des RP eine Zeltstadt in der Aue aufgestellt, die dann doch nicht genutzt wurde.

Neue Mühle

Neue Mühle

Wasser für Kassel: Die Trinkwassergewinnungsanlage »Neue Mühle« in Niederzwehren – sie liefert den Hauptanteil des Wassers für Kassel – und die Nutzung von Quellen und Gewässern werden von der Oberen Wasserbehörde beim Regierungspräsidium überwacht.

Kunsthochschule

Enge Beziehungen: Das außergewöhnliche gemeinsame Ausstellungsprojekt »Interventionen« von Kunsthochschule und Regierungspräsidium schafft Verbindungen zwischen den Bediensteten des RP und Studierenden der Kunsthochschule.

Staatstheater

Gute Nachbarschaft mit Tradition: Der Regierungspräsident ist stets auch Vorsitzender des Theaterbeirates des Staatstheaters Kassel.

Habichtswald

Kassel und der Habichtswald stehen sich sehr nahe. Selten erfüllt Wald so viele Funktionen wie in unmittelbarer Nähe der Fuldstadt.

Kunsthochschule

Staatstheater

Habichtswald





Kassels Tor zum Luftraum ist weit geöffnet

Mit Kassel-Calden sind die Standortvorteile komplett

Die Maschine der Fluggesellschaft Germania brachte die Vertreter der Landesregierung und viele Journalisten mit dem ersten offiziellen Touchdown zur Einweihungsfeier des neuen Flughafens Kassel-Calden. Foto: Zucchi

Von Susanne Pianowski

Kassel boomt. Randlage während der deutschen Teilung? Negatives Wirtschaftsimage? Das war gestern. Wer sich heute in Kassel umsieht, wer die Statistiken und Berichte der Medien verfolgt, der erkennt schnell, dass sich die Stadt zu einem dynamischen und begehrten Wirtschafts-, Kunst- und Kulturstandort entwickelt hat. Kassel lockt mit zahlreichen Highlights wie etwa der documenta, den Brüdern Grimm, mit Museen, Ausstellungen, Messen, Kongressen, Theater, dem Auepark und ganz besonders mit dem einzigartigen Bergpark Wilhelmshöhe. In diesem Jahr fällt die spannende Entscheidung, ob der Herkules und die Wasserkünste von der UNESCO zum Weltkulturerbe erhoben werden. Als wären das nicht schon genug Gründe zum Feiern, begeht die Fuldastadt in diesem Jahr ihr 1100-jähriges Bestehen und ist Gastgeberin des Hessentags.

Immer mehr Unternehmen entscheiden sich inzwischen für einen Standort in und um Kassel und bringen damit weitere Arbeitsplätze in die Region. Der viel beworbene Vorteil liegt sicher darin, dass die Stadt geografisch zentral in Deutschland liegt und über das ICE-Bahnnetz sowie die Autobahnen 7 und 44 infrastrukturell sehr gut angebunden ist. Mit dem Lückenschluss der A 49 und dem Weiterbau der A 44 Richtung Eisenach wird sich dies in den nächsten Jahren noch verbessern. Diese beiden Bauvorhaben sind vom Regierungspräsidium im Planfeststellungsverfahren über viele Jahre intensiv betreut und vorangebracht worden. Für die A 49 liegen die Planfeststellungsbeschlüsse inzwischen vollständig vor. Im Bereich der A 44 befinden sich in diesem Jahr noch zwei der elf Planungsabschnitte im Planfeststellungsverfahren und einer in der juristischen Auseinandersetzung. Der Rechtsstreit um das Teilstück der A 44 zwischen den Anschlussstellen Waldkappel und Wehretal-Hoheneiche wurde im März vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zugunsten des Autobahnbaus entschieden.

Und nun – pünktlich zur 1100-Jahr-Feier von Kassel – hat der ausgebauten Flughafen Kassel-Calden vor den Toren der Stadt seinen Betrieb aufgenommen und beschert dem Geburtstagskind ein weiteres Plus in Sachen Standortvorteil. Die mittlerweile rund 150 Mitarbeiter der Flughafen GmbH zuzüglich der ca. 550 Jobs in den am Flughafen und im Gewerbegebiet angesiedelten Betrieben sprechen für sich. Darüber hinaus erschließt sich der ganzen Region der Luftraum auf völlig neue Weise. Ob Islands heiße Quellen und Geysire, orientalische Prachtbauten entlang der Seidenstraße, ewiger Frühling auf den Kanaren oder die begehrten Traumstrände am Mittelmeer: Jetzt rückt die Welt ein ganzes Stück näher an Kassel und sein Umland heran. Für das Eröffnungsjahr verspricht der Sommerflugplan mehrere Flüge pro Woche nach Mallorca und nach Antalya. Weitere Ziele sind Teneriffa, Neapel, die Kanalinsel Jersey, Olbia auf Sardinien, Reykjavik auf Island, Eriwan in Armenien, Split in Kroatien und Urgench in Usbekistan.

Seit den Eröffnungsfeierlichkeiten haben die ersten Ferienflieger von Calden in Richtung Antalya abgehoben. Damit dieser 4. April 2013 als Termin eingehalten werden konnte, hatten auch die Mitarbeiter im Verkehrsdezernat des Regierungspräsidiums in den letzten Monaten noch alle Hände voll zu tun. Denn bei der Verwirklichung und Begleitung dieses Großprojekts kommt der Behörde als Planfeststellungs-, Genehmigungs-, Luftaufsichts- und Luftsicherheitsbehörde eine bedeutende Rolle zu. Vor allem die umfangreiche luftrechtliche Abnahmeprüfung der Flughafenanlage und die Organisation der Luftsicherheit für den Verkehrsflughafen kurz vor der Inbetriebnahme stellten die Behörde vor völlig neue Herausforderungen. Am Ende hat dann aber doch alles termingerecht geklappt.

Auch die Flugroutenplanung für die Anbindung von Kassel-Calden an das Luftstreckennetz konnte rechtzeitig abgeschlossen werden. Die Routen wurden am 1. Februar 2013 per Rechtsverordnung durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) verbindlich festgelegt. Bei seiner Entscheidung für die insgesamt 18 An- und Abflugrouten im Instrumentenflugbetrieb ist das BAF der fachlichen Planung der Deutschen Flugsicherung (DFS) gefolgt. Dort waren auch die einstimmig beschlossenen Empfehlungen der Lärmschutzkommission für Kassel-Calden eingeflossen, deren Geschäftsführung wiederum das Regierungspräsidium Kassel innehat. Ein Ergebnis, mit dem alle Beteiligten zufrieden sind.

Auf der Grundlage dieser Routenfestlegung und unter Berücksichtigung der Anzahl der Flugbewegungen hat die hessische Landesregierung inzwischen auch den Lärmschutzbereich für den ausgebauten Flughafen festgesetzt. Die entsprechende Rechtsverordnung trat im März 2013 in Kraft. Vorbereitet wurde sie vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Der Lärmschutzbereich wird anhand der rechtlichen Vorgaben des Fluglärmsgesetzes ermittelt und besteht aus zwei Tag-Schutzzonen und einer Nachtschutzzone. Das Fluglärmsgesetz schränkt die Bebauungsmöglichkeiten innerhalb dieser Zonen ein, um das Entstehen künftiger Lärmkonflikte zu vermeiden, und regelt Ansprüche auf Kostenerstattung für Schallschutzmaßnahmen an Gebäuden.

Viele Anwohner rund um den Flughafen stellen sich nun sicher besorgt die Frage, ob ihre Wohnung oder ihr Haus innerhalb einer solchen Schutzzone liegt und welche Folgen sich daraus für sie ergeben könnten. Die Ergebnisse der jetzt mit der Rechtsverordnung veröffentlichten Lärmberechnungen dürften die Gemüter beruhigen, denn sämtliche Schutzzonen bleiben auf das unmittelbare Umfeld des Flughafens beschränkt. Hohe Lärmwerte, die nach dem Gesetz Ansprüche auf Kostenerstattung für Schallschutzmaßnahmen oder Entschädigung auslösen, werden selbst in den Siedlungsgebieten in unmittelbarer Nachbarschaft zum Flughafen weder zur Tages- noch zur Nachtzeit erreicht.

Der Stadt Kassel nun aus dem Verkehrsdezernat des Regierungspräsidiums einen herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum und dem Flughafen »Viele glückliche Starts und Landungen!«



Sie haben von Anfang an im Regierungspräsidium die Genehmigungsverfahren für den neuen Flughafen Kassel-Calden begleitet und geleitet: Das Team um Stefan Steinmetz (m.r.) und seine frühere Kollegin Dr. Claudia Simone Rohde (m.l.) nahm während der Flughafen-eröffnung Aufstellung zum Gruppenfoto: v.l.: Andreas Mandok, Frank Hackl, Klaus Viehmann, Willi Kirchner, Sandra Henke, Dietrich Vahle, Josef Fertig, Sigurd Henning, Susanne Pianowski und Thomas Wiesmann. Foto: RP

Kontakt und Information:

Stefan Steinmetz
Tel.: 0561 106-3310
stefan.steinmetz@rpks.hessen.de

Susanne Pianowski
Tel.: 0561 106-3111
susanne.pianowski@rpks.hessen.de

Safety und Security in Kassel-Calden

Flughafen bringt dem RP ganz neue Aufgaben

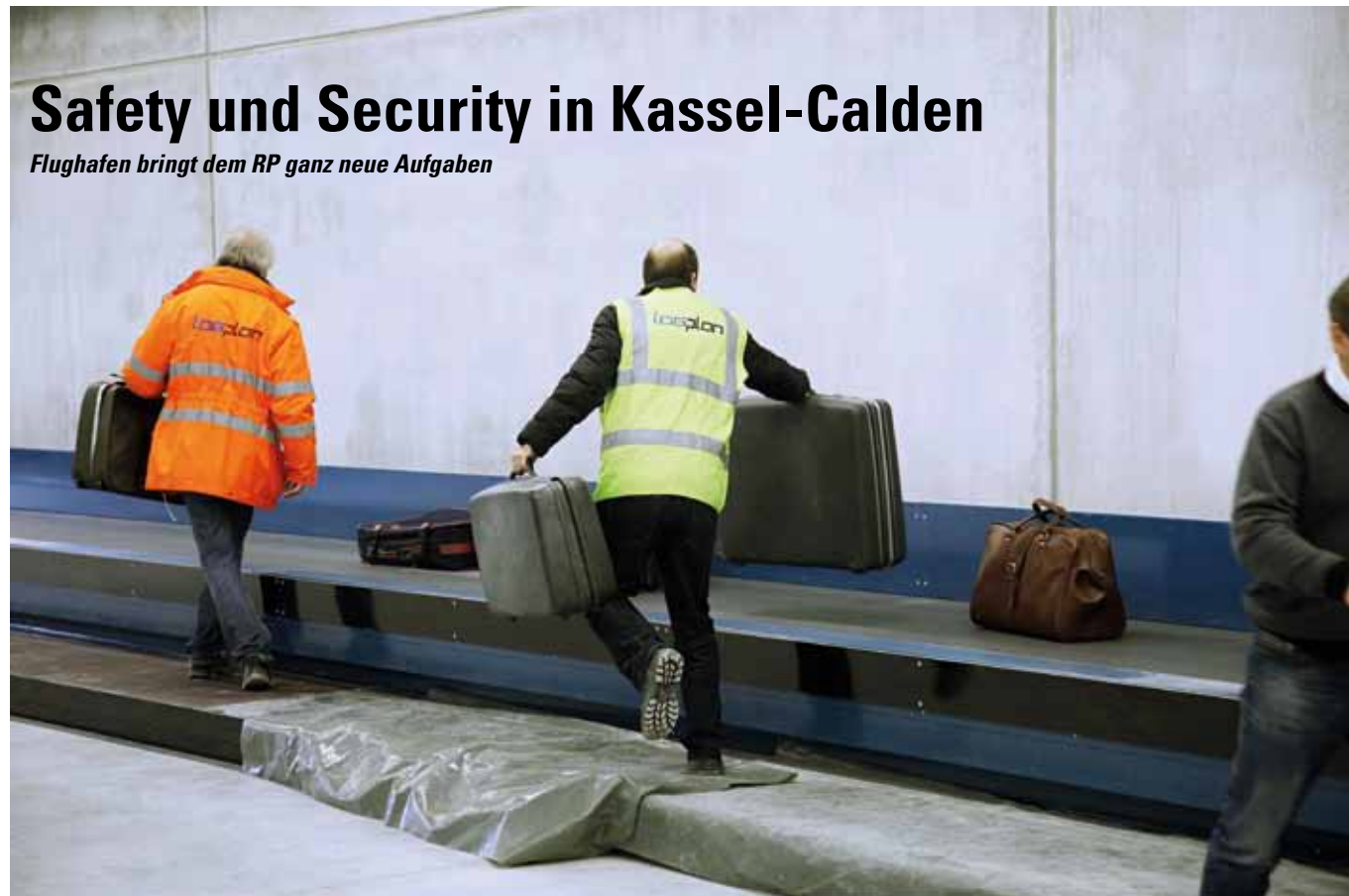


Foto: Markus Frohme, mediasociety.de



Zum Thema »Security« gehören auch die Kontrollen von Gepäck und Handgepäck. Stichprobenkontrollen für die Koffer gehören ebenso dazu wie das Sammeln der unterschiedlichen Handgepäckstücke und anderer Utensilien der Fluggäste in den grauen Wannen, die zum Durchleuchten in die Schleuse geschickt werden. Fotos (oben und rechts unten): Andreas Fischer



Kurz vor der Eröffnung des Flughafens Kassel-Calden unterzeichneten (v. l.) Manfred Lohrbach, Präsident der Bundespolizeiinspektion Koblenz, Stefan Steinmetz, Leiter des Verkehrsdezernats im RP, und Polizeipräsident Eckhard Sauer die Vereinbarung, in der die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem Land Hessen und dem Bund bei den Einsatzanforderungen für Schutzpolizei und Bundespolizei geregelt wird. Foto: RP

Von Sigurd Henning

Das Regierungspräsidium Kassel ist schon seit vielen Jahren für mehr als 50 Flugplätze des nord- und mittelhessischen Bereichs zuständig, ein »richtiger« Flughafen gehörte jedoch bislang nicht dazu. Mit der Eröffnung des Flughafens Kassel-Calden ergibt sich ein ganz neuer Aufgabenbereich: die Luftsicherheit. Und damit ist nicht die Sicherheit in Cockpit und Kabine oder über den Wolken gemeint, sondern die Sicherheit von Start, Landung und Abfertigung.

In der englischen Sprache wird unterschieden zwischen »security« und »safety«. »Safety« bezeichnet sichere betriebliche Abläufe am Flughafen und bei den An- und Abflügen, also eher den Bereich der Arbeitssicherheit. »Security« hingegen konzentriert sich auf die Abwehr äußerer Gefahren.

Viele Nordhessen sind bereits ein- oder mehrmals in den Urlaub geflogen und kennen das Prozedere. Einchecken, Koffer aufgeben, Personen- und Handgepäckkontrolle. Mitgebrachte Flüssigkeiten, Taschenmesser, Scheren und ähnliche verbotene Gegenstände werden dabei zuverlässig gefunden. In den Wartebereich vor den Gates wird nur der Fluggast gelangen, der diese Kontrollen durchlaufen hat. Das ist in Frankfurt, Hannover oder München so und nun auch in Kassel-Calden.

Grundsätzlich wird an einem Flughafen unterschieden zwischen öffentlichen Bereichen, z. B. dem Eingangsbereich eines Terminals, und Sicherheitsbereichen, die eben nicht allgemein zugänglich sind. Sicherheitsbereiche sind ohne Ausnahme nur nach einer Kontrolle zugänglich, der sich auch das am Flughafen beschäftigte Personal unterziehen muss. Fahrzeuge, die in die Sicherheitsbereiche hinein müssen, um z. B. die Bordverpflegung anzuliefern, werden ebenfalls lückenlos gecheckt. Und die Bordverpflegung muss aus besonders zertifizierten Betrieben angeliefert werden, die »Ahle Worscht« vom Haus Metzger gehört (leider) nicht dazu.

Das aufgegebene Gepäck und auch das Sperrgepäck durchlaufen mehrere Stufen einer Röntgenkontrollanlage, deren Bilder von speziell ausgebildetem Personal beurteilt werden. Sollte das Personal, aus welchen Gründen auch immer, einmal ausfallen, wird nicht kontrolliertes Gepäck automatisch ausgesondert. Bleiben am Ende Zweifel, werden die Gepäckstücke in Anwesenheit der Besitzer geöffnet und per Hand durchsucht.

Sollte die Sicherheitskette durchbrochen werden, indem sich zum Beispiel eine Person gewaltsam zu den Sicherheitsbereichen Zugang verschafft, würde der Flughafen komplett geräumt und erst nach einer intensiven Kontrolle durch die Polizei wieder freigegeben. Alle Sicherheitsmaßnahmen werden laufend überprüft, das eingesetzte Personal wird vor Aufnahme der Tätigkeit auf seine Zuverlässigkeit überprüft und danach regelmäßig trainiert.

Gut zu wissen: Diese hohen Sicherheitsstandards sind innerhalb der EU absolut verbindlich, und für Flüge in bestimmte Staaten sind sie nochmals erhöht. Bei Flügen von Kassel-Calden kann sich der Fluggast also im wahrsten Sinn des Wortes »sicher« sein, dass die gleichen Verfahren gelten wie an internationalen Großflughäfen.

Kontakt und Information:

Frank Hackl
Tel.: 0561 106-3328
frank.hackl@rpks.hessen.de

Andreas Mandok
Tel.: 0561 106-3130
andreas.mandok@rpks.hessen.de



Achsenwerk

Rettungswesen

Holländischer Platz

RegioTram

Zentrale Ausländerbehörde

Achsenwerk

Verwaltung und Industrie kooperieren bei der Ausbildung. Im Immissionsschutz zum Beispiel gibt es regelmäßige Praxisseminare im Daimler Achsenwerk Kassel in Rothenditmold.

Rettungswesen

Die Einsatzleitstelle Kassel ist ein Dreh- und Angelpunkt des Brand- und Katastrophenschutzes. Bei Unglücken und Katastrophen, die über die Stadt- und Kreisgrenzen hinausgehen, ist der Katastrophenschutzstab beim Regierungspräsidium gefragt.

Holländischer Platz

Vielfältig sind die Kooperationen zwischen dem Regierungspräsidium und der Universität Kassel am Holländischen Platz – kurz »Hopla« –, bei Fragen des Umweltschutzes ebenso wie in den verschiedenen Themen der Regionalplanung.

RegioTram

Ein zukunftsweisendes Verkehrskonzept ist die RegioTram. Sie verbindet zum Beispiel den nördlichen Landkreis Kassel mit der Stadt. Die Plan- und Genehmigungsverfahren führte das Regierungspräsidium.

Zentrale Ausländerbehörde

Die Ermittlung der Identität von Asylbewerbern ohne Ausweise und die freiwillige oder unfreiwillige Ausreise von abgelehnten Asylbewerbern gehören zu den Aufgaben der Zentralen Ausländerbehörde beim RP.

Räume für regionale Entwicklungen

Kleine Geschichte der Regionalplanung im Regierungsbezirk Kassel

**Von Renate Pfromm und
Susanne Linnenweber**

Regionalplanung, Raumordnung, oder Regional Planning, Aménagement du Territoire, Ordinamento territoriale, all dies sind Begriffe aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mit ihnen versuchten die Planer in der westlichen Welt, auf die Entwicklung von Regionen über die Grenzen der Stadt hinaus Einfluss zu nehmen.

Geschichtlich ist dieses Arbeitsfeld zumindest in Deutschland wesentlich älter. Mitte der 1930er-Jahre entwickelte der Geograf Walter Christaller die Theorie der Zentralen Orte. Darin stehen, wie er formulierte, »Siedlungen in einer Landschaft räumlich-funktionell miteinander in Beziehung und gehören hierarchischen Niveaus an«. Dabei habe jede Siedlung eine ihr entsprechende zentralörtliche Stellung und versorge mit ihren Funktionen ein bestimmtes Marktgebiet.

Diese Beschreibung der Zusammenhänge von Siedlungen im Raum wurde zu einem der Eckpfeiler der Regionalplanung der Bundesrepublik in den 70er-Jahren. Die Zentralen Orte erhielten eine neue Bedeutung als Elemente der Raumordnungs- und Landesentwicklung. Bis heute sprechen wir von Ober-, Mittel- und Unterzentren und weisen ihnen die regionalplanerischen Bedeutungen zu.

Der erste Landesentwicklungsplan Hessen von 1980 wurde auf Grundlage des 1962 ergangenen Hessischen Landesplanungsgesetzes vorgelegt. Er enthielt Darstellungen der vorhandenen und der anzustrebenden Raumstruktur sowie die dazugehörigen staatlichen Fach- und Investitionsplanungen, die der Verbesserung der Raumstruktur des Landes dienen sollten.

Der sogenannte »Große Hessenplan« klingt nach Planwirtschaft, er war es aber nicht. Er war vielmehr ein mit allen Akteuren abgestimmtes und gemeinsam getragenes Konzept zur Entwicklung des Landes und seiner Teilregionen. Er enthielt verlässliche Aussagen zur Flächenentwicklung und zur Investitionssteuerung – vor allem zu den Infrastrukturmaßnahmen. Alle enthaltenen Planungen und Maßnahmen sind dabei auf Verwirklichung der gesellschaftspolitischen Leitvorstellungen gerichtet: auf die gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilen des Landes, auf soziale Sicherheit und Chancengleichheit.

Neben den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zielen wurden allgemeine und fachliche Ziele und Grundsätze formuliert. Dazu gehörte die Gliederung des Landes in Planungsräume, also die Abgrenzung von Regionen, die in dieser Form bis zum Jahr 1981 bestehen sollten: Nordhessen, Rhein-Main-Taunus, Untermain, Starkenburg sowie die Großregion Mittel-Osthessen.

Die Stadt Kassel und die Landkreise Kassel, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg sowie Werra-Meißner bildeten die Planungsregion Nordhessen. Zuständige Planungsverwaltung dieser Region war die Regionale Planungsgemeinschaft Nordhessen mit den politischen Spitzen der Stadt Kassel und der Landkreise als Vorstand. Die Planungsgemeinschaft Nordhessen hatte die Aufgabe, einen Regionalen Raumordnungsplan aufzustellen. Zuerst wurden dazu in einem Raumordnungsbericht alle relevanten Daten der Region zusammengestellt und analysiert.

Diese Aufgabe, die für alle Beteiligten Neuland war, wurde zwischen den Jahren 1972 und 1977 gestemmt. Der Plan selbst wurde – nach der Beteiligung von Planungsträgern, Bürgern und Fachbehörden 1979 – durch die Landesregierung festgestellt und damit gültig.

Kontakt und Information:

Susanne Linnenweber

Tel.: 0561 106-3126

susanne.linnenweber@rpk.hessen.de

**Co-Autorin Renate Pfromm war bei der
Aufstellung des ersten Regionalplans
dabei und arbeitete bis zu ihrem
Ruhestand 2001 in der Regionalplanung.**

Er sah ein Netz von hierarchisch geordneten Zentren vor – nach Größe, Erreichbarkeit und ihrer Ausstattung mit Infrastruktur. Ihnen wurden weitere mittlere und kleinere Zentren und Bereiche zugeordnet, die von ihnen mit den nötigen Dienstleistungen versorgt werden sollten. Dieses Netz von Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren sollte gewährleisten, dass im gesamten Bezirk gleichwertige Lebensbedingungen vorgehalten wurden. Durch die Ausstattung der Mittelzentren mit Schulen, Einzelhandel und Dienstleistungen sollten sie eine mittlere Anlaufstelle sein für die Bevölkerung im ländlichen Raum, mit allen Elementen der Daseinsfürsorge. Das Wachstum an Siedlungs- und Gewerbeflächen sollte entsprechend der Bedeutung und Größe der Zentren geplant werden, um die vorhandenen und vorgesehenen Dienste optimal auszulasten.

Diese planerischen Vorstellungen wurden im Regionalen Raumordnungsplan Nordhessen konkretisiert. Er bestand aus einem Textteil und zwei Kartenteilen: einer Karte für die Darstellung von Siedlung und Landschaft und einer für die Darstellung von Verkehr und Versorgung (vgl. Innenseite).

Im Jahr 1981 wurden die regionalen Planungsgemeinschaften aufgelöst. Das Regierungspräsidium als Obere Landesplanungsbehörde erhielt die Regionalplanung als neues Aufgabengebiet. Der darauf folgende Plan wurde in neuer Zuständigkeit und Gebietsfestlegung aufgestellt – es kamen die Landkreise Hersfeld-Rotenburg und Fulda hinzu. 1988 trat der Regionalplan in Kraft.

Seitdem ist das Regierungspräsidium als Obere Landesplanungsbehörde zuständig für die Erarbeitung des Regionalplanes und für seine Umsetzung. In regelmäßigen Abständen ist der Regionalplan fortzuschreiben. Die Regionalversammlung berät und beschließt das Planungswerk.

Der erste so entstandene Regionalplan von 1988 enthielt einige Neuerungen: Zu dem Zeitpunkt war die Sensibilität für ökologische Fragen geweckt. Der Schutz und die Erhaltung von landwirtschaftlichen Flächen und Natur kamen auf die politische Agenda. Flächen zur Besiedlung wurden wesentlich restriktiver ausgewiesen, das Gleiche galt für landwirtschaftliche Flächen, die in Wald umgewandelt werden durften. Auch der Naturschutz gewann an Bedeutung. Erstmals wurden geplante Naturschutzgebiete ausgewiesen. Auch oberflächennahe Lagerstätten von Sand, Kies und Gestein wurden erstmals in der Karte dargestellt.

Im Regionalplan von 1995 spiegelt sich die größere Einflussnahme der kommunalen und fachbezogenen Interessen wider. So wurde die restriktive Ausweisung von Siedlungsflächen teilweise wieder zurückgenommen, auch weil man erwartete, dass sich für die bis dahin durch die sogenannte Zonenrandlage benachteiligten Gebiete nun die Rahmendaten und Grundannahmen ändern würden. Insgesamt war der Plan in seinen Prognosen für die gesamte nordhessische Region sehr optimistisch. Man erhoffte sich durch den Wegfall der innerdeutschen Grenze eine bessere Wettbewerbsposition, Bevölkerungszuwachs und eine bessere Wirtschaftsentwicklung. Die entsprechenden Flächenausweisungen für die Siedlungsentwicklung und die Berechnungsgrundlagen für den Bruttobedarf an Wohnsiedlungsflächen waren entsprechend hoch angesetzt.

Die Bereiche für Landschafts- und Naturschutz wurden zugunsten von land- und forstwirtschaftlichen Flächen sehr sparsam und zurückhaltend übernommen.

Im Zuge der EU-Erweiterung, vor allem in Richtung Osten, konnte die Region Entwicklungschancen nutzen. Diese wurden und werden verstärkt durch die Lage an den transnationalen und europäischen Verkehrswegen. Selbst bei den pessimistischen Nordhessen geht das Wort von der »Drehscheibenfunktion in der Mitte Deutschlands« um. Die Ansiedlungen im Güterverkehrszentrum Kassel, am Logistikknoten Bad Hersfeld und im interkommunalen Gewerbegebiet Malsfeld-Ostheim bestätigen diesen Standortvorteil.

Inhaltlich verschoben sich mit der Arbeit an dem zweiten Regionalplan des neuen Jahrhunderts erneut die Schwerpunkte: Der sparsame Umgang mit Grund und Boden und die Nachnutzung von Brachflächen erhalten Vorrang vor der Inanspruchnahme neuer Flächen. Der Begriff der »Nachhaltigkeit« und der Einklang von Ökologie und Ökonomie rücken in den Vordergrund. Da sich der Siedlungsdruck nach der Wende nicht so entwickelte wie erwartet und weil aufgrund neuer Prognosen bereits klar wurde, dass der demografische Wandel andere Konzepte verlangt, wurden Anpassungen vor allem im Siedlungskonzept erforderlich.

Im Bereich der Siedlungsplanung werden in den zentralen Orten oder zentralen Ortsteilen abgestimmte Vorrangflächen ausgewiesen. Diese orientieren sich grundsätzlich am Zentralen-Orte-Konzept, berücksichtigen aber Infrastruktur, Lage an einer Verkehrs-/Entwicklungssachse, Bevölkerungsschwerpunkte sowie die Verknüpfung von gewerblicher und Wohnsiedlungsentwicklung.

Sie gehören zum aktuellen Team der Regionalplaner beim Regierungspräsidium Kassel: Dagmar Wendrich-Moritzen, Peter Riehm, Wolfgang Kaivers, Heinz Usko, Susanne Linnenweber, Hannelore Schrammel, Peter Zierau, Kerstin Kermel, Jürgen Wilden, Ulrich Knauf, Karin Potthoff, Horst Wenzel, Norbert Ernst, Elbina Tschupin. Foto: RP



Die Aufstellung des derzeit geltenden Regionalplanes 2009 war geprägt vom demografischen Wandel und der Anpassung der Siedlungsentwicklung, ebenso durch die Zunahme des großflächigen Einzelhandels sowie durch die Entwicklung regenerativer Energien – allen voran die Windenergie.

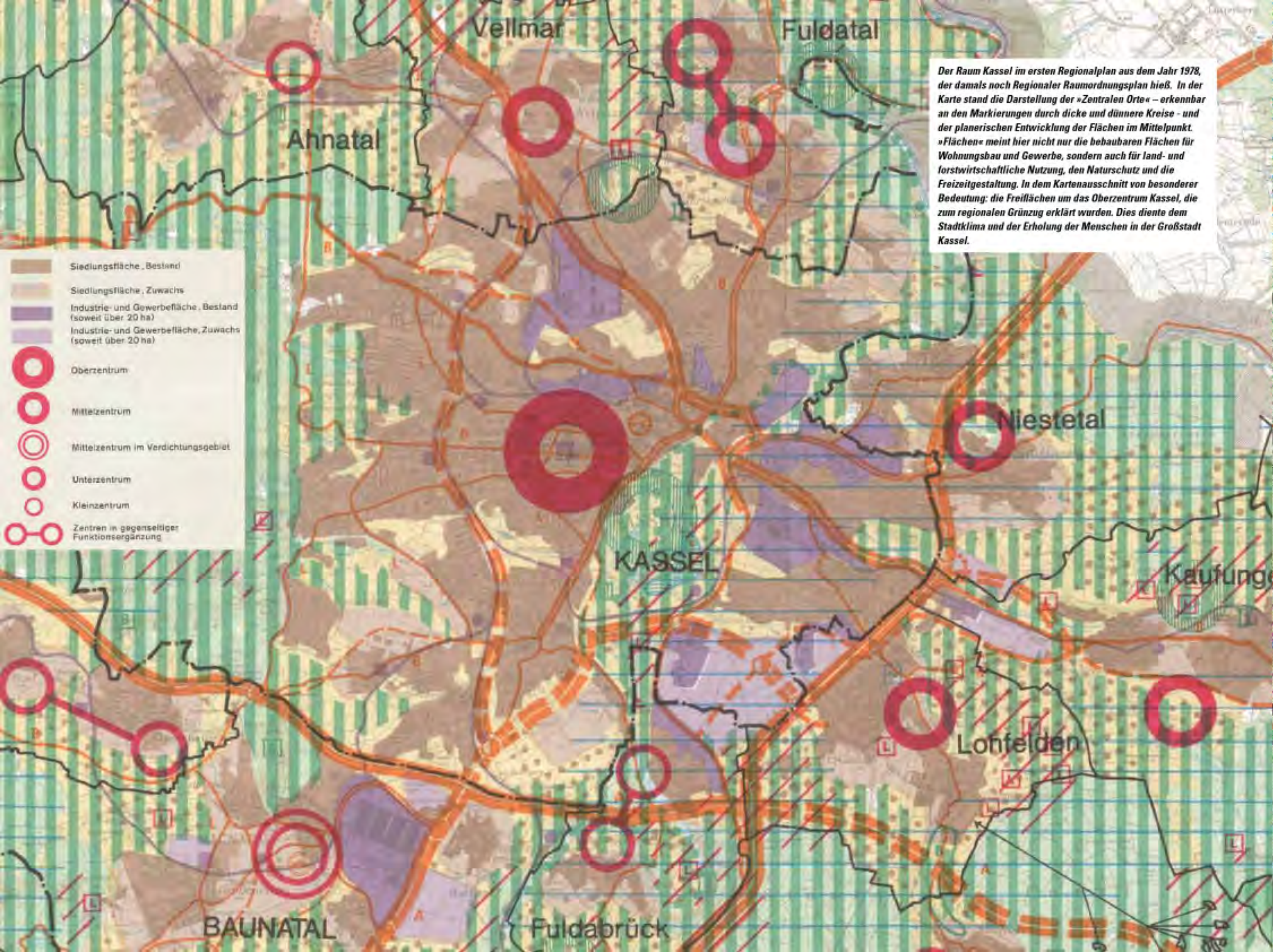
Der demografische Wandel hat einen massiven Einbruch und eine Verschiebung in der Wohnsiedlungsflächennachfrage zur Folge. Das hat Konsequenzen für die Daseinsvorsorge und Infrastrukturausstattung. Die ländlichen Kommunen und deren Ortsteile verlieren Einwohner, während die Stadt Kassel und ihre Umlandgemeinden eine Reurbanisierung erleben. Der als Grundlage für die Flächenausweisung errechnete Bedarf an Bruttowohnsiedlungsflächen hat sich gegenüber dem vorherigen Plan halbiert.

Konstant bleibt die Nachfrage nach gewerblichen Flächen. Sie verschiebt sich jedoch in Richtung auf verkehrsorientierte Standorte, sodass eine neue Kategorie »Regionale Logistikzentren« definiert wird.

Zur Bewältigung des demografischen Wandels wie auch für die Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen erhält die interkommunale Zusammenarbeit eine hohe Bedeutung – nicht nur im Rahmen der raumordnerischen Abstimmung. Beispielgebend sind der Zweckverband Mittleres Fuldata und die Zusammenarbeit durch gemeinsame Flächennutzungsplanung im Zweckverband Raum Kassel. Ihm gehören neben der Stadt Kassel auch die umliegenden Gemeinden an. Ein Interessensausgleich findet hier vor allem bei der Neuausweisung von Flächen durch ein gemeinsames Siedlungskonzept statt.

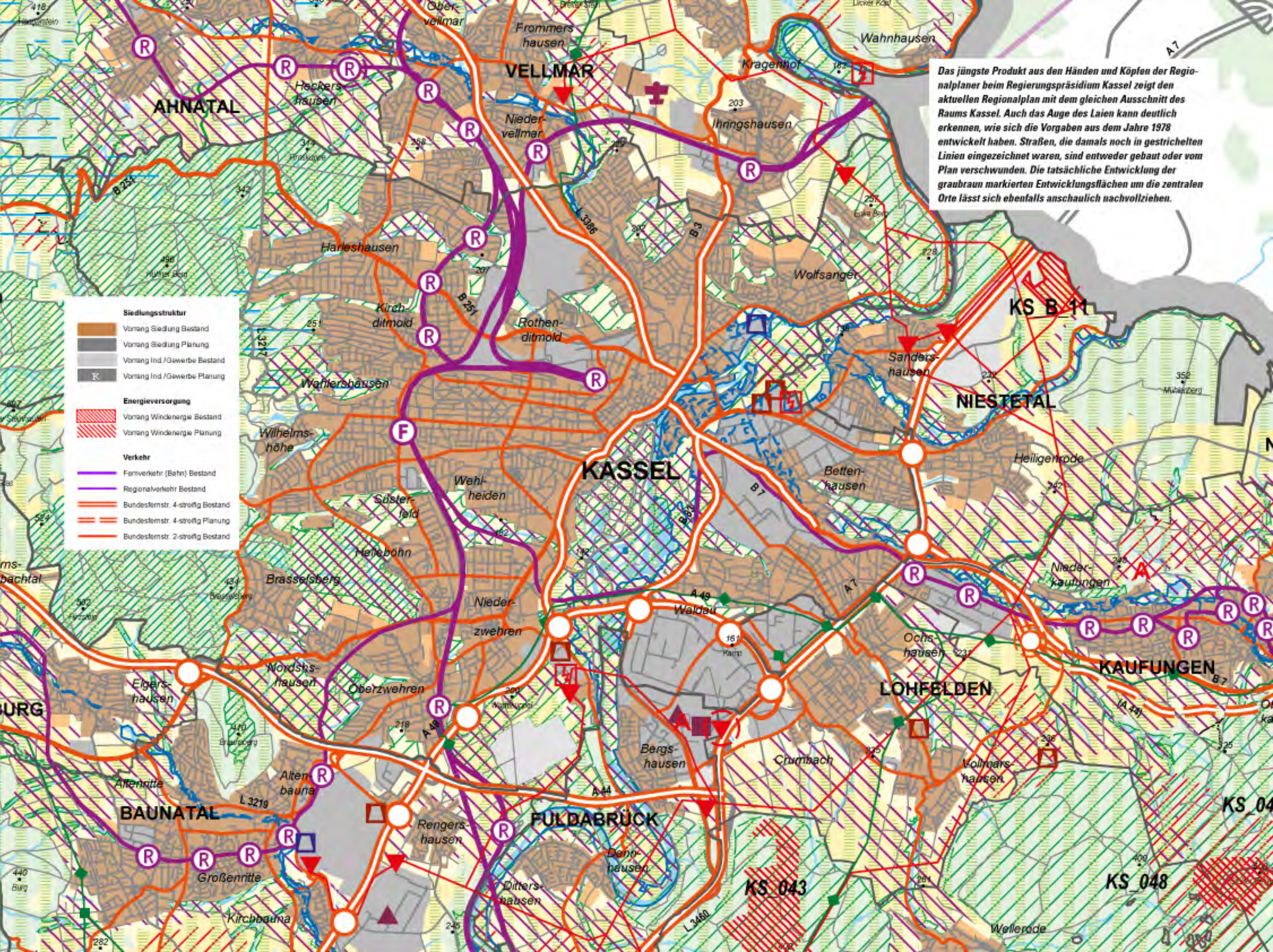
Die An- und Umsiedlung von Einzelhandel rückt dort in den regionalplanerischen Fokus, wo es um die Gewährleistung einer angemessenen, gut erreichbaren Versorgung und um die Vermeidung wettbewerblcher Benachteiligung zwischen den Orten geht. Das bedeutet: Ansiedlungen auf der »grünen Wiese« jenseits der Ortslagen, aber mit Autobahnanschluss und über den Versorgungsbereich eines Ortes weit hinausreichend, verstoßen eklatant gegen die Ziele der Raumordnung.

Regionalplanung leistet dabei die Feinabstimmung und Moderation der Konzepte und Planungsprozesse und damit auch die Vorwegnahme von Entwicklungen. Sie hat auf gesellschaftliche Herausforderungen Antworten zu finden und zugleich die Reaktionsfähigkeit der Region auf tiefgreifende Veränderungen zu erhalten.



Der Raum Kassel im ersten Regionalplan aus dem Jahr 1978, der damals noch Regionaler Raumordnungsplan hieß. In der Karte stand die Darstellung der »Zentralen Orte« – erkennbar an den Markierungen durch dicke und dünnere Kreise – und der planerischen Entwicklung der Flächen im Mittelpunkt. »Flächen« meint hier nicht nur die bebaubaren Flächen für Wohnungsbau und Gewerbe, sondern auch für land- und forstwirtschaftliche Nutzung, den Naturschutz und die Freizeitgestaltung. In dem Kartenausschnitt von besonderer Bedeutung: die Freiflächen um das Oberzentrum Kassel, die zum regionalen Grünzug erklärt wurden. Dies diente dem Stadtklima und der Erholung der Menschen in der Großstadt Kassel.

- Siedlungsfläche, Bestand
- Siedlungsfläche, Zuwachs
- Industrie- und Gewerbefläche, Bestand (soweit über 20 ha)
- Industrie- und Gewerbefläche, Zuwachs (soweit über 20 ha)
- Oberzentrum
- Mittelzentrum
- Mittelzentrum im Verdichtungsgebiet
- Untzentrum
- Kleinzentrum
- Zentren in gegenseitiger Funktionsergänzung



Das jüngste Produkt aus den Händen und Köpfen der Regionalplaner beim Regierungspräsidium Kassel zeigt den aktuellen Regionalplan mit dem gleichen Ausschnitt des Raums Kassel. Auch das Auge des Laien kann deutlich erkennen, wie sich die Vorgaben aus dem Jahre 1978 entwickelt haben. Straßen, die damals noch in gestrichelten Linien eingezeichnet waren, sind entweder gebaut oder vom Plan verschwunden. Die tatsächliche Entwicklung der graubraun markierten Entwicklungsflächen um die zentralen Orte lässt sich ebenfalls anschaulich nachvollziehen.

- Siedlungsstruktur**
- Vorrang Siedlung Bestand
 - Vorrang Siedlung Planung
 - Vorrang Ind./Gewerbe Bestand
 - Vorrang Ind./Gewerbe Planung
- Energieversorgung**
- Vorrang Windenergie Bestand
 - Vorrang Windenergie Planung
- Verkehr**
- Fernverkehr (Bahn) Bestand
 - Regionalverkehr Bestand
 - Bundesfernstr. 4-streifig Bestand
 - Bundesfernstr. 4-streifig Planung
 - Bundesfernstr. 2-streifig Bestand



Enger, als die meisten Bewunderer der Wasserspiele ahnen, hängen Bergbau und Wasserkaskaden zusammen: Der 1.000 Meter lange Herkulesstollen aus den Zeiten des Braunkohlebergbaus wird heute für die Speisung der Wasserspiele genutzt. Foto: RP

Von Udo Selle

Kassels berühmte Wahrzeichen und das Bergbaudezernat des Regierungspräsidiums – die Verbindung zum Schloss Wilhelmshöhe mit seinen weitläufigen Parkanlagen, den Wasserspielen und dem alles überragenden Herkules liegt nicht gerade auf der Hand. Aber: Aktiver und ehemaliger Bergbau trägt zum Unterhalt und Betrieb der Anlagen bei. So werden Einrichtungen des inzwischen geschichtlichen Braunkohlebergbaus genutzt und ein eigens für den Bergpark angelegter Steinbruch betrieben. Der Bergbau auf Braunkohle begann im Habichtswald zwischen 1570 und 1580. Im unmittelbaren Bereich des Bergparks nahm die Neue Zeche Herkules 1916 ihren Betrieb auf. Die Lagerstätte wurde über einen 1.000 Meter langen Stollen erschlossen. Ein weiteres Flöz wurde über sogenannte Blindschächte erreicht. Dies sind Schächte, die keinen Ausgang an der Tagesoberfläche haben. Beide Flöze hatten eine Mächtigkeit von jeweils fünf Metern. Die Jahresfördermenge betrug zwischen den Weltkriegen ca. 30.000 Tonnen und stieg 1939 auf 90.000 Tonnen an. Nach dem 2. Weltkrieg versorgte die Zeche Herkules die Stadt Kassel weiter mit der dringend benötigten Braunkohle. Allerdings waren die Lagerstättenvorräte recht bald erschöpft, und 1949 musste der Betrieb eingestellt werden. Der Herkulesstollen mit der Wassergewinnung und der Abbau des Tuffsteins werden vom Regierungspräsidium als Bergbehörde genehmigt und betreut.



In den Steinbrüchen der Umgebung wird der Tuffstein für die Sanierung der historischen Anlagen des Bergparks gewonnen. Auch der Basalttagebau spielt im Stadtgebiet Kassels noch eine Rolle: im Druseltal. Foto: RP

Die in den Berg getriebenen Stollen lösten auch Wasser. Dieses Wasser floss mit dem natürlichen Gefälle ab, und die Grubenbaue blieben trocken. Nach der Einstellung des Braunkohleabbaus in der Neuen Zeche Herkules wollte man das abfließende Wasser weiter nutzen. Die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Hessen pachtete daher den 1.000 Meter langen Herkulesstollen, setzte ihn 1977 wieder instand und nutzt seither das Wasser für die Wasserspiele des Parks.

Die Wasserspiele und das Oktogon, auf dem der Herkules steht, sind aus einem besonderen Baumaterial gefertigt. Es ist der leichte Tuffstein, der an einigen Stellen im Habichtswald vorkommt. Tuff ist vulkanischen Ursprungs. Er ist gut zu verarbeiten und hat aufgrund seiner vielen Poren eine gute Wärmedämmung. Beim Bau der Anlagen im Bergpark dürften allerdings die leichte Bearbeitung und die helle Farbe die Hauptrolle gespielt haben. Der schwarze Basalt des Habichtswaldes hätte eine düstere Stimmung hervorgerufen.

Die Bauwerke leiden unter der Witterung und müssen von Zeit zu Zeit restauriert werden. Hierfür kommt nur der gleiche Tuffstein in Frage. Die Verwaltung der Schlösser und Gärten betreibt daher ausschließlich für diesen Zweck einen kleinen Steinbruch. Sollten die abgebauten Steine farblich nicht zu den Bauwerken passen, die instand zu setzen sind, müsste Tuff auch an einer anderen Stelle abgebaut werden. Wegen der Lage möglicher Abbaustellen im Naturpark Habichtswald wäre hierfür aber eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

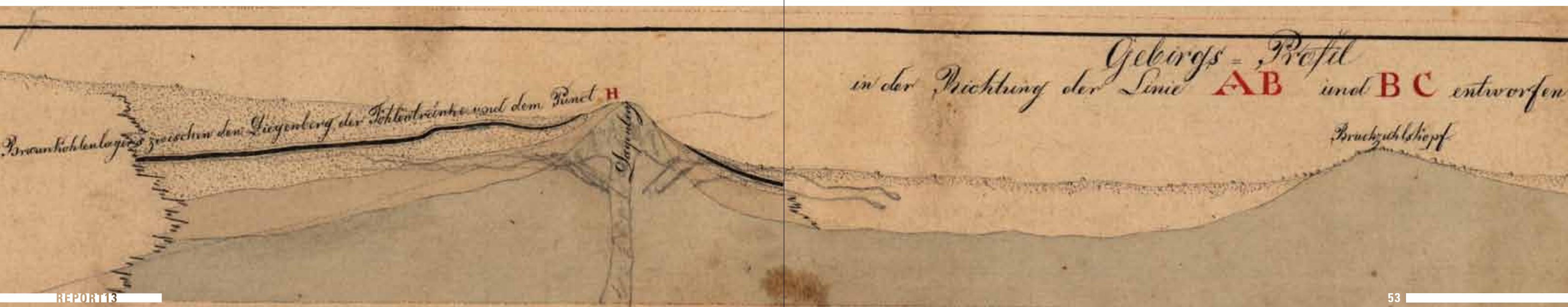
Die lange Geschichte des Bergbaus und die andauernde Nutzung des untertägigen Grubengebäudes und des Tagebaus sind eine ganz eigene Facette für das Weltkulturerbe am Rand der Stadt Kassel.

Kontakt und Information:

Udo Selle

Tel.: 06621 406-870

udo.selle@rpks.hessen.de





Von der Pferdebahn zur RegioTram

Der Personenverkehr auf der Schiene ist beispielhaft vernetzt

Von Peter Koch

In Kassel begann der öffentliche Personennahverkehr am Ende des 19. Jahrhunderts mit einer Pferdebahn und bald darauf einer Dampfbahn, die als die erste aus eigener Kraft fahrende Straßenbahn Deutschlands gilt. Die Entwicklung und der Einsatz von Schienenfahrzeugen für den Personenverkehr hat in Kassel Tradition. Und trotzdem: Als am 11. April 1966 die Herkulesbahn in Kassel ihren Betrieb einstellte, da hätte sicher niemand erwartet, dass der Schienenverkehr im öffentlichen Personennahverkehr der Region so sehr an Bedeutung gewinnen, ja sogar eine tragende Rolle spielen würde.

Inzwischen wurde nicht nur das von der Kasseler Verkehrsgesellschaft AG betriebene Straßenbahnnetz aus der Stadt Kassel heraus nach Baunatal, Hessisch Lichtenau und Vellmar erweitert, sondern es kam ein ganz neues Schienenverkehrsmittel hinzu. Mit der Einführung der RegioTram gelang im Jahr 2007 eine weitere wesentliche Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Nordhessen. Möglich wurde diese positive Entwicklung durch die Überwindung der Trennung von Straßenbahn und Eisenbahn. Hindernisse waren bis dahin die unterschiedliche Netzspannung für Tram und Eisenbahn und die verschiedenen Spurbreiten.

Die RegioTram kann sowohl auf Gleisen der Eisenbahn als auch auf Straßenbahnschienen fahren (Tram-Train-System). Daraus resultiert eine erhebliche Mobilitätsverbesserung. Es macht das Verkehrsmittel wesentlich attraktiver, wenn die herkömmlichen Eisenbahnverbindungen nicht länger am Kasseler Hauptbahnhof enden. Die RegioTram fährt einfach weiter bis in die Kasseler City. Damit bleibt dem Fahrgast ein Umsteigen oder auch ein längerer Fußmarsch erspart. Gleiches gilt natürlich umgekehrt für die Fahrt aus Kassels Innenstadt in die Region mit der RegioTram als verbindendem Verkehrsmittel. Heute besteht das Netz der RegioTram aus vier Linien, die Fahrzeuge fahren nach Hümme, Wolfhagen, Melsungen und Treysa.

Die zentrale Schnittstelle des RegioTram-Systems ist der Kasseler Hauptbahnhof. Hier kommen die Welten der Straßenbahn und der Eisenbahn zusammen, der Wechsel der Antriebstechnik wird vollzogen. Die eingesetzten Fahrzeuge können sowohl mit dem Gleichstrom des Kasseler Straßenbahnnetzes als auch mit dem im Eisenbahnverkehr verwendeten Wechselstrom betrieben werden. Zusätzlich sind sie für den Einsatz auf nicht elektrifizierten Bahnstrecken mit Dieselmotoren ausgestattet. Die aus der Region kommende RegioTram unterfährt das Empfangsgebäude, gelangt über die bestehende Rampe in der Kurfürstenstraße wieder ans Tageslicht und fädelt sich in das bestehende Tramnetz ein. Für das RegioTram-Netz konnte die vorhandene Schieneninfrastruktur effizient genutzt werden. Nur sechs Kilometer neue Gleise waren erforderlich, um ein neues Verkehrssystem mit insgesamt etwa 184 Kilometern Streckenlänge zu schaffen.

Der Ausbau des Straßenbahnnetzes über Kassels Stadtgrenzen hinaus begann mit der Erweiterung der Straßenbahnlinie 5. Seit 1995 verbindet diese Linie Kassel mit Baunatal, wobei die Straßenbahn teilweise auf Eisenbahnschienen fährt.

Als zukunftsweisendes Verkehrsmittel verbindet die RegioTram die Region mit ihrem Oberzentrum Kassel. Ein reizvoller Kontrast: die RegioTram auf dem alten Viadukt bei Zierenberg. Foto: NVV



Die RegioTram taucht aus dem technischen Übergabepunkt vom Eisenbahn- in das Straßenbahnnetz der Stadt Kassel aus dem Tunnel unter dem Bahnhof auf. Die komplexen Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren wurden im Regierungspräsidium geführt. Foto: Andreas Fischer

Ein weiterer Meilenstein des ÖPNV in Nordhessen war die Einrichtung der Linie 4 von Kassel nach Hessisch Lichtenau über Kaufungen und Helsa, endgültig fertiggestellt im Jahr 2006. Neben der Elektrifizierung mit Gleichstrom wurden Streckenabschnitte in den Gemeinden neu gebaut und alle Schienen auf der Bestandsstrecke ausgetauscht. Auch hier fährt die Straßenbahn ab »Kaufungen-Papierfabrik« zunächst auf einer Eisenbahntrasse, sozusagen »über Land«, und in den Ortschaften ist sie auf Straßenbahntrassen unterwegs.

Ein vorläufiges Ende fand der Straßenbahnausbau mit der Verlängerung der Linie 1 nach Vellmar. Sie ist seit dem 23. Oktober 2011 freigegeben.

Zur Realisierung dieser Erweiterungen des öffentlichen Personennahverkehrs waren umfangreiche Planfeststellungsverfahren notwendig, und am Ende kamen noch die Genehmigungen für den Betrieb und zur Personenbeförderung auf den neuen Strecken hinzu. Das Planfeststellungsverfahren ist notwendig, um die Strecke überhaupt bauen zu können. Es sieht neben der Anhörung der Träger öffentlicher Belange die Beteiligung der Öffentlichkeit vor, und an seinem Ende steht eine Entscheidung über das geplante Vorhaben unter Abwägung aller zu berücksichtigenden Interessen. Es folgt die Genehmigung für die Betriebsaufnahme, nachdem die gebauten Anlagen von der technischen Aufsichtsbehörde abgenommen wurden. Am Ende steht die Genehmigung zur Personenbeförderung, wie sie auch für andere Verkehrsmittel vom Taxi über den Bus bis zum Flugzeug erforderlich ist. Bei der Übertragung dieser Leistungen ist eine Fülle deutscher und europarechtlicher Regelungen zu beachten. Alle diese verschiedenen, oft sehr komplexen und aufwendigen Verfahren führen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verkehrsdezernats beim Regierungspräsidium.

Der Erfolg des Kasseler regionalen Schienenverkehrskonzepts spricht für sich: Stiegen die Menschen im Jahr 2007 etwa 1,86 Millionen Mal in die Züge der RegioTram ein, so wuchs die Zahl bis zum Jahr 2012 kontinuierlich auf 4.142.398.

Für die positive Entwicklung im Straßenbahnbereich sei das erste Betriebsjahr nach dem Ausbau der Strecke Kassel-Vellmar genannt. Dort stieg der Zahl der Nutzungen um 20 Prozent an Werktagen und um 40 Prozent an Sonn- und Feiertagen.

Bei diesen Zahlen freut sich die Genehmigungsbehörde RP zusammen mit allen Beteiligten darauf, die Erfolgsgeschichte der Optimierung des ÖPNV weiter zu schreiben.

Kontakt und Information:
Peter Koch
Tel.: 0561 106-3335
peter.koch@rpks.hessen.de



Die Friedrich-Ebert-Straße vor dem Umbau. Neben den Straßenbahnschienen gibt es pro Fahrtrichtung zwei Fahrstreifen für Kraftfahrzeuge. Ein Fahrradstreifen fehlt. Quelle: Stadt Kassel



Die Computersimulation der aktuell laufenden Umgestaltung der Kasseler Friedrich-Ebert-Straße zeigt, wie die Verkehrsflächen für Straßenbahn, Autos, Fußgänger und Radler sowie für den ruhenden Verkehr neu aufgeteilt werden – diese Neuaufteilung und der neue Asphalt haben den Nebeneffekt, den Verkehrslärm zu verringern. Quelle: Stadt Kassel

Weniger Krach in der Großstadt Kassel

RP koordiniert den Aktionsplan zur Lärminderung

Von Stefanie von Uckro

Wo immer es geht, soll es auf Kassels Straßen leiser werden. Verkehrslärm zählt zu den am häufigsten genannten Umweltbelastungen. Er kann die Unterhaltung stören und die Konzentration, er macht aggressiv und irgendwann krank; vor allem Herz- und Kreislaufbeschwerden können die Folgen sein.

Mit ihrer Umgebungslärmrichtlinie verpflichtet die Europäische Union die Mitgliedsländer dazu, Pläne zur Lärminderung zu erstellen. Quellen und Ausbreitung des Lärms werden kartiert, um daraus die Lärmaktionspläne zu entwickeln. Diese Pläne machen anschaulich, wo welcher Umgebungslärm auftritt und wie er künftig bei Wohnungs-, Straßen- und anderen Baumaßnahmen beeinflusst werden kann. Die zuständigen Stellen und Fachämter bewerten und prüfen die Umsetzungsmöglichkeiten der Vorschläge zur Verkehrslärmreduzierung. In Kassel hat die Stadtverwaltung diese Aufgabe. Die Koordination der Lärmaktionsplanung in Kassel und im gesamten Regierungsbezirk liegt beim Regierungspräsidium. Von hier aus wird die Öffentlichkeit beteiligt, und hier werden die Ergebnisse im Lärmaktionsplan für Nord- und Osthessen zusammengefasst.

Die erste Stufe des Lärmaktionsplans Straßenverkehr für Hauptverkehrsstraßen mit mehr als 6 Millionen Fahrbewegungen jährlich trat im November 2010 in Kraft, der Lärmaktionsplan Schienenverkehr folgte im April 2012.

Im Zusammenhang mit der ersten Stufe hat die Stadt Kassel ein Konzept erstellt, in dem Maßnahmen zur Lärminderung beschrieben werden. Die Stärke des Straßenlärms und die Zahl der Anwohner wurden dabei für jeden Straßenabschnitt betrachtet. Am Ende stand für die Stadt eine Prioritätenliste der Maßnahmen. Im Zusammenhang mit der Sanierung von Straßen sollen je nach Verfügbarkeit von Mitteln Straßenräume umgestaltet werden, wie zum Beispiel beim Umbau der Friedrich-Ebert-Straße, wo im Rahmen von Fahrbahnsanierungen möglichst »leise« Straßenbeläge zum Einsatz kommen. Ein weiterer Effekt der Lärmaktionsplanung: An ihr können die Prioritäten für die Bezuschussung von passivem Lärmschutz wie zum Beispiel für Fenster ausgerichtet werden.

Allenthalben gibt es zurzeit Baustellen in Kassel, die der Sanierung und Modernisierung von Straßenzügen dienen. Auf diesen Hauptverkehrsstraßen soll das Nebeneinander von Fahrbahnen, Straßenbahngleisen und dem nicht motorisierten Verkehr neu geordnet werden. Die Umbaumaßnahmen gehen in der Regel mit dem Ausbau des Radverkehrsnetzes und des Angebotes für Fußgänger einher. Durch die Verbesserungen der Bedingungen für Radler und Fußgänger wird indirekt ein Beitrag zur Lärminderung im Stadtgebiet erreicht. Das Abrücken des Fahrstreifens von den Häusern führt zu einer berechenbaren Verringerung des Verkehrslärmpegels an den Häuserfronten. Damit dient diese Umgestaltung ganz konkret dem Lärmschutz am Ort des modernisierten Straßenraums.

Jetzt arbeitet das Regierungspräsidium an der zweiten Stufe des Lärmaktionsplans Straßenverkehr. Für Kassel ist diese zweite Stufe von besonderer Bedeutung, denn Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern stehen im Fokus der Untersuchungen. In Großstädten ist die Anzahl der betroffenen Menschen naturgemäß besonders hoch.

Die erste Öffentlichkeitsbeteiligung begann im April/Mai 2013. Dabei sind die Kommunen und die Bevölkerung aufgefordert, so viele Informationen wie möglich über Orte und Arten der Verkehrslärmprobleme zusammenzutragen und Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Fast zeitgleich mit diesem Prozess stellt die Stadt Kassel ihren Verkehrsentwicklungsplan neu auf, für den die Öffentlichkeit in verschiedenen Veranstaltungen vor Ort ebenfalls Anregungen abgeben kann.

Die Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und aus den geeigneten lärmbezogenen Vorschlägen der Verkehrsentwicklungsplanung werden in den Lärmaktionsplan aufgenommen. Die Vorschläge diskutieren die Mitarbeiterinnen des Regierungspräsidiums mit den zuständigen städtischen Stellen oder legen sie ihnen zur Stellungnahme vor. Neben Finanzierungsfragen werden dabei die Ergebnisse der Pilot-

projekte südhessischer Städte zu Geschwindigkeitsreduzierung aus Lärmschutzgründen Einfluss auf den Diskussionsprozess haben.

All dies fließt dann in den Entwurf des Lärmaktionsplans ein. Bevor er in Kraft treten kann, wird der abschließende Entwurf wiederum der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Erfolg der Lärmaktionsplanung hängt langfristig davon ab, auf welche Resonanz sie bei den Bürgern und Kommunen stößt. Weil es kaum einklagbare Rechte oder Finanzierungsmöglichkeiten für Lärmschutz an bestehenden Straßen gibt, ist die Öffentlichkeitsbeteiligung an diesem Prozess besonders wichtig.

So sehen die Lärmkartierungen für die Großstadt Kassel aus. Die Farbe der »Lärmbänder« links und rechts der Straßen zeigt die Lärmbelastung an. Für Kassel wurde die Lärmbelastung an allen Straßen ab 3.000 Fahrbewegungen im Jahr und die Straßenbahnen berechnet. Die Karten können unter www.hlug.de aufgerufen werden. Quelle: HLUG



Kontakt und Information:

Stefanie von Uckro

Tel.: 0561 106-3824

stefanie.vonuckro@rpks.hessen.de

Wir helfen Kassel, Boden gut zu machen

Brachflächenrecycling als Beitrag zur Stadtentwicklung

Von Reinhard Sudhoff

Bauland innerhalb der Stadtgrenzen Kassels ist sehr begehrt, aber knapp. Bisher wurde das Problem dadurch gelöst, dass Neubaugebiete am Stadtrand ausgewiesen wurden. Viele Interessenten sind darüber hinaus in das Kasseler Umland ausgewichen. Inzwischen ist aber das Bewusstsein dafür gewachsen, dass der Landschaftsverbrauch viele Nachteile hat und der unbebaute Boden eine Vielzahl an wichtigen Funktionen erfüllt. Boden bietet die Grundlage für den Anbau gesunder Lebensmittel, verhindert, dass Regenwasser ungebremst abfließt, reinigt das Regenwasser auf seinem Weg zum Grundwasser und ist Basis einer Vielzahl von Biotopen. Viele Freiflächen müssen darüber hinaus als Frischluftschneisen, Naturschutzgebiete und Erholungsbereiche von der Bebauung freigehalten werden. Bodenschutz ist ein wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Deshalb werden bevorzugt innerstädtische Baulücken geschlossen und ehemalige Industrie- oder Gewerbegrundstücke als Baugrundstücke ausgewählt. Diese Flächen haben eine längere Nutzungsgeschichte erlebt. Es handelt sich im Regelfall um Grundstücke, auf denen verschiedene Firmen tätig waren. Im Laufe von oft 100 und mehr Jahren industrieller oder gewerblicher Nutzung konnte eine Vielzahl von Stoffen in den Untergrund gelangen – gefährliche und weniger gefährliche. Früher war das Umweltbewusstsein noch nicht so ausgeprägt wie heute. Gefahren wurden nicht erkannt, und so entstanden durch unsachgemäßen Umgang mit Chemikalien Belastungen des Bodens. An Tankstellen wurde der Boden z. B. mit Öl und Benzin verunreinigt, bei chemischen Reinigungen waren es grundwassergefährdende Reinigungsmittel. Teilweise befinden sich auf den Grundstücken Bau-ruinen mit Werkstätten und Tanklagern, von denen Gefahren ausgingen oder ausgehen können. Neben diesen möglichen Belastungsbereichen finden sich auf sehr vielen Grundstücken Spuren der Zerstörung Kassels im 2. Weltkrieg. Ein Großteil der Grundstücke in Kassel wurde mit Trümmerschutt aufgefüllt, die verheerenden Brände haben Aschen in den Boden gelangen lassen, aus beschädigten Behältern gelangten Schadstoffe ins Erdreich, Bomben-trichter wurden mit Bauschutt und Abfällen verfüllt.

Die Wiedernutzbarmachung dieser Grundstücke ist aus einer Vielzahl von Gründen sinnvoll und notwendig:

- Moderne, umweltschonende Stadtentwicklung findet auf begrenztem Raum statt.
- Die Grundstücke sind in der Regel schon erschlossen.
- Das Ortsbild und damit der Wert der Nachbargrundstücke kann deutlich verbessert werden. Niemand wohnt gerne neben einer Ruine oder einem oftmals vermüllten Grundstück.
- Junge Familien können sich in der Stadt den Traum vom Eigenheim erfüllen.
- Kindergärten, Straßenbahnanschluss oder Buslinien sind schon vorhanden.
- Behörden, Geschäfte und Dienstleister können innenstadtnah untergebracht werden.
- Im Zuge der Umnutzung werden Schadstoffe aus dem Boden entfernt.
- Abwanderung junger Familien in den Speckgürtel wird verhindert.
- Unberührte Natur braucht nicht geopfert zu werden.

Oftmals bestehen aber erhebliche Vorbehalte gegen diese Form der intelligenten Flächennutzung. Aus Furcht vor unkalkulierbaren Abriss- und Entsorgungskosten und aus Angst vor möglichen Schadstoffen werden hochwertige Grundstücke nicht revitalisiert. Sie bleiben Schmutzdecken im Stadtbild. Dabei könnten sie im Regelfall gefahrlos für Wohn- oder Gewerbe-zwecke genutzt werden, wenn sie vorher ausreichend untersucht und, falls nötig, saniert wurden.

Glücklicherweise erkennen immer mehr Investoren das Potenzial und entwickeln diese ehemaligen Brachflächen zu hochwertigen Wohn- und Gewerbegrundstücken. Planungen und Baumaßnahmen finden in Kassel so z. B. auf dem Gelände der ehemaligen Feuerweherschule, dem Messinghof, der Salzmannfabrik und der ehemaligen Molkerei Lindenberg statt.

Die Schadstoffgehalte müssen nach der Sanierung der Flächen so niedrig sein, dass ein Kind auch mal etwas von seinem »Sandkuchen« in den Mund bekommen kann. Anschließend sollten neben den üblichen Magenbeschwerden keine schadstoffbedingten Gesundheitsstörungen auftreten.



Das Dezernat für Altlasten und Bodenschutz beim Regierungspräsidium nimmt bei diesen Umnutzungen eine Vielzahl von Aufgaben wahr. Im Rahmen der Flächennutzungsplanung wird geprüft, ob geeignete Flächen ausgewiesen werden können. Wir prüfen, ob sich auf diesen Flächen oder im Umfeld ehemalige Abfalldeponien befinden und ob sich Betriebe dort befanden, die umweltgefährdende Stoffe eingesetzt haben. Wir weisen auf diese Flächen hin und empfehlen je nach Vornutzung, den Boden auf Schwermetalle, teerhaltige Bestandteile oder auch produktionsspezifische Schadstoffe zu untersuchen. Auch ist zu prüfen, ob das Grundwasser durch den Einsatz von flüssigen Betriebsstoffen verschmutzt wurde und zu sanieren ist. Im Umfeld von Ablagerungen, in denen organische Abfälle vergraben wurden, ist zu prüfen, ob explosionsfähige Methangasgemische entstehen und in Gebäude gelangen können. Dort, wo flüchtige Substanzen wie z. B. Benzol oder andere Lösemittel eingesetzt wurden, muss die Bodenluft untersucht und bewertet werden.



Das Modell zeigt, wie ehemalige Brachfläche zu hochwertigen Wohn- und Gewerbegrundstücken werden können. Die Sanierung und Nachnutzung von Brachflächen ist ein wichtiger Beitrag für die Stadtentwicklung – zum Beispiel, um jungen Familien bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können. Bild: Deutsche Reihenhaus-AG

Im Rahmen von Bauantragsverfahren prüft das Regierungspräsidium, ob entsprechende Untersuchungen fachgerecht durchgeführt wurden, alle möglichen Gefahrenpunkte ermittelt und untersucht wurden und ob vertiefende Untersuchungen oder Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind. Besondere Bedeutung hat dabei die gründliche Erfassung der historischen Nutzung. Es ist wichtig, die möglichen Schadstoffe gründlich zu recherchieren und Bereiche, in denen mit diesen Schadstoffen umgegangen wurde, möglichst exakt zu erfassen. Gutachter, die hier sorgfältig arbeiten, können maßgeschnei-

derte Untersuchungskonzepte entwickeln. Der Untersuchungs- und spätere Sanierungsaufwand, vor allem aber die Kosten der Entsorgung, können so deutlich verringert werden.

Bei der Bewertung der Untersuchungsergebnisse berücksichtigen wir neben der historischen auch die geplante Nutzung. Ein besonderes Augenmerk richten wir auf Bereiche, in denen Kinderspielflächen eingerichtet oder Nutzgärten geplant sind. Dort werden an den Oberboden besondere Anforderungen gestellt. Die Schadstoffgehalte müssen so niedrig sein,

dass ein Kind auch mal seinen Sandkuchen essen kann, ohne anschließend – neben den üblichen Magenbeschwerden – schadstoffbedingte Gesundheitsstörungen zu erleiden.

Obwohl diese Anforderungen kompliziert und kostenintensiv erscheinen, bleibt unter dem Strich oftmals ein günstiger Gesamtgrundstückpreis und in jedem Fall ein sinnvolles Flächenrecycling, mit dem Boden gut gemacht werden kann.

Auch bei der ehemaligen Molkerei Lindenberg prüft das RP, ob sich auf diesen Flächen oder im Umfeld ehemalige Abfalldeponien befinden und ob während der Betriebszeit umweltgefährdende Stoffe eingesetzt wurden. Fotos (2): Sudhoff



Kontakt und Information:
Reinhard Sudhoff
Tel.: 0561 106-3710
reinhard.sudhoff@rpk.s.hessen.de



Risikomanagement beim Regierungspräsidium

Die Stadt Kassel und ihre Hochwasser



Von Albert Kreil und
Dr. Martin Marburger

Hochwasser unterwirft sich keinem Zeitgeist, und es schert sich nicht um politische Grenzen. Rhein, Elbe, Oder, Themse, Rhône, Po und Donau: In den großen Flussgebieten Europas kommt es immer wieder zu großen Hochwasserereignissen mit enormen Schäden.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck dieser Ereignisse hat die Europäische Union ein Programm aufgelegt, das über Forschung, »integrierte Umweltpolitik« und Planungen zum Hochwasserrisikomanagement die Regionen und die Menschen besser gegen diese Gefahren wappnen soll. Zuständig für Strategien und Konzepte im Bereich regionale Hochwassergefahr und für den zentralen Hochwasserdienst in Nord- und Osthessen ist die »Regierung Kassel«, wie der Volksmund sagt, oder das Regierungspräsidium Kassel, wie es offiziell heißt.

Ein Blick in die Vergangenheit schärft die Sinne für die Hochwassergefährdung von Kassel und für die wesentlichen Ansatzpunkte, wie ihr zu begegnen ist. Kassel wurde in seiner 1100-jährigen Geschichte immer wieder von schrecklichen Hochwassern heimgesucht. Und es ist keine Schwarzmalerei zu sagen: Letztlich ist es nur eine Frage der Zeit, bis das nächste »Jahrhundertereignis« auch unsere Stadt heimsuchen wird.

In einem Bericht des Stadtbaurats Paul Höpfner vom 12. Mai 1903 werden viele der Hochwasserereignisse aus der Stadtgeschichte aufgeführt. Leider sind den Aufzeichnungen keine Angaben zu den Wassermengen zu entnehmen, jedoch wird stets von großen Schäden berichtet: Brücken und Häuser wurden zerstört, die Kirche in der Unterneustadt und das Zeughaus in Mitleidenschaft gezogen.

Diese Darstellung illustriert die Ausmaße historischer Hochwasserereignisse im heutigen Kassel und setzt sie mit neu berechneten statistischen Hochwassererwartungswerten in Beziehung. Dazu wurde ein digitales Geländemodell verwendet – ermittelt durch eine Befliegung mit Laserscanner. Das macht eine sehr hohe Rasterdichte von einem Geländepunkt pro Quadratmeter möglich. Die historischen Hochwassermarken im Stadtgebiet wurden hierfür erfasst und in dieser Darstellung mit den Wasserhöhen aus der hydraulischen Berechnung überlagert. Grafik/Bildbearbeitung: RP/Uni Kassel

Wie in fast allen Flussgebieten Deutschlands findet man auch für das Einzugsgebiet der Fulda Aufzeichnungen über das Jahrtausendhochwasser vom Juli 1342. Bereits im Winter sprechen die Chronisten über ein extremes Hochwasser. Dann, nach langer Trockenheit und bei steinhartem Boden, führten tagelange, ergiebige Niederschläge am 22. Juli 1342 zum größten Hochwasser in Mitteleuropa. Diese auch »Magdalenenflut« genannte Katastrophe war prägend für die Flussauen. Menschen und Tiere verloren zu Tausenden ihr Leben und alle Ernten wurden vernichtet. Eine verheerende Hungersnot war die Folge.

Besondere Erwähnung finden in den Chroniken zudem die Hochwasser jeweils am 10. Januar 1552, den 5. Januar 1643, den 16. Januar 1682, den 31. Dezember 1763 und den 18. Januar 1841. Von den Hochwassern am 5. Januar 1643 und 18. Januar 1841 zeugen in Kassel die Hochwassermarken am Zeughaus, am Torbogen in der Mühlengasse und bei der Pumpstation auf Höhe der Orangerie am Auedamm.

Ende des 19. Jahrhunderts – die Industrialisierung machte Mut, sich mit Großprojekten gegen die Naturgewalten zu wappnen – beschäftigte man sich intensiver mit dem Hochwasserschutz der Stadt. Aufgrund von Eingaben der Gemeinden Bettenhausen und Waldau befasste sich die Königlich Preußische Regierung, das heutige Regierungspräsidium, mit Fragen des Hochwasserschutzes und stellte fest, dass entsprechende Maßnahmen Aufgabe der Stadt seien. Erstmals wurde über das Anlegen eines Flutkanals und die Errichtung von Dämmen am Flusslauf diskutiert. Der historische Lageplan aus dem Jahre 1893 zeigt den im Grunde noch heute zutreffenden grundsätzlichen Verlauf des »Umflut-Canals«, der heute als »Flutmulde« bezeichneten großen Hochwasserentlastungsmöglichkeit für die Fulda im Stadtgebiet von Kassel. Neben dem Verlauf des Umflut-Canals wird aus dem Plan auch deutlich, dass die Canal-Trasse von jedweder Bebauung frei zu halten war, die die Abflussleistung einschränken konnte.

Schon damals wurden Fragen des Hochwasserschutzes zwischen der Stadt und der Regierung kontrovers diskutiert. Und bis heute spielen sie eine Rolle bei möglichen Abflusshindernissen in den Plänen zur Fulda-Promenade oder beim Bau des Auebades. In den weiteren Diskussionen und Gutachten kam man Anfang des 20. Jahrhunderts zu dem Ergebnis, dass nach bisheriger Erkenntnis in Kassel mit einem maximalen Abfluss von 2.000 Kubikmetern pro Sekunde zu rechnen ist. Als Abflussmenge bezeichnen Hydrologen die Wassermenge, die ein Wasserlauf pro Sekunde transportiert.



Das Hochwasser am 5. Februar 1909 gab erneut Anlass, sich mit dem Hochwasserschutz auseinanderzusetzen. Neben den Besonderheiten des Flutgrabens und dem Ausbau des natürlichen Fuldaverlaufs wurde auch die Beseitigung der Abflusshindernisse beim Rondell, der Fuldabrücke, dem festen Wehr und der Stromenge bei Wolfsanger diskutiert. Auch die Anlage von Speicherbecken am Oberlauf der Eder kam zur Sprache.

In den folgenden Jahren wurde das alte, feste Wehr abgebrochen und die Fuldabrücke mit den zwei den Abfluss hindernden Pfeilern durch

eine Betonbrücke ohne Pfeiler ersetzt. Das Flussbett zwischen Hafenbrücke und Drahtbrücke wurde ausgebaggert. Weitere Maßnahmen an der in Fließrichtung rechten Fuldaseite wurden bisher nicht realisiert, sodass bereits 1944 festgestellt wurde, dass ab einem Abfluss von mehr als 700 Kubikmetern pro Sekunde das Hochwasser in die Flutmulde übertritt. Diese Aussage gilt bis heute.

Das Silvesterhochwasser von 1925/26 war das erste nach Errichtung der Edertalsperre, und der Abfluss betrug in Kassel ca. 1.300 Kubikmeter in der Sekunde. Weitere Untersuchun-

gen kamen zu dem Schluss, dass der vor der Jahrhundertwende angenommene Wasserabfluss von 2.000 Kubikmetern für Kassel durch die Wirkung der Talsperre auf ca. 1.450 Kubikmeter reduziert werden kann. So einigten sich Regierungspräsident und Wasserstraßendirektion darauf, bei weiteren Überlegungen zum Hochwasserschutz von 1.450 Kubikmetern Abfluss pro Sekunde auszugehen. Dies entspricht auch nach heutiger Einschätzung in etwa einem »Extrem-Hochwasser«, wie es den Betrachtungen eines »Hochwasserrisikomanagementplans« zugrunde zu legen ist.



Die nächste verheerende Flut hatte keine natürliche Ursache: die Bombardierung und teilweise Zerstörung der Ederseestaumauer am 17. Mai 1943. Die Bomben der Royal Air Force trafen die Staumauer der vollgefüllten Talsperre. 160 Millionen Kubikmeter Wasser stürzten in kürzester Zeit das Edertal hinab und hinterließen eine Spur der Verwüstung. Noch in Kassel waren es 2.800 Kubikmeter Wasser, die pro Sekunde gemessen wurden.



Im Februar 1946 folgte das nächste extreme Hochwasser, welches nach den Berichten ausschließlich durch sintflutartige Niederschläge ausgelöst wurde. Aus Sicherheitsgründen war die reparierte Edertalsperre nur bis zu einem Inhalt von 154 Millionen Kubikmetern gefüllt worden, die maximale Abgabe aus der Talsperre betrug 565 Kubikmeter pro Sekunde und summierte sich in Kassel mit dem Wasser aus der Schwalm und der Fulda zu einem Abfluss von ca. 1.000 Kubikmetern. Dies entspricht nach heutiger Einschätzung fast einem hundertjährigen Hochwasserereignis, das an der Pumpstation ungefähr die Höhe des heutigen Auedamms erreichte. Das Hochwasser aus dem Jahre 1841 liegt im Stadtgebiet von Kassel etwa 60 cm höher. Das höchste, per Hochwassermarken am Zeughaus und am Torbogen in der Mühlengasse dokumentierte Hochwasser lief 1643 ab. Der Wasserspiegel lag dabei ca. 1,80 Meter höher als beim rechnerischen hundertjährigen Hochwasser.

Vielen jüngeren Kassellern ist das Hochwasser 1995 in Erinnerung. Zwei Hochwasserwellen Ende Januar und Anfang Februar führten jeweils zum Anspringen der Flutmulde mit einem maximalen Abfluss von 747 Kubikmetern in der Sekunde. »Anspringen« sagen die Fachleute, wenn das erste Wasser in die Flutmulde fließt. Bei diesem Hochwasser wurde wiederum allen in Kassel bewusst, dass die Flutmulde für den Hochwasserschutz der Stadt eine wesentliche Bedeutung hat und als Abflussbereich unverzichtbar bleibt. Nur über die Autobahnen A 44 und A 49 war eine Ost-West-Verbindung möglich. Statistisch kann das 1995er-Hochwasser etwa als dreißigjähriges Ereignis eingeordnet werden. Die Flutmulde sprang zwar an, sie wurde aber noch nicht gefordert, ihren wesentlichen Beitrag zur Verringerung der Hochwassergefahr in der Stadtstrecke Kassel zu liefern. Das Ereignis von 1995 bestätigte auch die kurz zuvor angestellte zweidimensionale hydraulische Berechnung des Abflussgeschehens bei einem hundertjährigen Fuldahochwasser. In den folgenden Jahren entstand im Zusammenhang mit den Plänen für das Management der Hochwasserrisiken auch für die Losse ein solches Modell. Für das Kasseler Stadtgebiet liegen damit moderne Rechenmodelle vor, die eine sichere Beurteilung der Abfluss- und Strömungsvorgänge ermöglichen. Mit ihnen und mit den historischen Erkenntnissen können die Risiken dargestellt und Hochwasserschäden minimiert werden.

Kassel ist in jüngster Zeit von extremen Hochwassern verschont geblieben. Begehrlichkeiten, die aus einer solchen Phase der Ruhe resultieren, müssen sorgfältig überprüft werden. Das Freihalten und die optimale Gestaltung der für den Hochwasserabfluss unbedingt erforderlichen Flutmulde ist oberstes Gebot. Die Forderungen, die bereits die Wasserwirtschaftler früherer Generationen aufgestellt haben, sind auch heute noch aktuell.



Historische Hochwassermarken in Kassel: Noch immer sind die zum Teil kunstvoll in den Stein gemeißelten Markierungen an den wenigen historischen Gebäuden der im Krieg zerstörten Kasseler Altstadt ablesbar: am Torbogen »Mühlengasse« in der Unterneustadt, an der Pumpstation am Auedamm und an der Zeughausruine. Fotos (4): Andreas Fischer

Kontakt und Information:

Albert Kreil
Tel.: 0561 106-3590
albert.kreil@rpks.hessen.de

Dr. Martin Marburger
Tel.: 0561 106-3607
martin.marburger@rpks.hessen.de



An vielen Stellen in Kassel und im Landkreis markieren die kleineren und größeren, älteren und neueren Bauwerke Orte für die Trinkwassergewinnung: in Schauenburg-Hoof, an der Wolfhager Straße Richtung Dörnberg oder im Firmsbachtal nahe der A 44.

So wird der Durst der Stadt gestillt

Die Stadt, das Regierungspräsidium und die Trinkwasserversorgung

Von Angela Rupprecht

Wir gehen morgens unter die Dusche, schlüpfen in die frisch gewaschene Kleidung, dann kochen wir uns einen Kaffee zum Frühstück, spülen das Geschirr ...

Wasser ist für uns unverzichtbar. Bei einem Pro-Kopf-Verbrauch von derzeit ca. 128 Liter am Tag und etwa 195.000 Einwohnern hat die Stadt Kassel einen Trinkwasserbedarf von neun Millionen Kubikmetern im Jahr. Rechnet man noch den Bedarf für Industrie, Gewerbe, Schwimmbäder etc. und die Versorgung der Stadt Vellmar dazu, kommt man auf elf Millionen Kubikmeter. Das sind elf Milliarden Liter Wasser im Jahr.

Wie wird dieser gewaltige »Durst« der Stadt Kassel gestillt?

Mehr als 30 Gewinnungsanlagen sorgen dafür, dass die Wasserhähne immer weiter laufen. Die Städtischen Werke Netz + Service GmbH, eine Tochter der Städtischen Werke AG Kassel, betreibt diese Anlagen im Auftrag von KASSEL-WASSER. Sie fördern Grundwasser und befinden sich im Stadtgebiet von Kassel; hier sind es zumeist Tiefbrunnen. Ein Großteil des Kasseler Wassers kommt aber auch aus dem Landkreis Kassel: aus Quellen im Habichtswald, aus Quellen in Schauenburg, aus Tiefbrunnen in Simmershausen und aus einem Quellsammelgebiet im Niestetal. Die meisten dieser Quellen werden bereits seit Anfang des letzten Jahrhunderts genutzt.

Eine besondere Rolle kommt dem Wassergewinnungsgebiet »Neue Mühle« in Niederzwehren zu. Aus diesem Bereich werden ca. 20 Prozent des Trinkwasserbedarfs gedeckt. Hier fördert ein großes Einlaufbauwerk Wasser aus der Fulda. Über eine Sickerbeckengalerie wird es gefiltert und dann aus Flachbrunnen als Trinkwasser entnommen.

Die wasserrechtlichen Zulassungen für die Entnahme erteilt das Regierungspräsidium Kassel als Obere Wasserbehörde. So will es das Wasserhaushaltsgesetz. Danach gibt es diese Zulassungen entweder in Form einer Bewilligung, einer Erlaubnis oder als Altes Recht. Die Unterscheidung zwischen einer Bewilligung und einer Erlaubnis dient der Rechtssicherheit. Die Erlaubnis, ein Gewässer zu benutzen, kann jederzeit widerrufen werden, hat also eine geringere Rechtssicherheit als eine Bewilligung. Eine Bewilligung wird als Recht, ein Gewässer zu benutzen, erteilt und ist nur in Ausnahmefällen widerruflich.

Etwa zwei Drittel der Wasserrechte der Kasseler Gewinnungsanlagen sind »Alte Rechte«. Diese wurden für die Stadt Kassel noch nach dem Preußischen Wassergesetz von 1913 erteilt. Im Jahr 1964 sind sie als »Alte Rechte« nach dem Wasserhaushaltsgesetz – und damit unbefristet – in das Wasserbuch eingetragen worden, das beim Regierungspräsidium für den Regierungsbezirk Kassel geführt wird. 1964

war das Jahr, bis zu dem die alten Wasserrechte nach dem Preußischen Wassergesetz, oder auch noch ältere Benutzungen, zur Eintragung in das Wasserbuch beim Regierungspräsidium anzumelden waren.

Das Wasserbuch ist ein amtliches Verzeichnis, in dem alle wichtigen Rechtsverhältnisse an einem Gewässer eingetragen sind, aber auch eventuelle Schutzanordnungen wie die Festsetzung eines Überschwemmungsgebietes. Zu jeder wasserbehördlichen Entscheidung werden dabei alle bedeutsamen Daten über Umfang, Lage, Zweck und Art sowie zum jeweiligen Inhaber des Wasserrechts festgehalten. Die Eintragung im Wasserbuch führt nicht dazu, dass Rechtsverhältnisse begründet oder geändert werden. Das Wasserbuch hat – anders als beispielsweise das Grundbuch – in erster Linie informativen Charakter. Es wird seit mehr als 100 Jahren geführt und geht auf die preußische Gesetzgebung zurück. Entsprechend alt sind viele Dokumente, mit denen die Obere Wasserbehörde beim Regierungspräsidium Kassel arbeitet. Eines der ältesten Wasserrechte aus dem Bereich der Stadt Kassel, zu dem noch eine Sicherstellungsurkunde nach dem Preußischem Wassergesetz existiert, stammt aus dem Jahr 1925. Es handelt sich um das Wasserrecht für die Flachbrunnen im Bereich der »Neuen Mühle«.



Das Wassergewinnungsgebiet »Neue Mühle« in Niederzwehren. Von hier aus werden ca. 20 Prozent des Trinkwasserbedarfs der Stadt gedeckt. Ein Einlaufbauwerk fördert Wasser aus der Fulda, das über eine Sickerbeckengalerie gefiltert und dann aus Flachbrunnen als Trinkwasser entnommen wird. Fotos (4) : Andreas Fischer

Kontakt und Information:

Angela Rupprecht

Tel.: 0561 106-3568

angela.rupprecht@rpks.hessen.de

Damit die Entnahme großer Mengen von Grundwasser nicht zu einer Beeinträchtigung des Wasser- und Naturhaushaltes führt, ist eine ständige Überwachung erforderlich. Hier kommt das Regierungspräsidium wieder ins Spiel: Durch die Zulassungsverfahren für Grundwasserentnahmen, durch die Festsetzung von Wasserschutzgebieten, durch Überwachung der Entnahmen und des Grundwasserleiters an Messstellen und durch besondere Überwachungsprogramme von Fall zu Fall sorgt die Obere Wasserbehörde für die Qualitätssicherung. Grundwasserleiter sind Gesteinskörper mit Hohlräumen, Klüften oder Spalten, in denen sich das Grundwasser bewegt. Sie

werden in unterschiedlichen Tiefen angetroffen, in manchen Gebieten nur wenige Meter unter dem Gelände, anderswo in Tiefen von 50 Metern und mehr. Wasserundurchlässige Schichten begrenzen die Grundwasserleiter. Tiefbrunnen fördern aus ihnen das Grundwasser. Durch entsprechende Überwachungsprogramme wird dafür gesorgt, dass ein Grundwasserleiter nicht überfordert wird.

Zusammen mit den Wasserversorgungsbetrieben arbeitet das Regierungspräsidium dafür, dass auch in Zukunft die Wasserversorgung für die Stadt Kassel gesichert bleibt.





Sattelfest

Losse-Renaturierung

Kita Unterneustadt

Salzmann

Jüdischer Friedhof

Anschluss A 7 – A 44

Brachflächenrecycling

Sattelfest

In Wilsunger startet alljährlich das autofreie Radlerfest, zu dem der Regierungspräsident auf die Strecke zwischen Kassel und Hann. Münden einlädt. Ausgerechnet im Jahr des Stadtjubiläums fiel es ins Wasser.

Losse-Renaturierung

Wenn aus der begradigten Losse wieder ein artenreicher Wasserlauf wird, dann geht das auf die Planungen der Oberen Naturschutzbehörde beim Regierungspräsidium zurück.

Kita Unterneustadt

Ob eine Stiftung Trägerin einer Kindereinrichtung ist oder ganz andere Zwecke in ihrer Satzung stehen hat – das Regierungspräsidium berät bei der Gründung und hat die Stiftungsaufsicht.

Salzmann

Gleichgültig, wie die Zukunft der Fabrikrüine in Bettenhausen aussehen wird – auf die fachgerechte Entsorgung der Altlasten achten die Umwltdezernate des RP.

Jüdischer Friedhof

Nicht nur der jüdische Friedhof in Bettenhausen, alle jüdischen Friedhöfe im Regierungsbezirk Kassel werden vom Regierungspräsidium aus betreut. Über ihren Zustand informiert sich der Regierungspräsident jährlich gemeinsam mit Vertretern der jüdischen Gemeinden und den Vertretern der Kommunen.

Anschluss A 7/A 44

Ein hoch komplexes Planfeststellungsverfahren ist für den Anschluss A 7/A 44 in Kassels Osten bei Niestetal notwendig. Die Vorlagen für den Beschluss entstehen im Verkehrsdezernat des Regierungspräsidiums.

Brachflächenrecycling

»Wir machen Boden wieder gut«, sagen die Experten für Altlastensanierung im RP. Wenn die Flächen nicht mehr belastet sind, kann dort unter anderem Wohnraum für junge Familien entstehen. Eines dieser Projekte ist die ehemalige Molkerei Lindenberg.

Die Stadt, das liebe Geld und der Schutzschirm

Schulden der Stadt wurden um 260 Millionen Euro reduziert

Von Klaus Tampe

Wer kann sich schon so glücklich schätzen, 260.461.751 Euro zu bekommen? Für die Stadt Kassel wurde dieser Traum wahr: Am 15. Februar 2013 tilgte das Land Hessen die Schulden der Stadt um eben diesen Betrag. Aber wie kam das Land Hessen dazu, einer rechtlich eigenständigen Gebietskörperschaft wie der Stadt Kassel finanziell in einem solchen Umfang unter die Arme zu greifen?

Maßgeblich für das Verhältnis von Land und Kommune ist unser Grundgesetz. Dieses sieht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nur zwei staatliche Ebenen vor: den Bund und die Bundesländer. Die Kommunen sind also Teile des jeweiligen Bundeslandes. Gleichwohl räumen das Grundgesetz und auch die hessische Verfassung ein, dass »den Gemeinden das Recht gewährleistet sein muss, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln«, also das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Diese Eigenständigkeit ist allerdings nicht grenzenlos, sondern die Gemeinden unterliegen staatlicher Aufsicht durch das jeweilige Bundesland, also der Kommunalaufsicht. Insofern wacht jedes Bundesland darüber, dass seine Kommunen die Gesetze, Verordnungen und Satzungen beachten.

Diese Aufsicht soll in Hessen gemäß der Hessischen Gemeindeordnung wie folgt ausgeführt werden: »Die Aufsicht des Staates schützt die Gemeinden in ihren Rechten und sichert die Erfüllung ihrer Pflichten.«

Zu dieser staatlichen Kommunalaufsicht gehört auch die Überwachung der finanziellen Leistungsfähigkeit. Die sogenannte Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und Sonderstatusstädte wird von den Regierungspräsidien wahrgenommen. Sie findet ihren Ausdruck in den jährlichen Genehmigungsverfahren für die kommunalen Haushalte.

Die Haushalte der Stadt Kassel sind seit 1979 überwiegend nicht ausgeglichen. Das heißt, die Stadt Kassel hat seitdem jährlich meistens mehr Geld ausgegeben als eingenommen. Dies führte dazu, dass seit Ende der 70er-Jahre trotz landesseitiger Verlustzuweisungen in Höhe von mehr als 100 Millionen Euro Defizite in Höhe von über 400 Millionen Euro angewachsen sind. Trotzdem hat das Regierungspräsidium die Haushalte vor dem Hintergrund des Spannungsverhältnisses zwischen kommunaler Selbstverwaltung und staatlicher Überwachung mit mehr oder weniger restriktiven Auflagen genehmigt. Diese Entwicklung gab es nicht nur in Kassel, sondern in fast allen Kommunen und Landkreisen Hessens. Oder, um es mit den Worten von Hessens Finanzminister Schäfer auszudrücken: »Wir können in Hessen von der kommunalen Nachsicht statt von der kommunalen Aufsicht sprechen.«

Dass dauerhafte Defizite nicht finanzierbar sind, gilt nicht nur für Staaten wie Griechenland, Zypern, Spanien oder Irland, sondern früher oder später auch für die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Defizit von mehr als zwei Billionen Euro und das Land Hessen mit seinem Defizit von 70 Milliarden Euro.

Vor diesem Hintergrund will die hessische Landesregierung die hohe Verschuldung kommunaler Gebietskörperschaften durch den »Kommunalen Schutzschirm« verringern. Der hessische Schutzschirm hat ein Volumen von 2,8 Milliarden Euro zur teilweisen Schuldentilgung der 89 defizitärsten kreisangehörigen Kommunen, 14 Landkreise und drei kreisfreien Städte zur Verfügung gestellt und rund 400 Millionen Euro für die Zinsdiensthilfen. Von den Gebietskörperschaften, die den Schutzschirm dann tatsächlich in Anspruch genommen haben, verlangt das Land ein tragfähiges Haushaltskonsolidierungskonzept, über dessen Erfüllung es mit der antragstellenden Kommune eine Vereinbarung getroffen hat.

Kontakt und Information:
Klaus Tampe
Tel.: 0561 106-2145
klaus.tampe@rpks.hessen.de



Hessens Finanzminister Dr. Thomas Schäfer und Kassels Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke und Kassels Kämmerer Dr. Jürgen Barthel unterzeichnen die Schutzschirmvereinbarung: Vier Unterschriften, und die Stadt Kassel ist um mehr als 260 Millionen Euro Schulden entlastet, hat sich aber auch zu einem strikten Zeitplan für die Sanierung der Finanzen der kreisfreien Stadt verpflichtet.

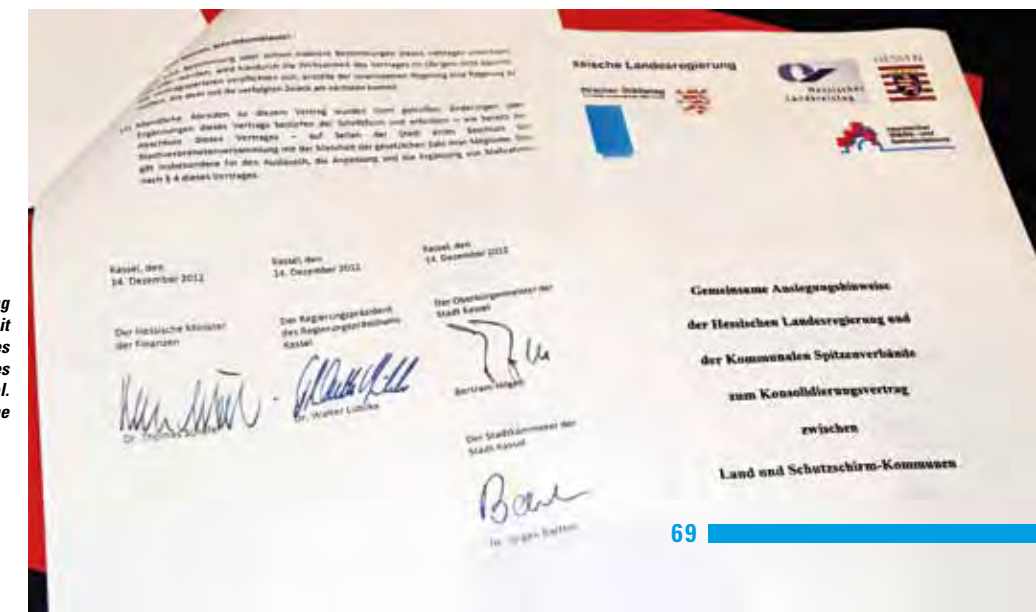
Dabei müssen die Kommunen nicht gleich im ersten Jahr wieder den Haushaltsausgleich erreichen, aber es muss der Weg dorthin erkennbar sein und verbindlich festgelegt werden. Je nach einwohnerbezogener Defizithöhe muss der Haushaltsausgleich spätestens im Jahr 2020 erreicht werden.

Im Regierungsbezirk Kassel haben 32 Kommunen, zwei Landkreise und die kreisfreie Stadt Kassel den Schutzschirm in Anspruch genommen. Das Regierungspräsidium Kassel, sonst nur für die Finanzaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte plus Fulda zuständig, hat mit allen 35 Partnern und dem Finanzministerium die Schutzschirmvereinbarungen vorbereitet. Jetzt hat es die Aufgabe, über deren Einhaltung zu wachen.

Angesichts der Haushaltssituation der Stadt Kassel konnte es daher nicht überraschen, dass sie zu den 106 defizitärsten hessischen Kommunen gehörte, die den Schutzschirm des Landes in Anspruch nahmen. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen der Stadt Kassel und dem Land Hessen wurde am 14. Dezember 2012 ein Konsolidierungsvertrag geschlossen. Hiernach werden der Stadt Kassel dauerhaft Kredite in Höhe von gut 260 Millionen Euro getilgt, wenn sie ihre jahresbezogenen Defizite durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen kontinuierlich senkt und spätestens im Jahr 2018 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt.

Insofern muss nunmehr im Rahmen der hiesigen kommunalen Finanzaufsicht sichergestellt werden, dass auch die Stadt Kassel ihren Teil dazu beiträgt, nicht nur den Konsolidierungsvertrag zu erfüllen, sondern auch die gesetzliche Vorgabe des Haushaltsausgleichs wieder zu erreichen.

Das Dokument: die Schutzschirmvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel mit den Unterschriften des Finanzministers und des Regierungspräsidenten für das Land Hessen sowie des Oberbürgermeisters und des Kämmerers für die Stadt Kassel. Fotos (2): HNA Hessische/Niedersächsische Allgemeine



Die Kindertagesstätte Unterneustadt wird getragen von einer der ältesten Stiftungen des Landes Hessen, der Stiftung »Hessisches Waisenhaus zu Kassel«, gegründet von Landgraf Carl (1670–1730). Die Tagesstätte widmet sich der kulturübergreifenden Ganztagsbetreuung von Kindern. Die Stiftung »Hessisches Waisenhaus zu Kassel« ist als gemeinnützige Einrichtung zur Förderung der Jugendhilfe im Regierungsbezirk Kassel Träger von Einrichtungen zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen.
Foto: Andreas Fischer



Kassels älteste Stiftung 1297 gegründet

Stiftungsaufsicht beim RP: Zahl der Stiftungen in 25 Jahren verdreifacht

Von Sonja Pfeiffer

Auch in ländlichen Regionen wie Nord- und Osthessen entstehen Stiftungen – und das in wachsender Zahl. Hatte das Regierungspräsidium Kassel hier im Jahre 1990 noch 80 rechtsfähige Stiftungen zu beaufsichtigen, sind es heute schon fast 280. Und jedes Jahr kommen neue Stiftungen dazu. Immer mehr Menschen in der Region »gehen stiften« – und die Arbeit der Stiftungsaufsicht im Regierungspräsidium Kassel ist nicht ganz schuldlos daran.

Das Regierungspräsidium Kassel ist Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde für die Stiftungen in Nord- und Osthessen. Darüber hinaus werben die Mitarbeiterinnen der Stiftungsaufsicht intensiv für den Stiftungsgedanken und machen sich für eine offensive Öffentlichkeitsarbeit stark. Der Regierungspräsident lädt die Stifterinnen und Stifter zu stets sehr gut besuchten Stiftertagen ein. Hier können die Gäste ihre Erfahrungen austauschen, sie erhalten aktuelle Informationen zum Stiftungswesen, und Stiftungsinteressierte kommen mit Stiftern ins Gespräch.

Das Regierungspräsidium ist durch seine zentrale Innenstadtlage gut zu erreichen. Seit dem 13. Jahrhundert werden die Geschicke Nord-

und Osthessens vom selben Ort aus verwaltet. Bereits um 1277 ließ Landgraf Heinrich I. hier eine Burg errichten. Nur 20 Jahre später wurde die älteste und heute noch existierende Stiftung Kassels gegründet: das Haupt- und Hofhospital St. Elisabeth zu Kassel. Nach mehrmaliger Zerstörung des Regierungssitzes durch Brand und Krieg lautet die heutige Adresse des Regierungspräsidiums Steinweg 6. Der damalige hessische Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn legte am 9. Oktober 1957 den Grundstein für den neuen 8-stöckigen Sitz des Regierungspräsidenten am historischen Ort. Und hier arbeitet auch das Team der Stiftungsaufsicht. Wir, das sind: eine Juristin, zwei Mitarbeiterinnen und die Autorin als Sachbearbeiterin.

Die Landesregierung hat dem Stiftungswesen eine besondere Bedeutung zugemessen. So wird im Rahmen der Ehrenamtskampagne »Gemeinsam aktiv – Bürgerengagement in Hessen« jeden Monat eine Stiftung für ihr gesellschaftliches Engagement als Stiftung des Monats ausgezeichnet. Außerdem sind in Hessen Amtshandlungen bei Stiftungen, die ausschließlich gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen, gebührenfrei, sodass fast 97 Prozent unserer Stiftungen von

den Gebühren befreit sind. Mit der Novellierung des hessischen Stiftergesetzes 2007 wurde außerdem ein zentrales Informationssystem für rechtsfähige Stiftungen eingeführt. Das hessische Stiftungsverzeichnis enthält aktuelle Informationen über alle Stiftungen. Hierdurch besteht die Möglichkeit, sich online über Förderziele, Ansprechpartner und Adressen der Stiftungen zu informieren.

So findet man im Stiftungsverzeichnis auch die ältesten Stiftungen der Region. Dazu zählen neben dem erwähnten Haupt- und Hofhospital St. Elisabeth zu Kassel das Hospital Siechenhof in Kassel, ebenfalls noch im 13. Jahrhundert gegründet, und das Ritterschaftliche Stift Kaufungen, gegründet 1532.

Eine Besonderheit gibt es in Nordhessen: Das Regierungspräsidium Kassel zahlt als einzige Stiftungsaufsichtsbehörde in Hessen sogenannte »Staatszuschüsse« an insgesamt fünf Stiftungen aus. Diese Zahlungen resultieren aus einer Verpflichtung des Landes Preußen und gingen auf das Land Hessen über. Staatszuschüsse sind Geldentschädigungen für in früherer Zeit gewährte Zuweisungen an Feldfrüchten. So hat eine Stiftung beispiels-

Beispiele für Stiftungen im Regierungsbezirk Kassel

Die »Prinz-Georg-Stiftung«, genehmigt am 3. Juli 1747, unterstützt arme und hilfsbedürftige Personen, insbesondere Soldatenwitwen und -waisen. Dabei sollen vornehmlich Personen aus dem ehemaligen Kurfürstentum Hessen – jetzt hauptsächlich aus dem Regierungsbezirk Kassel – unterstützt werden. Die Unterstützung besteht im Allgemeinen aus der Gewährung einer jährlich einmaligen finanziellen Zuwendung.

Eine der jüngsten Stiftungen im Förderungsbereich Kunst und Kultur ist die »Briebach-Vockeroth-Stiftung«. Zwecke der Stiftung sind Pflege, Erhalt und Erweiterung von Museumssammlungen der alten, klassischen und auch modernen Kunst sowie zur Kasseler Geschichte und die Restaurierung und Instandhaltung von Kunstwerken der Museen der mhk Museumslandschaft Hessen Kassel. Die Stiftung wurde am 5. Oktober 2012 anerkannt.

Der Stiftungszweck der »Hans-Albrecht von Dobschütz Stiftung«, die am 12. Dezember 2006 anerkannt wurde, ist die finanzielle Unterstützung des Baby-Notarztwagens des ASB-Ortsverbandes Kassel. Sollte das Projekt »Baby-Notarztwagen« nicht mehr existieren, so soll die Aus- und Fortbildung der im Rettungsdienst tätigen Personen unterstützt werden.

Zusammengestellt von Joanna Kubat



Zu jedem Stiftertag gehört auch ein Markt der Möglichkeiten, auf dem sich die unterschiedlichsten Stiftungen präsentieren. Beim Stiftertag im Stadtschloss Fulda stellte sich unter anderem die Fuldaer Integrationsstiftung vor. Foto: RP

weise Anspruch auf 16,074 Hektoliter Weizen, 102,470 Hektoliter Roggen, 20,092 Hektoliter Gerste, 16,074 Hektoliter Hafer und 8,037 Hektoliter trockene Erbsen.

Ehemals erhielt die Stiftung diese Naturalien; heute wird von der Stiftungsaufsicht jedoch dankenswerterweise nicht erwartet, dort Säcke voller Getreide abzuliefern. Stattdessen werden die Stiftungen finanziell entschädigt. Für die jährlich auszuzahlenden Staatszuschüsse stellt das hessische Sozialministerium derzeit jährlich einen Betrag in Höhe von 10.000 Euro zur Verfügung.

»Stiften? Das ist doch nur etwas für wirklich reiche Menschen, und außerdem ist es bestimmt sehr kompliziert, eine Stiftung zu gründen.« Diese und ähnlich lautende Aussagen höre ich öfter und freue mich dann, wenn ich zeigen kann, dass diese Vorstellungen nicht der Realität entsprechen, denn bereits mit einem Stiftungsvermögen von 100.000 Euro können ausreichend Erträge erwirtschaftet werden, um einfache Stiftungszwecke zu verwirklichen. Es müssen also nicht immer Millionen sein.

Die zweite Ansicht, dass es kompliziert sei, eine rechtsfähige Stiftung zu gründen, wird derjenige schnell revidieren, der mit uns in Kontakt getreten ist. Ganz einfach von zu Hause aus können unter www.rp-kassel.de über das Internet wichtige Informationen und Dokumente abgerufen werden. Selbstverständlich stehe ich auch für alle Fragen rund um das Thema Stiftungen persönlich zur Verfügung – und zwar von Anfang an. Ich begleite künftige Neustifter von der ersten Idee zur Stiftungsgründung bis zur Anerkennung ihrer Stiftung. Dies gilt auch für die Anerkennung von kirchlichen Stiftungen. Bei ihnen ist mir die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der kirchlichen Stiftungsaufsicht sehr wichtig.

Es ist die Philosophie unserer Behörde, dem ehrenamtlichen Engagement besondere Aufmerksamkeit zu schenken, und so unterschreibt der Regierungspräsident alle Stiftungsurkunden selbst. Und wenn sein Terminkalender es erlaubt, händigt er diese auch persönlich aus. Wenn die Tinte unter der Stiftungsurkunde trocknet, dann ist meine Arbeit aber noch längst nicht erledigt: Ich genehmige Verfassungsänderungen, erstelle Vertretungsbescheinigungen, unterstütze und berate bei fachlichen Fragen, und gemeinsam kontrollieren wir die Jahresrechnungen.

Da Stiftungen »auf ewig« angelegt sind und in der Regel ihren Stifter oder ihre Stifterin überdauern, kommt der Stiftungsaufsicht erhebliche Bedeutung zu. Wir sorgen dafür, dass der Wille des Stifters auch nach dessen Tod Beachtung findet.

Ein Stiftungstrend lässt sich auch für Nordhessen bestätigen: In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Bürgerstiftungen in Nord- und Osthessen nahezu verdoppelt. Seitdem im Jahr 1999 mit der »Bürgerstiftung für die Stadt und den Landkreis Kassel« die erste Bürgerstiftung in unserem Zuständigkeitsbereich entstand, sind 14 weitere hinzugekommen, jüngst die Bürgerstiftung Bad Emstal. Bürgerstiftungen sind »in« – und das ist gut so. Wir unterstützen diese Form des Stiftens ausdrücklich, denn in Bürgerstiftungen kann jeder Stifter oder Stifterin sein. Hier kommt es nicht auf einen einzelnen großen Betrag an, vielmehr stiften viele Bürgerinnen und Bürger (kleinere) Beträge und können sich so ehrenamtlich für ihren Ort engagieren. Bürgerstiftungen sind Form und Ausdruck eines »Wir-Gefühls«. Sie stärken das Miteinander, sie dienen dem Zusammenhalt, fördern das Gemeinwohl und gestalten den jeweiligen Ort mit. Eine gute Sache, wenn Sie mich fragen.

Sichere Medizin für die Tiere in Kassel

Veterinäre von Stadt und RP arbeiten eng zusammen



Hund, Katze und Co. sind zu wichtigen Sozialpartnern vor allem für Kinder und alte Menschen geworden. Regelmäßige Entwurmung und Impfungen sorgen dafür, dass die innige Freundschaft keine gesundheitlichen Risiken mit sich bringt. Fotos (4): Hütt

Von Anette Hütt

Die Katze humpelt oder kratzt sich dauernd, der Hund liegt apathisch im Körbchen, das Kaninchen frisst nicht: Nun geht's in die Tierarztpraxis. Der Tierarzt untersucht den jeweiligen Patienten gründlich und kann eine notwendige Behandlung mit Medikamenten sofort beginnen, ohne Herrchen oder Frauchen erst zur Apotheke schicken zu müssen. Dafür gibt es eine gesetzlich erlaubte Ausnahme vom Apothekenmonopol. Praktizierende Tierärzte dürfen Arzneimittel zur Behandlung ihrer Patienten und zur Abgabe an deren Besitzer in ihrer Praxis lagern. So soll nicht nur für die unmittelbare Versorgung der erkrankten Tiere gesorgt sein, gleichzeitig ist so auch eine fachkompetente Beratung gegeben, zumal es sich in den meisten Fällen um speziell für die einzelnen Tierarten zugelassene Arzneimittel handelt. Dies gilt natürlich auch für vorbeugende Maßnahmen: Haustiere sind zu wichtigen Sozialpartnern geworden und haben besonders zu unseren Kindern und Senioren einen innigen Kontakt. Wie gut, dass eine planmäßige Entwurmung und Impfung der Tiere dies gefahrlos zulässt!

Im Gebiet der Stadt Kassel gibt es 20 dieser sogenannten »Tierärztlichen Hausapotheken«. Sie unterliegen einer engmaschigen behördlichen Überwachung. Amtliche Tierärzte aus dem Veterinärdezernat des Regierungspräsidiums kontrollieren dort alle zwei Jahre unangekündigt die Einhaltung der arzneimittelrechtlichen Vorschriften. Neben der Besichtigung der gelagerten Arzneimittel, der Impfstoffe und Betäubungsmittel wird deren Herkunft und Verbleib stichprobenweise nachvollzogen. Die Tierärzte sind zur peinlich genauen Dokumentation der Medikamente verpflichtet. Anhand der Dokumentation kann die Aufsicht auch beurteilen, ob die Arzneimittel korrekt verordnet werden. Dies ist bei der Behandlung von Lebensmitteln liefernden Nutztieren aus Verbraucherschutzgründen von besonderer Bedeutung. Denn niemand möchte Rückstände von Arzneimitteln im Essen haben!

Nimmt man das Beispiel der Antibiotikaresistenzen, so spielen diese aber auch in der Kleintiermedizin eine Rolle. Resistenz bedeutet, dass Bakterien gegenüber Antibiotika unempfindlich werden, die dann bei entsprechenden Infektionskrankheiten nicht mehr helfen. Das betrifft Menschen und Tiere gleichermaßen. Der verantwortungsvolle Umgang mit den Antibiotika wird daher bei jeder Routinekontrolle thematisiert.

Einen breiten Raum nimmt die beratende Funktion der Arzneimitteltierärzte des Regierungspräsidiums in Kassel ein. Und aufgrund der komplizierten Rechtsmaterie wird sie auch gerne angenommen. Dabei kann es um den Import von Tierarzneimitteln aus dem EU-Ausland gehen, wenn kein passendes deutsches Präparat zugelassen ist. Der apathische Hund, alt und nierenkrank, kann so mit einem muskelaufbauenden Mittel behandelt werden und seine letzten Wochen in akzeptabler Lebensqualität verbringen. Es kann um die Sicherung von Betäubungsmitteln vor unbefugtem Zugriff gehen, um eine Vereinfachung der Dokumentation oder die Arzneimittelversorgung in einem Tierheim.

Neben den Routinekontrollen geht das Veterinärdezernat beim RP auch den Verdachtsfällen nach. Der Verkauf von Arzneimitteln ohne Untersuchung der Tiere ist beispielsweise nicht zulässig. Auch wenn am Schlachthof oder in »Doping«-Proben von lebenden Nutztieren Arzneistoffe nachzuweisen sind, wird ermittelt. Dabei erweist sich die Zusammenarbeit mit den Unteren Veterinärbehörden als äußerst effektiv. Sie beauftragen die Arzneimitteltierärzte mit der Überprüfung landwirtschaftlicher Betriebe. Im Gebiet der Stadt Kassel gibt es nur einzelne Landwirte. Nicht jedem ist jedoch bewusst, dass auch Pferde solange als Lebensmittel liefernde Tiere gelten, bis dies im Equidenpass, einer Art »Personalausweis«, ausdrücklich schriftlich ausgeschlossen wurde. Kritisch schauen die Arzneimitteltierärzte auch auf den neuen Vertriebsweg über das Internet: So darf eine Pferdewurmkur nicht im World Wide Web bestellt werden.



Ein Blick in die Medikamentenschublade im Dienstwagen des Tierarztes. Diese Apotheken werden von den Veterinären des Regierungspräsidiums regelmäßig kontrolliert.



Probennahme und -untersuchung gehören zu den Ermittlungen, wie sie beispielsweise bei einer Taubenschau schon durchgeführt wurden.



Kontrolliert wird auch die Aufbewahrung der Medikamente bei den Anwendern. Dieses Beispiel aus einem landwirtschaftlichen Betrieb in Nordhessen hat gottlob Seltenheitswert und wurde von den RP-Veterinären dokumentiert.

Gravierende Rechtsverstöße gegen das Arzneimittelgesetz kamen aber in der Stadt Kassel in den vergangenen Jahren nur sehr selten vor.

Kassel ist Messestadt, wegen der zentralen Lage mitten in Deutschland und Europa sehr beliebt auch bei Organisatoren von Tierschauen. Die Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt der Stadt erstreckt sich auch auf diese internationalen Ausstellungen wie den Taubenmarkt und die Rassehundeausstellung, die jedes Jahr in den Messehallen stattfinden. Dabei geht es nicht nur um die Arzneimittel, sondern auch um Tierschutzfragen und darum, die Verbreitung von Tierseuchen zu verhindern. Die ausgestellten Tauben dürfen beispielsweise keinem uneingeschränkten Stress ausgesetzt sein. In Deutschland ist es mittlerweile verboten, Hunden die Ohren oder Schwänze ohne medizinischen Grund zu »kupieren«, also teilweise oder ganz abzuschneiden. Auf den Ausstellungen wird die Präsentation solcher Hunde stets unterbunden.

Die Zusammenarbeit von Regierungspräsidium und der Stadt Kassel beschränkt sich natürlich nicht auf die genannten Fälle. So gingen auch schon Tierärzte des RP Bürgerbeschwerden wegen mangelhafter Tierhaltung unterstützend nach. Im Tierseuchenbereich werden gelegentlich Fälle der Faulbrut bei Honigbienen gemeinsam bearbeitet. Im Lebensmittelbereich werden EU-Betriebe mit überregionaler Bedeutung gemeinsam zugelassen. Dies betrifft beispielsweise Metzgereien, welche die nordhessischen Wurstspezialitäten vertreiben. Gemeinsam arbeiten die Untere und Mittlere Verwaltungsbehörde für mehr Verbrauchersicherheit. Und so können sich die Kasseler und die vielen Gäste zum Stadtjubiläum den Honig und die Wurst schmecken lassen!

Kontakt und Information:
Anette Hütt
Tel.: 0561 106-2529
anette.huett@rpks.hessen.de

Arbeitsteilung für die Verkehrssicherheit

Wie Ordnungsamt und Bußgeldstelle kooperieren

Von Bernhard Steinbach

Im Herbst 2012 schlugen die Wogen hoch, als festgestellt wurde, dass nicht alle Messungen der in Kassel neu installierten Verkehrsüberwachungsanlagen zuverlässig waren. Viele Verfahren, die auf einmal grundsätzlich angezweifelt wurden, waren längst abgeschlossen, darunter einige, die an die Zentrale Bußgeldstelle des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Kassel abgegeben worden waren. In Fällen, in denen die Beschuldigten Einspruch gegen Verwarnungs- und Bußgeldbescheide eingelegt hatten, wurde und wird notfalls bis zur gerichtlichen Klärung überprüft, ob die zugrunde liegenden Messungen korrekt waren. Dort, wo die Verfahren durch Zahlung von Verwarnungs- oder Bußgeld abgeschlossen wurden, sind sie rechtskräftig. Im Nachhinein erhobene Einsprüche laufen ins Leere.

Aber wie sind eigentlich die Aufgaben zwischen dem Kasseler Ordnungsamt und der Zentralen Bußgeldstelle beim RP verteilt? Wann kommt das »Knöllchen« vom Ordnungsamt, und wann steht der Stempel der ZBS auf dem Brief? Und wer, Stadt oder Land, bekommt wann das Geld des Verkehrssünders?

Kleinere Verkehrssünden sind eine Angelegenheit zwischen dem Verkehrssünder und dem Ordnungsamt – solange sie mit bis zu 35 Euro zu begleichen sind. Die Verkehrsüberwachung ist zwar Sache der Polizei, aber auch die kommunalen Ordnungsbehörden sorgen für die Sicherheit im Straßenverkehr. Ihr Schwerpunkt ist die Parkraumüberwachung. Bei den Geschwindigkeitsmessungen ergänzen sie die polizeiliche Arbeit. Einige Ordnungsbehörden achten außerdem darauf, dass sich die Autofahrer auch an den Verkehrsampeln korrekt verhalten.

Stellen die Außendienstler des Ordnungsamtes fest, dass zum Beispiel ein Auto falsch geparkt wurde, im Halteverbot steht oder ähnliches, dann bitten sie die Verkehrssünder zur Kasse. Sie können allerdings nur bei geringfügigen Verstößen ein Verwarnungsgeld erheben. Schwerwiegende Verstöße, das sind Ordnungswidrigkeiten ab 40 Euro Geldbuße, können sie zwar anzeigen, selbst aber nicht ahnden. Solche Anzeigen verfolgt dann die Zentrale Bußgeldstelle beim Regierungspräsidium in Kassel für die Stadt.

Für die Stadt entstehen bei der Anzeige schwerwiegender Ordnungswidrigkeiten natürlich trotzdem Kosten. Dafür entschädigt das Land Hessen die Städte und Gemeinden. Bis 2012 erhielten sie aus der Landeskasse knapp zwölf Euro pro Anzeige, unabhängig davon, ob das Verfahren schließlich zu einer Bußgeldzahlung führte oder nicht. Bis dahin lag dieser Betrag in der Regel zwischen 8000 und 9000 Euro jährlich. Das hat sich jetzt geändert. Mit dem Jahr 2013 werden die Kommunen mit 40 Prozent an den tatsächlich gezahlten Geldbußen beteiligt, allerdings nur bei den originären Bußgeldanzeigen, solchen ab 40 Euro.

Bei den geringfügigen Verstößen wenden sich die Ordnungsämter zuerst direkt an den Autofahrer. Sie können von ihm ein Verwarnungsgeld zwischen fünf und 35 Euro erheben. Akzeptiert der Betroffene die Verwarnung und bezahlt, dann ist für ihn die Sache erledigt und die Ordnungsbehörde kann den Vorgang abschließen.



So schnell wie eine Funktelefonverbindung: Das Knöllchen für falsches Parken erreicht den Verkehrssünder um ein Vielfaches schneller als vor Einführung der elektronischen Datenübermittlung. Verfahren, bei denen die Beschuldigten nicht rechtzeitig zahlen, werden an die Zentrale Bußgeldstelle beim RP übergeleitet. Foto: ecom 21



Wenn es blitzt: Nur bis zu einer Geldbuße von 35 Euro versendet die Stadt selbst die Verwarnungsgeldbescheide, wo in ihrem Namen die Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Foto: Vitronic Wiesbaden

Anders sieht es jedoch aus, wenn der oder die Betroffene nicht bezahlt oder dem Vorwurf ausdrücklich widerspricht. Die Behörde klärt dann die Sache auf. Sie zieht den Vorwurf zurück, wenn sie den Falschen angeschrieben hat. Auch stellt sie das Verfahren ein, wenn sich herausstellt, dass der Vorwurf so nicht zutrifft.

Wenn die Behörde aber an dem Vorwurf festhält, kann es für den Autofahrer deutlich teurer werden. Er muss jetzt mit einem Bußgeldbescheid oder einem Kostenbescheid rechnen. Bis zu 23,50 Euro an zusätzlichen Kosten kommen auf ihn zu.

Diesen teureren Bescheid bekommt der Autofahrer nicht mehr von der Ordnungsbehörde. Es meldet sich das Regierungspräsidium, das den Brief per Zustellungsurkunde zustellt. Schon diese förmliche Zustellung macht einen Teil der zusätzlichen Kosten aus. Dann reicht es auch nicht mehr, das ursprüngliche Verwarnungsgeld schnell zu bezahlen, um sich damit die höheren Kosten zu ersparen. Selbst wenn er das Verwarnungsgeld sofort zahlt, kommt der Autofahrer um die zusätzlichen Kosten nicht herum.

Ärger gibt es, wenn der Betroffene behauptet, er habe keine Verwarnung bekommen und damit keine Chance gehabt, den für ihn günstigeren Betrag zu zahlen. Zwar kann die Verfolgungsbehörde ihm nicht nachweisen, dass er den Verwarnungsgeldbescheid erhalten hat. Doch darauf kommt es nicht an. Wenn er von dem billigeren Erledigungsangebot keinen Gebrauch gemacht hat, egal aus welchen Gründen, gibt es kein Pardon. Denn würde die Behörde auf den Einwand eingehen, wären dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Ein jeder könnte – unwiderlegbar – behaupten, keine Verwarnung erhalten zu haben, und sich damit einen oft ungerechtfertigten Vorteil verschaffen.

Der Gesetzgeber hat mit der Möglichkeit, eine Verwarnung auszusprechen, ein vereinfachtes Verfahren geschaffen, das zur schnellen Erledigung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens im geringfügigen Bereich dienen soll. Die Verwarnung steht im Ermessen der Behörde, sodass ein Betroffener auch keinen Anspruch darauf hat, eine Verwarnung zu bekommen.

Die Verwarnung wird daher nur mit fristgerechter Zahlung wirksam. Mit Zahlung ist das Verfahren dann an dieser Stelle beendet.

Wird jedoch nicht oder nicht fristgerecht gezahlt, läuft das Ordnungswidrigkeitsverfahren weiter und wird durch den Bußgeldbescheid abgeschlossen.

Kontakt und Information:
Bernhard Steinbach
Tel.: 0561 106-1701
bernhard.steinbach@zbs.kassel.de

1100 Jahre Kassel, 19 Jahre Sattelfest – und dann das ...

Ausgerechnet im Jahr des Stadtjubiläums fiel das traditionelle Radlerfest ins Wasser



Nur wenige, sehr wenige konnten beim Sattelfest 2012 sagen: »Ich bin dabei gewesen!« Strömender Regen und Kälte sorgten für ein sehr »übersichtliches« Teilnehmerfeld. Die Begegnungen der furchtlosen Radler auf der Strecke fielen dafür umso herzlicher aus. 2013 gab man sich jedoch dem Wetter geschlagen und sagte das Sattelfest erstmals ab. Fotos (3): RP

Von Michael Conrad

Alle hatten sich so sehr gefreut auf das 19. Sattelfest des Regierungspräsidiums im Jahr des großen Stadtjubiläums 1100 Jahre Kassel. Aber Niederschlagsmengen in Größenordnungen mit Seltenheitswert, Sturm, Unwetter und Hochwasser sorgten dafür, dass das größte rollende Familienfest der Region abgesagt werden musste. Das hatte es noch nie gegeben. Selbst bei Dauerregen und Kälte hatten ein Jahr zuvor immer noch einige Unermüdliche, allen voran Kassels Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke, die Strecke von Kassel nach

Hann. Münden unter die Räder und Pedale genommen. Ob Vereine, Caterer oder Radler – alle hatten ein Jahr zuvor gute Miene zum schlechten Wetter gemacht.

Diesmal jedoch hatte es bereits eine Woche lang geregnet. Erste Bäume waren im Fuldata auf die Strecke gekippt. Wiesen, auf denen sich die radelnden Sattelfestfreunde ausruhen und wo sie essen und trinken wollten, standen unter Wasser – kein Strom, keine Würstchen und keine Getränke. Etwas anderes als die Ab-

sage blieb gar nicht übrig. Wie zum Hohn war der Tag des Sattelfestes selbst regenfrei und sogar sonnig! Alle anderen Bedingungen jedoch machten die Veranstaltung unmöglich. Durch die rechtzeitige Entscheidung für die Absage konnte der materielle Schaden für alle, die an den Vorbereitungen beteiligt waren, in Grenzen gehalten werden. Nachdem die Wetterkapriolen nur vorübergehend aufgehört hatten, urteilten alle am Ende: »Das war die richtige Entscheidung!«

1995 war das Sattelfest von drei Paten aus der Taufe gehoben worden: vom Nahverkehrsverbund, dem Regierungspräsidium Kassel und der Bezirksregierung Braunschweig in Person des damaligen Regierungspräsidenten und Hann. Mündeners Karl Wilhelm Lange. Es war eine der ersten Veranstaltungen ihrer Art in Deutschland, und sie sollte ein länderübergreifender Freizeitspaß für Niedersachsen, Nordhessen und alle Gäste von nah und fern sein. »Keiner von uns konnte ja wissen, wie viele Radler zum ersten Sattelfest kommen würden«, er-

innert sich Manfred Merz, der beim Regierungspräsidium zu den Organisatoren gehörte. »Der Erfolg hat uns buchstäblich überrollt.«

Zwischenzeitlich führte die Strecke sogar bis Oberweser. Das und ein Skater-Marathon unmittelbar vor Freigabe der Sattelfeststrecke sorgten im Verein mit prächtigstem Frühlingswetter sogar einmal für einen Besucherrekord von mehr als 35.000 Menschen. Und das Sattelfest sollte eines der beliebteste Freizeit- und Familienvergnügen der Region bleiben.

Bis zum Sattelfest 2014 wollen sich Niedersachsen und Nordhessen zusammensetzen und Pläne schmieden, wie vielleicht der Göttinger Raum noch stärker an das Sattelfest angebunden werden kann.



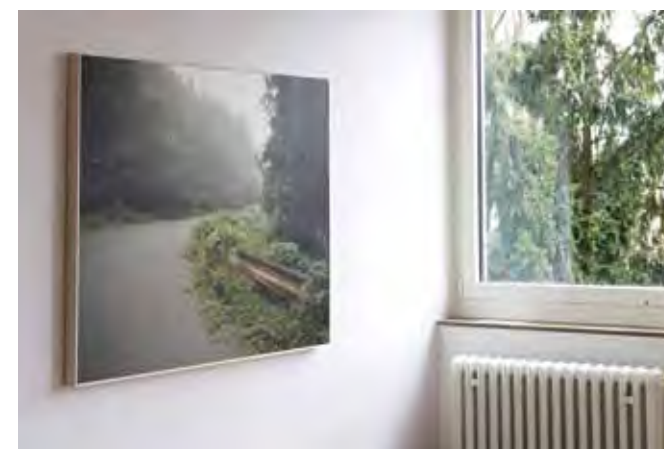
Kontakt und Information:
Michael Conrad
Tel.: 0561 106-1010
michael.conrad@rpks.hessen.de

Kunst, Begegnung und Erkenntnis

RP und Kunsthochschule laden die Stadt zu den »Interventionen« ein

Von Michael Conrad

Einmal im Jahr ist das Regierungspräsidium Kassel Schauplatz einer Kunstausstellung, wie es sie sonst nirgendwo gibt. Seit zwölf Jahren ist das Ausstellungskonzept der Interventionen erfolgreich – von Anfang an auf die Verbindung von Kunsthochschule und Regierungspräsidium angelegt.



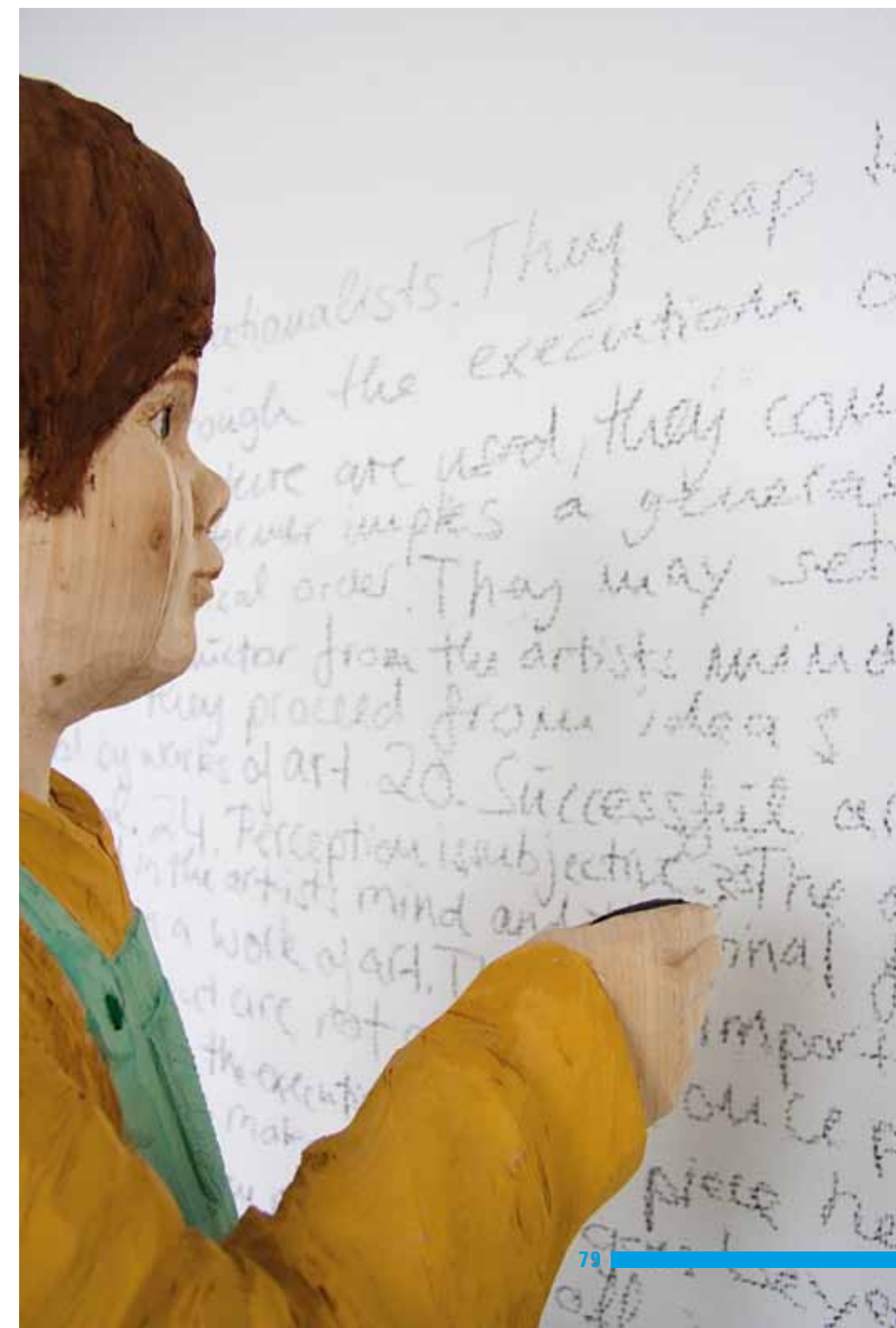
Kunsthochschule und Behörde – geht das zusammen?

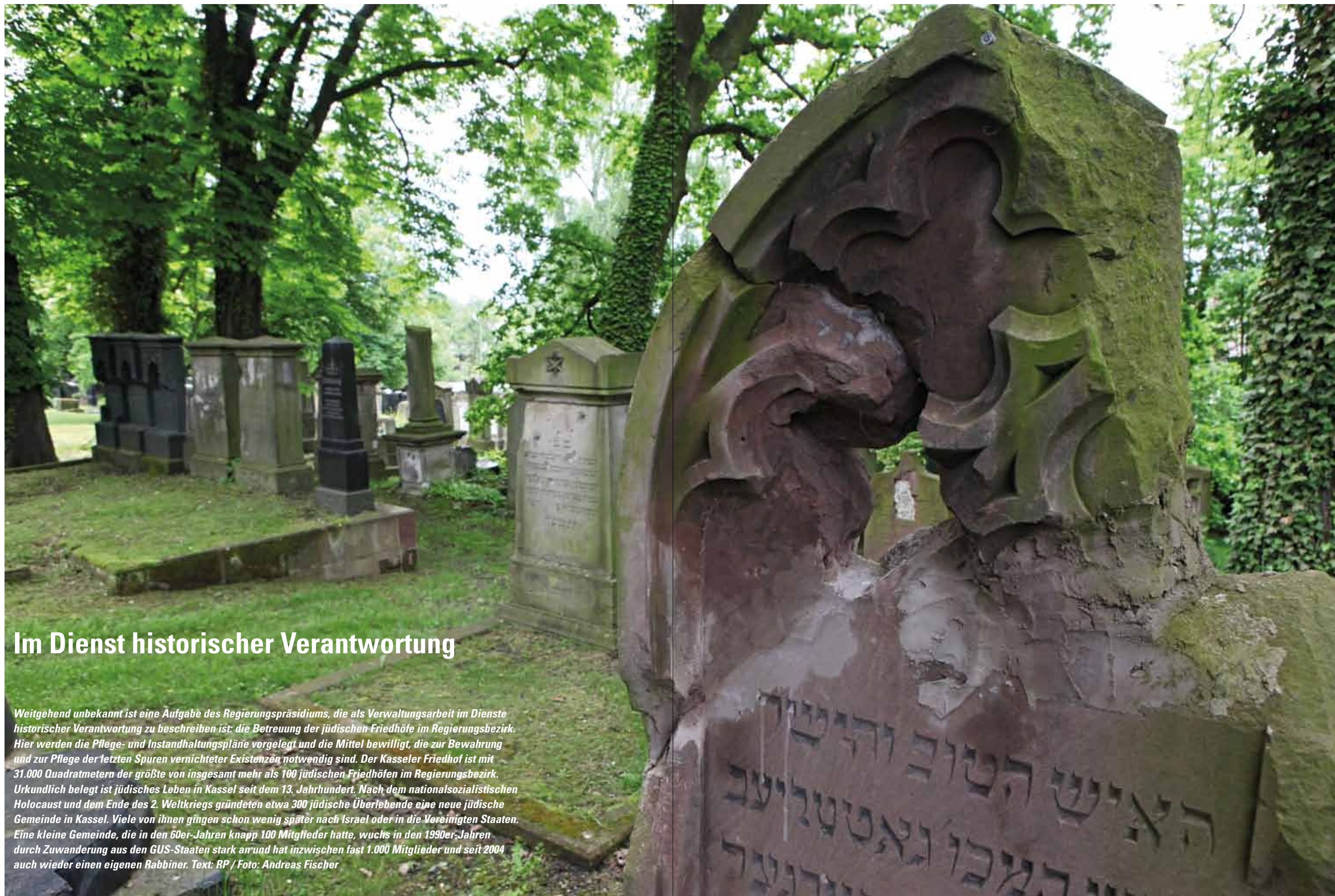
Ja. So wie die Kunsthochschule einmal im Jahr ihre Türen weit öffnet für die Öffentlichkeit, so öffnet sich das Regierungspräsidium den jungen Künstlerinnen und Künstlern. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde besuchen den jährlichen Rundgang der Kunsthochschule und treffen ihre Wahl. Gefallen ihnen dort Arbeiten besonders gut, dann laden sie die jungen Studierenden ein, das Regierungspräsidium kennen zu lernen und sich an den nächsten Interventionen zu beteiligen. Dabei liegt es in der Entscheidung der Eingeladenen, ob sie sich mit ihrer Arbeit aus dem Rundgang beteiligen, oder ob sie sich mit einer neuen Arbeit auf das Regierungspräsidium, seine Architektur und die dort tätigen Menschen einlassen wollen.

Menschen, denen grundsätzlich Ordnungsstreben, Nüchternheit, Regelungsbedarf und Paragraphenliebe unterstellt werden, treffen auf Menschen, denen stets nur das genaue Gegenteil zugetraut wird. Erkenntnisgewinn ist also allen Beteiligten garantiert!

Durch die Partnerschaften zwischen Gastgebern und Gästen kommt es, wie der Rektor der Kunsthochschule Prof. Christian Philipp Müller im Ausstellungskatalog 2013 schreibt, »immer wieder zu produktiven Auseinandersetzungen, welche die jeweiligen Festlegungen und Wahrnehmungen zwischen Beamten und Kunststudierenden hinterfragen und das Entstehen von intervenierenden Werken erst ermöglichen«. Dem großen Engagement des Rektors ist es auch zu verdanken, dass die Interventionen 2013 einen großen qualitativen Sprung gemacht haben – dokumentiert durch einen außerordentlichen Ausstellungskatalog.

Melanie Vogel, Absolventin der Kunsthochschule und Galeristin in Kassel, hat die Interventionen 2013 kuratiert und für diese Seiten fotografiert.





Im Dienst historischer Verantwortung

Weitgehend unbekannt ist eine Aufgabe des Regierungspräsidiums, die als Verwaltungsarbeit im Dienste historischer Verantwortung zu beschreiben ist: die Betreuung der jüdischen Friedhöfe im Regierungsbezirk. Hier werden die Pflege- und Instandhaltungspläne vorgelegt und die Mittel bewilligt, die zur Bewahrung und zur Pflege der letzten Spuren vernichteter Existenzen notwendig sind. Der Kasseler Friedhof ist mit 31.000 Quadratmetern der größte von insgesamt mehr als 100 jüdischen Friedhöfen im Regierungsbezirk. Urkundlich belegt ist jüdisches Leben in Kassel seit dem 13. Jahrhundert. Nach dem nationalsozialistischen Holocaust und dem Ende des 2. Weltkriegs gründeten etwa 300 jüdische Überlebende eine neue jüdische Gemeinde in Kassel. Viele von ihnen gingen schon wenig später nach Israel oder in die Vereinigten Staaten. Eine kleine Gemeinde, die in den 60er-Jahren knapp 100 Mitglieder hatte, wuchs in den 1990er-Jahren durch Zuwanderung aus den GUS-Staaten stark an und hat inzwischen fast 1.000 Mitglieder und seit 2004 auch wieder einen eigenen Rabbiner. Text: RP / Foto: Andreas Fischer

Regierungspräsident

Herr Dr. Lübcke106-1000

Regierungsvizepräsident

N. N.106-1100

Regionalversammlung

Pressestelle

Herr Conrad106-1010

Persönlicher Referent

Herr Wiegel106-1011

Frauenbeauftragte

Frau Braselmann106-1017

Abteilung Z

Zentralabteilung

N. N.106-1100

11.1	Organisation, Organisationsentwicklung, Innenrevision *, Informationstechnik	Frau Sommer	106-1102
11.2	Finanzen	Frau Kühle	106-1426
12	Personal, Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung	Herr Schmitt (kommissarisch)	106-1210
15.2	Kommunalaufsicht, Brand- und Katastrophenschutz, Öffentliche Sicherheit und Ordnung	Herr Nödler	106-2140

* fachlich unmittelbar der Behördenleitung unterstellt

Fax: 0561 106-1611

Abteilung I

Inneres, Recht, Soziales

Herr Hausmann106-1110

13	Justitiariat, Datenschutz	Frau Schröder	106-1470
14.1	Beamtenversorgung	Frau Nordmann	106-1360
14.2	Beihilfen	Herr Zappi	106-4670
		Frau Aue	106-1295
15.1	Hoheitsverwaltung, Gewerbe, Ausländerrecht	Frau Abel	106-3320
16	Soziales, Lastenausgleich, Förderung	Herr Dr. Kreusch	106-2440
		Frau Frey	106-2653

Fax: 0611 327641120

Abteilung II

Verkehr, Planung, ländlicher Raum, Verbraucherschutz

Herr Otto106-2100

21	Regionalplanung, Bau- und Wohnungswesen, Wirtschaft	Herr Kaivers	106-3110
		Frau Linnenweber	106-3126
22	Verkehr	Herr Steinmetz	106-3310
		Herr Koch	106-3335
23	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Herr Dr. Franz	106-2510
24	Zentrale Buß- und Verwarngeldstelle	Frau Dombois	106-1700
25	Landwirtschaft, Fischerei	Herr Dr. Lißmann	106-4210
26	Forsten, Jagd	Herr Schulzke	106-4180
27.1	Eingriffe, Landschaftsplanung, Naturschutzdaten	Herr Vahle	106-4510
		N. N.	
27.2	Schutzgebiete, Artenschutz, Landschaftspflege	Herr Liphardt	106-4560
		N. N.	

Fax: 0561 106-1691

Abteilung III

Umwelt- und Arbeitsschutz

Herr Bergbauer106-3500

31.1	Grundwasserschutz, Wasserversorgung *	N. N.	106-3550
		Herr Schädlich	06621 406-740
31.2	Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz *	Herr Kreil	106-3590
		Frau Kaemling	06621 406-775
31.3	Kommunales Abwasser, Gewässergüte *	Herr Vicum	106-3630
31.4	Industrielles Abwasser, wassergefährdende Stoffe *	Herr Trautmann	106-3670
31.5	Altlasten, Bodenschutz *	Herr Sudhoff	106-3710
32	Abfallwirtschaft *	Frau Krumminga	106-3790
		Herr Mägerlein	06621 406-833
33	Immissions- und Strahlenschutz *	Frau Tanneberg	06621 406-860
		N. N.	
34	Bergaufsicht **	Herr Selle	06621 406-870
		Herr Elborg	06621 406-876
35.1	Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik / Kassel	Herr Kny	106-2730
		Frau Gräb-Trinter	106-2750
35.2	Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik / Bad Hersfeld **	Herr Palm	06621 406-920
35.3	Fachzentrum für Produktsicherheit und Gefahrstoffe	Frau Dr. Vater	2000-199
		Herr Dr. Westhof	2000-530

* Dezernat ist an den Standorten Kassel und Bad Hersfeld vertreten

** nur am Standort Bad Hersfeld (ohne * nur am Standort Kassel)

Fax: 0561 106-1661

